



Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Statistischer Jahresbericht

2001

Inhalt

Schwerpunktt Themen

Zensusstest 2001 – Die Erprobung eines registergestützten Zensus	5
Freizeitmobilität	8
Beschäftigungsfaktor Gesundheitswesen	14
Statistik Online.....	18

Entwicklungen in Nordrhein-Westfalen

Bevölkerung	21
Konjunktur und Arbeitsmarkt	24
Verdienste und Arbeitszeiten	26
Verbraucherpreise	28
Außenhandel	30
Gewerbemeldungen, Insolvenzen	33
Industrie, Handwerk, Energieversorgung	35
Bauwirtschaft	39
Bautätigkeit und Wohnungsbestand	41
Flächennutzung, Landwirtschaft	42
Groß- und Einzelhandel	45
Reiseverkehr, Messen	46
Verkehr	48
Umwelt	51
Öffentliche Finanzen	53
Gesundheitswesen und Soziales	59
Schulen, Hochschulen, Weiterbildung	62

Impressum

© Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen
Mauerstraße. 51, 40476 Düsseldorf • Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf
Telefon 0211 9449-01 • Telefax 0211 442006
Internet: <http://www.lds.nrw.de> • E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

Pressestelle

Telefon 0211 9449-2521 und -2518 • Telefax 0211 9449-3320
E-Mail: pressestelle@lds.nrw.de

Zentrale Information und Beratung

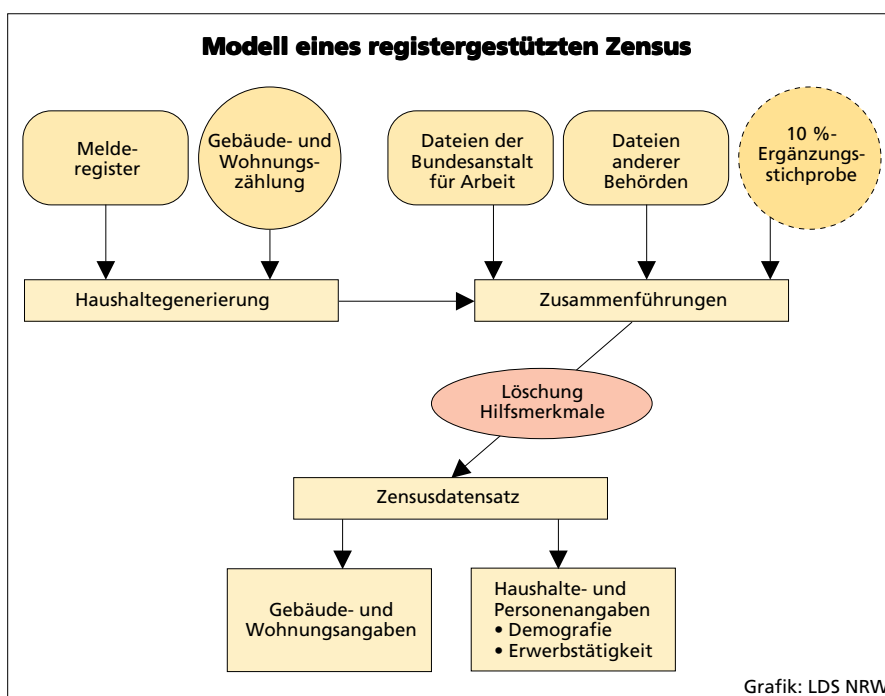
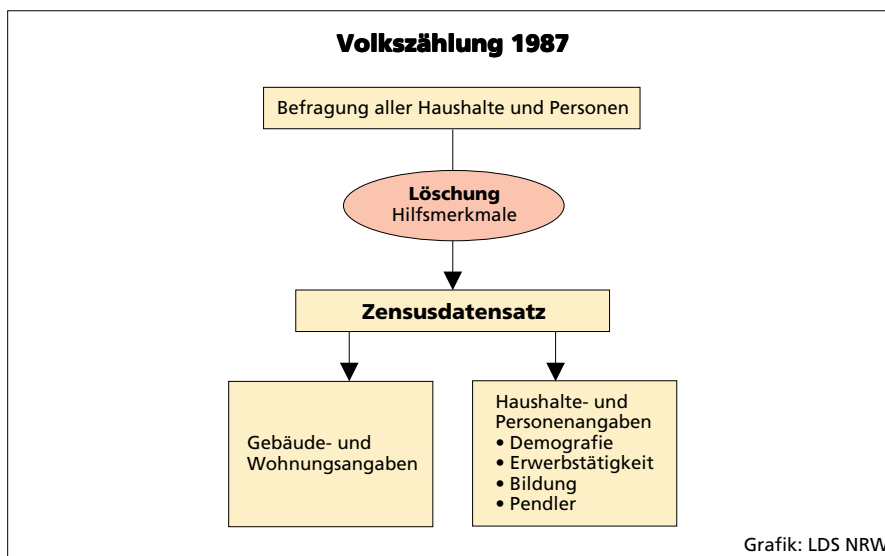
Telefon 0211 9449-2525 und -2495 • Telefax 0211 9449-2104
E-Mail: statistik-info@lds.nrw.de

Bestell-Nr. Z 41 1 2001 00; erschienen im April 2002

Die Verbreitung durch die Presse ist mit Quellenangabe erwünscht; wir bitten um einen Beleg. Im Übrigen sind für nicht gewerbliche Zwecke Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

SchwerpunkttHEMA „Zensusstest 2001 – Die Erprobung eines registergestützten Zensus“

Im Dezember 2001 ist eine Reihe von Bürgerinnen und Bürgern in 36 zufällig ausgewählten nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden von Interviewerinnen und Interviewern im Auftrag des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik (LDS) NRW zu ihrem Haushalt und den darin lebenden Personen befragt worden. Außerdem erhielten die Eigentümer oder Verwalter von ausgewählten Wohngebäuden in 18 nordrhein-westfälischen Städten und Gemeinden durch die Post Fragebogen zugestellt, mit denen Daten zum Gebäude und zu den darin enthaltenen Wohnungen erhoben wurden. Die Befragungen beruhen auf dem Zensusvorbereitungsgesetz vom 27. Juli 2001 und sind Teil einer **bundesweiten Erprobung eines neuen Volkszählungsverfahrens**: Durch Kombination einer postalischen Gebäude- und Wohnungszählung mit Daten



aus Verwaltungsregistern (vor allem Einwohnermelderegistern) soll ein ähnliches Datenspektrum wie bei herkömmlichen Volkszählungen erreicht werden. Im Rahmen des hier beschriebenen „Zensus-tests“ wird untersucht, ob und in welcher Qualität dies möglich ist. Zum Testumfang gehört neben einer Erprobung des neuen Verfahrens zu Kontrollzwecken auch eine herkömmliche Befragung der Haushalte.

Im Rahmen des Zensus-tests ausgewählte Städte und Gemeinden in NRW			
ausgewählte Städte/Gemeinden	Haushaltebefragungen		Gebäude- und Wohnungszählung
	ausgewählte Häuser	darin wohnende Personen (Schätzung)	ausgewählte Gebäude
Alpen	80	400	-
Arnsberg	160	1 400	110
Bad Berleburg	80	550	60
Bonn	160	2 400	-
Datteln	80	850	-
Dortmund	160	2 400	110
Duisburg	160	2 300	110
Düsseldorf	160	2 800	-
Erndtebrück	40	250	40
Eslohe	40	250	-
Essen	160	2 300	110
Freudenberg	80	450	-
Haan	80	1 100	-
Hennef	80	700	-
Herzogenrath	80	700	-
Hille	80	400	60
Kaarst	80	950	-
Köln	218	5 400	150
Korschenbroich	80	500	-
Lemgo	80	900	60
Lennestadt	80	550	60
Lünen	160	1 900	-
Much	80	450	-
Mülheim an der Ruhr	160	2 300	-
Münster	160	3 200	110
Oberhausen	160	1 900	110
Olpe	80	600	-
Paderborn	160	1 800	110
Recklinghausen	160	2 000	110
Rosendahl	80	450	60
Steinfurt	80	600	60
Stolberg	160	1 200	-
Troisdorf	160	2 000	110
Warburg	80	500	-
Wuppertal	160	2 400	110
Zülpich	80	450	-
Zusammen	4 138	ca. 49 300	1 650

In einem **nächsten Schritt des Zensus-tests** werden nun von Juni bis August 2002 die Daten der kommunalen Einwohnermelderegister auf Doppelfälle untersucht. Dafür liefern alle Gemeinden in Deutschland die Datensätze derjenigen bei ihnen gemeldeten Personen an das Statistische Bundesamt, die am 1. Januar, 15. Mai oder 1. September Geburtstag haben oder deren Geburtsdatum unvollständig im Melderegister gespeichert ist. Im Wiesbadener Bundesamt werden diese Daten darauf untersucht, ob Personen mit demselben Namen und demselben Geburtsdatum in mehreren Registern gemeldet sind. So-

weit solche Doppelfälle festgestellt werden, müssen die Statistischen Landesämter durch Nachfragen bei den betreffenden Personen klären, ob sich die Angaben tatsächlich auf dieselbe Person beziehen oder ob Fehler in den Melderegistern vorliegen. Bundesweit haben rund 1,2 Millionen Einwohner an einem der genannten Tage Geburtstag, die Stichprobe bezieht sich also auf rund 1,5 Prozent der Bevölkerung. Es wird erwartet, dass Rückfragen bundesweit bei weniger als 130 000, in NRW bei weniger als 30 000 Personen notwendig sein werden.

Wenn 2003 die Ergebnisse des Zensustestes vorliegen, müssen aus den gewonnenen Erkenntnissen Vorschläge zur Ausgestaltung des registergestützten Zensus entwickelt und in das entsprechende Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden.

Die **Kosten** des Zensustestes werden bundesweit auf ca. 25 Millionen Euro für Bund, Länder und Gemeinden geschätzt. Auf das Land NRW und die nordrhein-westfälischen Gemeinden entfallen knapp 2,5 Millionen Euro.

Wenn der Test erfolgreich verläuft, lässt sich der Aufwand für künftige Zensen im Vergleich zu einer traditionellen Volkszählung, die heute etwa 750 Millionen Euro kosten würde, nach Schätzungen der statistischen Landesämter um rund 500 Millionen Euro reduzieren. Ein registergestützter Zensus bringt darüber hinaus eine deutlich **geringere Belastung der Bevölkerung** mit sich.

Schwerpunktthema „Freizeitmobilität“

Die Entwicklung des Personenverkehrs war in den letzten zehn Jahren vor allem von zwei Faktoren gekennzeichnet: einer **höheren Mobilität** der Bevölkerung und der Zunahme der Pkw-Nutzung. Dadurch werden die Belastungsgrenzen von Straßen und öffentlichen Verkehrsmitteln zu bestimmten Tageszeiten erreicht, oft auch überschritten. Die Sicherstellung der Mobilität des Individuums stellt daher für die Verkehrspolitik ein wachsendes Problem dar. In der Diskussion um Entlastungsmöglichkeiten spielt der Berufs- und Ausbildungsverkehr eine große Rolle. Doch stellt dieser nur einen, wenn auch sehr augenfälligen, Teil des Verkehrsaufkommens dar. Gerade die wachsenden Freizeit- und Versorgungsverkehre haben entscheidenden Einfluss auf die Verkehrsentwicklung.

Da über die Verkehrsentwicklung insgesamt und über das individuelle Verkehrsverhalten der Bevölkerung aktuelle Daten fehlten, hat das nordrhein-westfälische Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr¹ das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW beauftragt, eine Studie zum Verkehrsverhalten der Bevölkerung zu erstellen. Ziel der Studie, für die von Mai bis Oktober 2000 knapp 11 000 Haushalte befragt wurden, war es, das individuelle Mobilitätsverhalten zu quantifizieren und somit einen wichtigen Baustein für die vom Landtag beschlossene „Integrierte Gesamtverkehrsplanung“ zu liefern. Eine vergleichbare Befragung war zuletzt 1989 durchgeführt worden.²

Zentrale Ergebnisse der Verkehrsstudie 2000, die in kurz gefasster Form als Broschüre³ veröffentlicht wurden, sind:

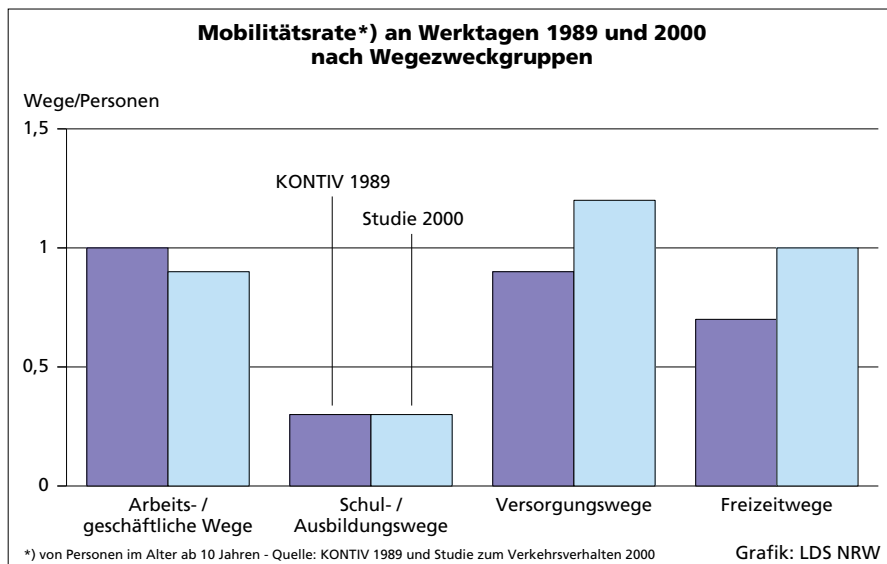
- Die Mobilität der Bevölkerung hat von 1989 bis 2000 deutlich zugenommen. Die Mobilitätsrate, das ist die durchschnittliche Zahl der je Person und Tag zurückgelegten Wege, ist insgesamt von 2,7 Wegen/Tag im Jahre 1989 auf 3,1 Wege/Tag im Jahr 2000 angestiegen, an den mobilitätsintensiven Werktagen von 2,9 Wegen/Tag auf 3,3 Wege/Tag. Es werden also von jedem Einzelnen im Durchschnitt mehr Aktivitäten pro Tag ausgeübt und infolgedessen auch mehr Wege zurückgelegt als vor zehn Jahren.

¹ heute: Ministerium für Wirtschaft und Mittelstand, Energie und Verkehr

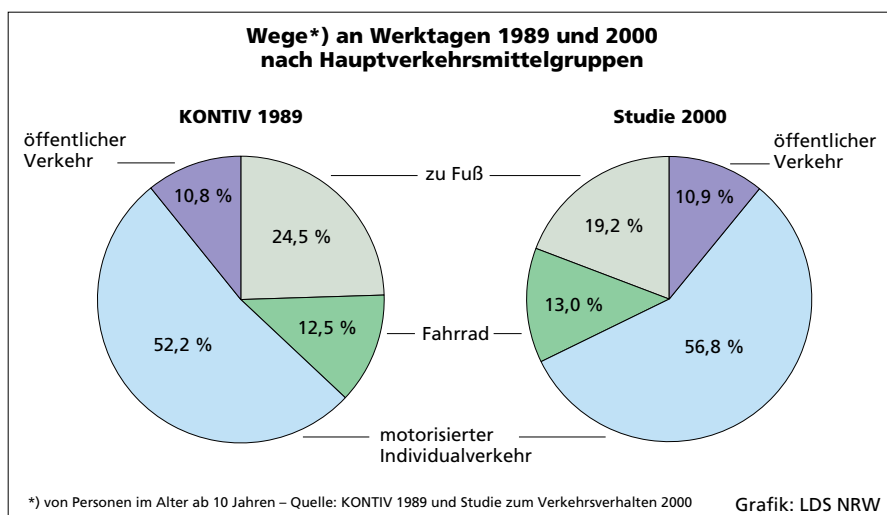
² „Kontinuierliche Erhebungen zum Verkehrsverhalten“ (KONTIV) des Bundes

³ MWMEV / LDS NRW (Hg.): Verkehrsverhalten 2000

- Die nach Wegezwecken unterschiedenen Mobilitätsraten zeigen: die gestiegene Mobilität ist ausschließlich auf die Zunahme der Freizeit- und Versorgungswege zurückzuführen. Die durchschnittliche Zahl der Arbeits- und Ausbildungswege ist nahezu konstant geblieben.



- Der Anstieg der werktäglichen Mobilität war mit einer überproportionalen Zunahme des ohnehin dominierenden motorisierten Individualverkehrs verbunden. Dagegen blieb der Anteil des öffentlichen Personennahverkehrs weitgehend unverändert. Der Anteil der Fußwege war in diesem Zeitraum rückläufig.

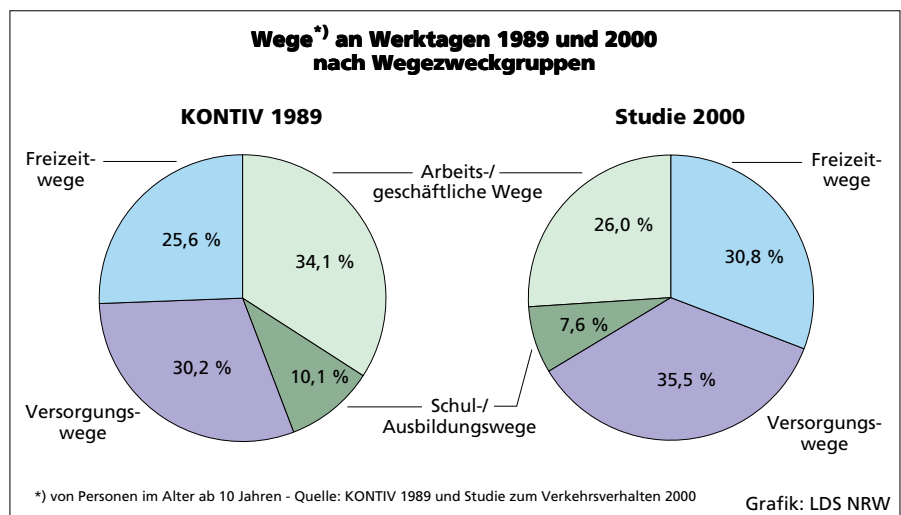


- Die Mobilitätsraten belegen die Zunahme von Freizeitaktivitäten⁴ in der Bevölkerung. Damit werden auch die mit der Freizeitgestaltung verbundenen

⁴ Hierzu zählen alle Wege zum Zwecke der Pflege privater Kontakte oder der Ausübung von Hobby- und Sportaktivitäten, weiterhin Spazierwege, Gaststättenbesuche, Wege für kulturelle und religiöse sowie ähnliche Zwecke.

Wege und die dabei bevorzugt benutzten Verkehrsmittel bedeutsamer für das Verkehrsgeschehen insgesamt.

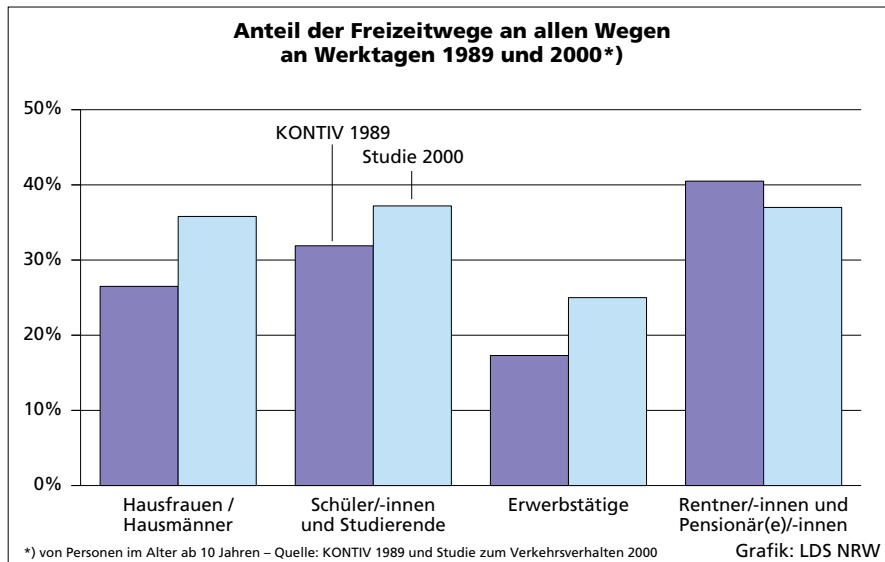
Die Freizeitaktivitäten haben für das Verkehrsverhalten des Einzelnen wie auch für das Verkehrsaufkommen insgesamt eine hohe Bedeutung. Dies ergibt sich aus dem **hohen Anteil der Freizeitwege**: 38 Prozent aller im Laufe einer Woche zurückgelegten Wege dienen einem der genannten Freizeitwecke. Ebenfalls gestiegen ist die Bedeutung der Einkaufszwecke, auf die ein Drittel aller im Laufe einer Woche getätigten Wege entfallen. Demgegenüber haben die Arbeits- und Ausbildungswege an Bedeutung verloren: nur etwas mehr als jeder vierte Weg führt zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte.



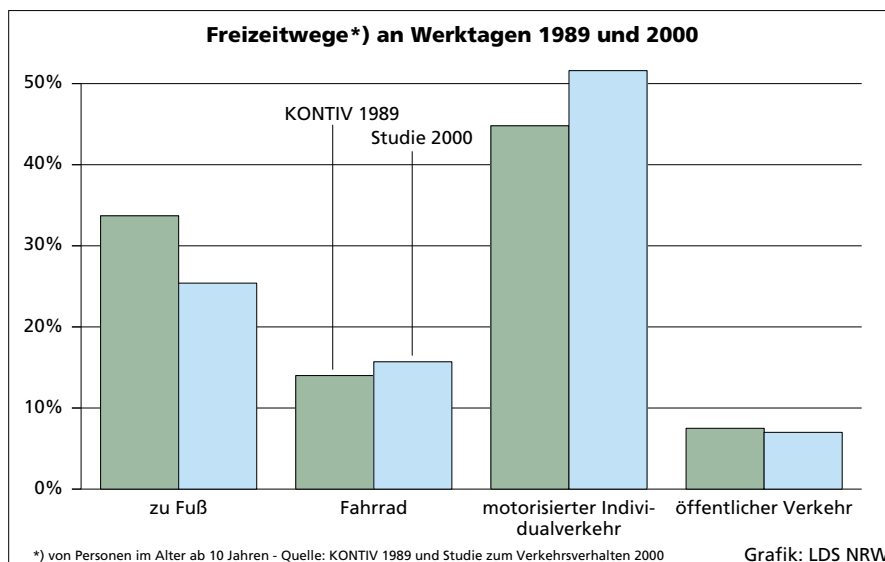
Freizeitaktivitäten dominieren naturgemäß an den Wochenenden. So dienen mehr als 80 Prozent aller sonntäglichen Wege einem Freizeitwecke. Aber gerade an den Werktagen haben die Freizeitwege wachsende Bedeutung. Noch im Jahr 1989 war jeder dritte werktags zurückgelegte Weg ein Arbeitsweg, nur jeder vierte ein Freizeitweg. Die Arbeitswege hatten den höchsten Anteil aller Wegezweckgruppen. Die zunehmende Bedeutung von Versorgungszwecken und Freizeitaktivitäten führten jedoch zu einer nachhaltigen Verschiebung: im Jahre 2000 dienten 35 Prozent aller Wege an Werktagen Versorgungszwecken, der Anteil der Freizeitwege stieg auf etwas mehr als 30 Prozent, nur noch etwa jeder vierte Weg (26 Prozent) war ein Arbeitsweg.

Nach gesellschaftlichen Gruppen differenziert zeigt sich, dass außer bei Rentnern ein einheitlicher Trend der Zunahme von Freizeitaktivitäten und somit der

Freizeitwegeanteile festzustellen ist. Bei den Rentnerinnen und Rentnern ist der Anteil der Wege für Freizeit Zwecke zurückgegangen, stattdessen haben die Versorgungswege, zu denen neben den Einkäufen insbesondere auch Arztbesuche zählen, zugenommen.



Die gestiegene Bedeutung der Freizeit blieb nicht ohne Auswirkung auf die Verkehrsmittelnutzung. Die eingangs geschilderte Zunahme des motorisierten Individualverkehrs, also vor allem der Pkw-Nutzung, steht in einem engen Zusammenhang mit den gestiegenen Freizeitaktivitäten. Im Jahre 2000 wurden **mehr als die Hälfte aller Freizeitwege mit dem Auto** zurückgelegt. Das bedeutet einen deutlichen Anstieg gegenüber 1989, als für knapp 45 Prozent der Wege zu Freizeit Zwecken das Auto benutzt wurde. Die öffentlichen Verkehrsmittel, die mit 7,0 Prozent ohnehin eine unterdurchschnittliche Rolle spielen, haben in dem Betrachtungszeitraum von zehn Jahren Anteile im Freizeit-



verkehr verloren, wenn auch nur geringfügig. Bemerkenswert ist der gleichzeitige Rückgang des Anteils der Fußwege. Wurden 1989 noch ein Drittel aller Freizeitwege zu Fuß zurückgelegt, so sank dieser Anteil bis 2000 auf ein Viertel. Eine Steigerung war bei der Fahrradnutzung festzustellen, wenn diese auch mit einem Zuwachs um 1,7 Prozentpunkte relativ gering ausfiel. Dabei ist zu beachten, dass sich dieser Anteilswert auf Werkstage bezieht.

Während die an Werktagen zurückgelegten Arbeits-, Ausbildungs- und Versorgungswege im Durchschnitt länger sind als 1989, sind die Freizeitwege im Untersuchungszeitraum kürzer geworden. Die Länge der Wege zur Pflege privater Kontakte, zu Hobby- und Sportaktivitäten sowie zu den übrigen Freizeitzielen ist von durchschnittlich 10,8 km je Weg im Jahre 1989 auf 8,7 km je Weg im Jahr 2000 zurückgegangen. Es werden also mehr Freizeitaktivitäten ausgeübt, dafür aber kürzere Wege zurückgelegt.

Allerdings lösen die Freizeitverkehre nicht die Belastungsspitzen aus, die für den Berufsverkehr charakteristisch sind. Dieser konzentriert sich auf bestimmte Morgen- und Nachmittagsstunden. Die Freizeitwege hingegen verteilen sich gleichmäßiger über einen längeren Zeitraum in den Nachmittags- und Abendstunden. Damit ist er auch für Autofahrten attraktiver, zumal zu diesen Tageszeiten häufig die Angebote der öffentlichen Verkehrsmittel eingeschränkt sind.

Fasst man die Ergebnisse der Studie zusammen, so ergibt sich, dass die Bevölkerung in den letzten zehn Jahren mobiler geworden ist und dabei verstärkt das Auto nutzt. Dieser Anstieg der Mobilität ist vor allem auf die zunehmenden Freizeitaktivitäten zurückzuführen. Der zweite wesentliche Grund war die gestiegene Zahl von Wegen für Versorgungszwecke (Einkäufe, Arztbesuche u.a.m.). Für das aktivere Freizeitverhalten und dessen Einfluss auf das insgesamt gestiegene Verkehrsaufkommen lassen sich aus der Studie folgende **Trends** ableiten:

- Der Anteil der Freizeitwege ist in den letzten zehn Jahren deutlich angestiegen. Selbst an den Werktagen werden mehr Freizeitwege als Arbeitswege getätigt.

- Hausfrauen, Erwerbstätige und Schüler/Studenten sind wesentlich häufiger für Freizeitwecke unterwegs als vor zehn Jahren, bei Rentnern hat dagegen der Anteil der Versorgungswege zugenommen.

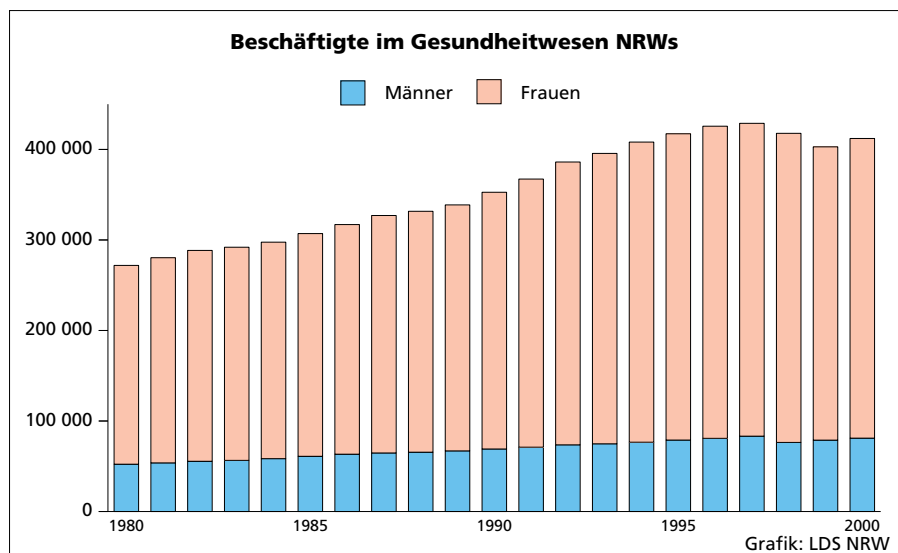
- Zunehmend wird für Freizeitwecke das Auto benutzt, obwohl die Freizeitwege im Durchschnitt kürzer geworden sind. Dazu hat sicherlich die gestiegene Motorisierung der Bevölkerung beigetragen. Wer ein Auto zur Verfügung hat, nutzt dieses auch verstärkt für Freizeitaktivitäten, die überwiegend in den Abendstunden ausgeübt werden.

- Wenn auch die Verkehrsdichte in den Hauptzeiten des Berufsverkehrs augenfälliger ist und hauptsächlich zu den erheblichen Verkehrsbelastungen beiträgt, so hat doch weit mehr das Freizeitverhalten zu der gestiegenen Mobilität und zu der Ausweitung der Pkw-Nutzung geführt.

Schwerpunktthema „Beschäftigungsfaktor Gesundheitswesen“

In der öffentlichen Diskussion wird das Gesundheitswesen vor allem unter Kostenaspekten diskutiert. Dabei ist lange Zeit übersehen worden, dass das Gesundheitswesen ein bedeutsamer Beschäftigungs- und Wirtschaftsfaktor mit hoher Wachstumsdynamik geworden ist. Daher hat das LDS in einer Studie (Wolfgang Seifert, Yvonne Bergmann: Beschäftigungsfaktor Gesundheitswesen – Strukturen, Trends, regionale Bedeutung. In: Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 6/2001) die Beschäftigungsentwicklung im Gesundheitswesen sowie Qualifikations-, Arbeitsplatzmerkmale und Arbeitsbedingungen untersucht. Im Folgenden werden einige ausgewählte Ergebnisse dieser Studie vorgestellt.

Die **Wachstumsdynamik** des Gesundheitswesens wird am Beispiel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aufgezeigt. In dieser Zahl sind Selbstständige, z. B. Ärztinnen und Ärzte in freier Praxis, nicht enthalten. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Gesundheitswesen stieg zwischen 1980 und 2000 von 272 000 auf 412 000 (s. Abb. 1). Dies entspricht einer Steigerungsrate von 51,5 Prozent in diesem Zeitraum.

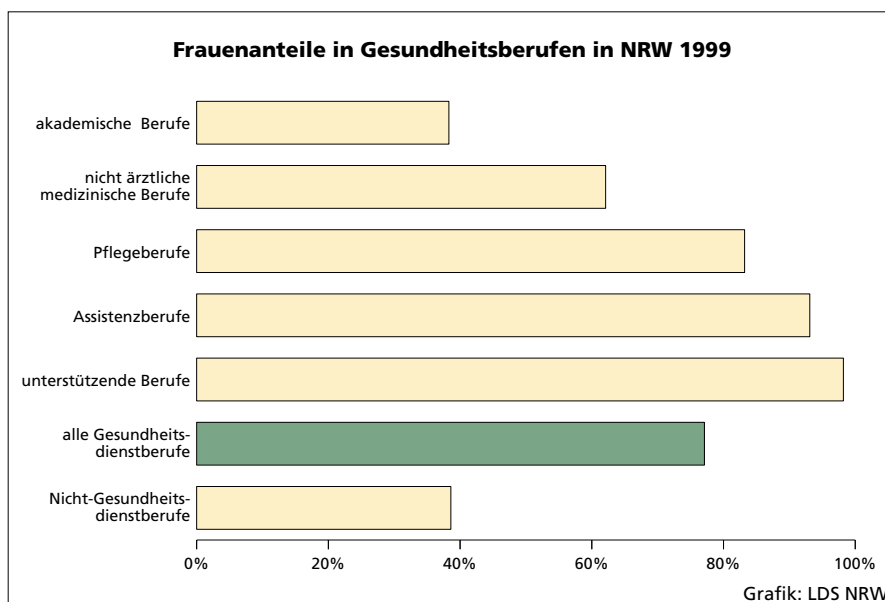


Ein besonders starker Beschäftigungsanstieg war zu Beginn der 90er Jahre zu verzeichnen. Mitte des letzten Jahrzehnts verlangsamte sich dann das Wachstumstempo. 1997 wurde mit 431 000 abhängig Beschäftigten im Gesundheitswesen der vorläufige Höchststand erreicht. Zwischen 1997 und 1998 ging die Zahl der Beschäftigten im Gesundheitswesen erstmals zurück und zwar um etwas mehr als 11 000 Personen. Hier dürften sich die eingeleiteten Kostendämpf-

fungsmaßnahmen auswirken. Dieser Rückgang setzte sich bis 1999 weiter fort; anschließend war wieder ein Anstieg der Beschäftigtenzahl zu verzeichnen.

Auch die Zahl der berufstätigen Ärztinnen und Ärzte ist während der letzten 20 Jahre deutlich angestiegen. Noch 1980 belief sich die Zahl der behandelnden Ärzte auf 35 400, 1999 waren es bereits 62 100. Werden alle Erwerbstätigen in Gesundheitsdienstberufen oder in Branchen des Gesundheitswesens adiiert, so ergibt sich ein Gesamtbeschäftigungseffekt von 688 000 Personen. In den letzten beiden Jahrzehnten war das Gesundheitswesen somit ein wichtiger Beschäftigungsmotor. Ähnliche Steigerungsraten bei den Beschäftigtenzahlen sind allenfalls in der Informationstechnologie zu beobachten.

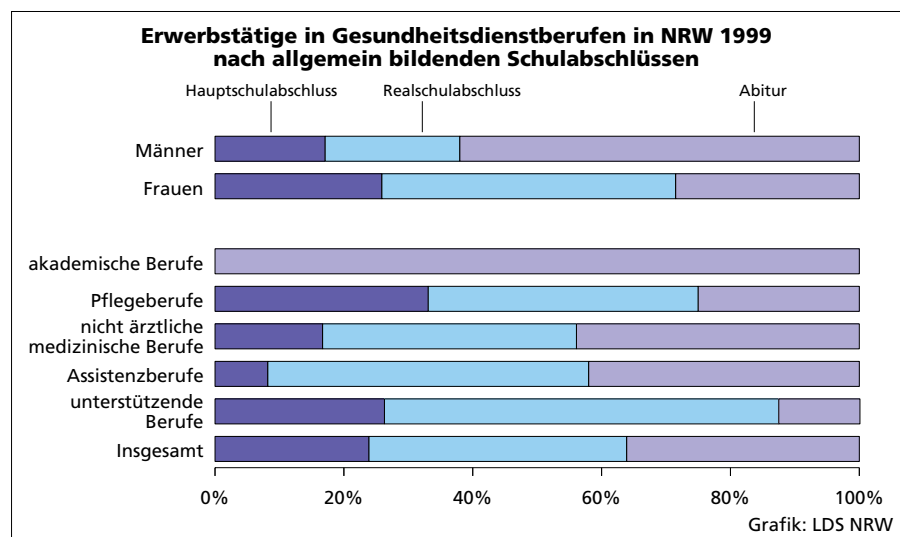
Die **Gesundheitsdienstberufe** sind ein wichtiges **Betätigungsfeld für Frauen**: 14,1 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in NRW üben einen Gesundheitsdienstberuf aus. Für die Berufstätigkeit von Männern haben diese Berufe eine wesentlich geringere Bedeutung: nur 3,0 Prozent üben einen Gesundheitsdienstberuf aus. Innerhalb der Gesundheitsdienstberufe sind 77,1 Prozent aller Erwerbstätigen Frauen, außerhalb liegt der Frauenanteil lediglich bei 38,6 Prozent. Auch dies verdeutlicht die besondere Bedeutung dieser Berufe für Frauen.



In bestimmten Bereichen der Gesundheitsdienstberufe liegt der Frauenanteil noch deutlicher über dem Durchschnitt. In den unterstützenden Berufen sind fast ausschließlich Frauen beschäftigt (Frauenanteil 98,3 Prozent). Auch in den

Assistenzberufen ist der Frauenanteil mit 93,1 Prozent sehr hoch, wie auch in den Pflegeberufen mit 83,2 Prozent. In den akademischen Berufen liegt der Frauenanteil mit 37,9 Prozent dagegen weit unter dem Durchschnitt der Gesundheitsdienstberufe, allerdings nur geringfügig unter dem aller Berufe außerhalb des Gesundheitswesens. Dennoch muss festgehalten werden, dass der hohe Frauenanteil im Gesundheitswesen insgesamt vor allem auf der hohen Präsenz der Frauen in den Pflege-, Assistenz- und unterstützenden Berufen beruht, nicht jedoch auf den finanziell attraktiven Bereichen der akademischen Berufe.

Die Betätigungsfelder der Gesundheitsdienstberufe verlangen von den Erwerbstätigen in diesen Bereichen ein **überdurchschnittliches Qualifikationsniveau**: 36,1 Prozent der Erwerbstätigen in Gesundheitsdienstberufen verfügen über ein Abitur oder eine fachgebundene Hochschulreife im Vergleich zu 28,0 Prozent der Erwerbstätigen in den übrigen Berufen. Weitere 40,0 Prozent haben einen Realschulabschluss über den nur 24,2 Prozent der Erwerbstätigen in Nicht-Gesundheitsdienst-Berufen verfügen



Notwendigerweise besitzen Erwerbstätige in akademischen Berufen ausnahmslos ein Abitur, aber auch in den nicht ärztlichen medizinischen Berufen ist das Abitur mit 43,9 Prozent der häufigste Bildungsabschluss. Assistentinnen und Assistenten verfügen mit 42,0 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich oft über ein Abitur. In den unterstützenden Berufen und den Pflegeberufen, in denen zur Ausbildung kein Abitur vorausgesetzt wird, liegt der Anteil derer mit Abitur zwar niedriger als bei den Nicht-Gesundheitsdienst-Berufen, dafür verfügen diese Erwerbstätigen überdurchschnittlich oft über einen Realschulabschluss.

61,2 Prozent in den unterstützenden Berufen und 41,9 Prozent in den Pflegeberufen haben einen Realschulabschluss, im Vergleich zu 24,2 Prozent in Nicht-Gesundheitsdienst-Berufen.

Differenziert nach dem Geschlecht zeigen sich deutliche **Bildungsunterschiede** in den Gesundheitsdienstberufen: Männer konzentrieren sich in der oberen Bildungsschicht, Frauen auf der mittleren Bildungsebene. 62,0 Prozent der Männer in Gesundheitsdienstberufen haben Abitur oder eine fachgebundene Hochschulreife, bei Frauen hingegen sind es mit 28,5 Prozent kaum mehr als bei den weiblichen Erwerbstätigen in Nicht-Gesundheitsdienst-Berufen.

Von den Frauen verfügen 45,6 Prozent über einen Realschulabschluss im Vergleich zu 28,0 Prozent der Frauen in Nicht-Gesundheitsdienst-Berufen. Auch innerhalb der einzelnen Berufsgruppen bestehen zum Teil Bildungsunterschiede zwischen Männern und Frauen, die darauf hindeuten, dass Männer und Frauen in diesen Bereichen auf unterschiedlichen Hierarchiestufen zu finden sind. In den nicht ärztlichen medizinischen Berufen verfügt fast jeder zweite Mann (48,4 Prozent) im Vergleich zu 37,8 Prozent der Frauen über ein Abitur. In den Pflegeberufen dagegen liegt der Anteil der Erwerbstätigen mit Abitur bei den Frauen höher: 37,8 Prozent der Frauen in diesem Bereich haben Abitur, im Vergleich zu 22,5 Prozent der Männer, deren absolute Zahl jedoch klein ist.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

- Das Gesundheitswesen wies in den letzten 20 Jahren ein hohes Beschäftigungswachstum auf. Allerdings wurde dieser Wachstumstrend in den Jahren 1997 bis 1999 vorübergehend gestoppt.
- Das Gesundheitswesen ist ein wichtiger Arbeitsmarkt für Frauen, wenngleich sich Frauen im akademischen Bereich des Gesundheitswesens noch nicht in dem Maße etablieren konnten wie in anderen Bereichen.
- Die Berufe des Gesundheitswesens erfordern insgesamt ein hohes Qualifikationsniveau, dies trägt zu einer überdurchschnittlichen Arbeitsplatzsicherheit bei.

Schwerpunktthema „Statistik Online“

Mit dem breiten Einzug der modernen Kommunikationstechnik in Behörden, Firmen und bei Privatpersonen sind neue Grundlagen geschaffen worden, die eine Ablösung der traditionellen Erhebung statistischer Daten mittels Fragebögen durch zeitgemäße Arbeits- und Organisationsformen ermöglichen. Die **Nutzung des Internet bei der Datengewinnung** – E-Statistik – stellt daher einen der Beiträge dar, den die amtliche Statistik auf dem Weg zum „E-Government“ leisten kann. E-Statistik auf der Basis des Internet muss sowohl ökonomische wie qualitative Ziele verfolgen. Auf Seiten der Auskunftspflichtigen und der freiwillig Auskunftgebenden steht die Entlastung im Zuge der Berichterstattung im Vordergrund. Für die statistischen Ämter bietet E-Statistik Möglichkeiten zur Beschleunigung des Erhebungsablaufes und Vereinfachung der Arbeitsflüsse; die Daten sollten dank einer Basisprüfung schon bei der Dateneingabe eine bessere Qualität aufweisen. Selbstverständlich wird ein effizienter Mitteleinsatz und eine Kostenreduzierung bei der Aufbereitung erwartet.

Der statistische Verbund in Deutschland, in dem alle 16 statistischen Landesämter sowie das Statistische Bundesamt zusammenarbeiten, hat daher beschlossen, das Internet als neues Erhebungsmedium zu erproben, bereits gesammelte Erfahrungen auszutauschen und gemeinsame Lösungen zu entwickeln. Das LDS NRW hat hierfür die Durchführung einer Pilotstudie übernommen und in knapp sechsmonatiger Entwicklungszeit das Projekt „Statistik-Online“ zur Einsatzreife geführt. Die Datenerhebung über das Internet wird dabei als ganzheitlicher Arbeitsprozess betrachtet, der sowohl die Registrierung der Nutzer, die Bereitstellung von Formularen via Internet als auch die Überführung der gewonnenen Daten in die weitere statistische Produktion berücksichtigt.

Bei der Gestaltung der Internetformulare wurde dementsprechend großer Wert auf einheitliches Layout, ergonomische Benutzerführung sowie schnelle Interaktion mit den Web-Servern des LDS NRW gelegt. Dass alle zeitgemäßen sicherheitsrelevanten technischen Vorkehrungen (Authentifizierung der Anwender, SSL-Verschlüsselung bei der Übertragung, Serverzertifizierung, Einsatz von Firewalls) getroffen wurden, versteht sich von selbst.

Abgaben	Betriebsstelle	Liefer-, Ge- hälter, Umsatz	Energie- verbrauch	Bemerkung	Erläuterungen	Sicher- heits- Latten	Senden	100%
weiter 100 %								
1		Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau, Gew. von Steinen und Erden			Baugewerbliche Betriebsstelle		Statist. Betriebsstelle (Handel, Transport, Landwirtschaft u.a.m.)	
		WZ 93 Nr. 1	WZ 93 Nr. 2	WZ 93 Nr. 3				
Tätige Personen (am Ende des Berichtsmonats)								
Gesamtzahl der tätigen Pers. (einschl. tätiger Inhaber/innen, ohne Heimarbeiter/innen)								
		11	12	13	14	15	16	17
darunter: Arbeiter und Arbeiterinnen (einschl. gewerblich Auszubildende)								
		11	12	13	14	15	16	17
2 Umsatz im Berichtsmonat (ohne Umsatzsteuer)								
in vollen EUR								
Inlandsumsatz								
		11	12	13	14	15	16	17
Zufuhrumsatz sowie Umsatz mit deutschen Exporteuren								
		11	12	13	14	15	16	17
3 Auftragsleistung im Berichtsmonat (ohne Umsatzsteuer)								
in vollen EUR								
Inland								
		11	12	13	14	15	16	17
Ausland								
		11	12	13	14	15	16	17

Mit einer umfassenden Werbeaktion wurden Firmen und Betriebe, die für Statistiken in NRW auskunftspflichtig sind, über das Projekt „Statistik-Online“ informiert. Die Resonanz war überaus ermutigend: Schon mehr als 1 100 Betriebe erklärten ihre Bereitschaft zur Teilnahme, für die „monatliche Produktionserhebung“ konnten bereits mit der ersten Werbeaktion 12 Prozent der dafür meldenden Firmen gewonnen werden.

Für die Pilotstudie wurden sieben Wirtschaftsstatistiken ausgewählt:			
Statistik	Periodizität	Berichtsstellen	
		insgesamt	registriert in Statistik- Online
Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes	monatlich	11 000	9 %
Monatliche Produktionserhebung	monatlich	2 950	12 %
Vierteljährliche Produktionserhebung	vierteljährlich	7 500	8 %
Monatsbericht im Bauhauptgewerbe	monatlich	1 700	5 %
Monatsbericht zur Einzelhandelsstatistik	monatlich	2 700	4 %
Erhebung der Waren und Dienstleistungen für den Umweltschutz	jährlich	1 100	7 %
Erhebung der Investitionen für den Umweltschutz	jährlich	11 000	8 %

Mit der Einbindung von „Statistik-Online“ in das E-Portal des LDS NRW Anfang Januar 2002 waren über 1 000 Firmen und Betriebe in der Lage, für den Berichtsmonat Dezember 2001 ihre Daten für den „Monatsbericht für Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes“ per Internet zu liefern.

Im dritten Berichtsmonat haben knapp 60 Prozent der registrierten Anwender diesen neuen Erhebungsweg bereits genutzt, dies entspricht etwa 7 Prozent aller für diese Statistik berichtspflichtigen Stellen. Verglichen mit Erfahrungen, die in anderen statistischen Ämtern bei ähnlichen Vorhaben gesammelt worden sind, ist dies ein sehr guter Startwert. Da die Betriebe Anfang Januar i.d.R. betriebsinternen Belastungen wie Inventur oder Jahresabschluss unterliegen – in diesem Jahr erweitert um die Umstellung von DM auf Euro –, welche die Be-

antwortung statistischer Fragen mit einem neuen Medium gewiss als nachrangig eingestuft haben, ist sicherlich damit zu rechnen, dass ab dem nächsten Berichtsmonat der überwiegende Teil der registrierten Anwender „Statistik-Online“ einsetzen wird. Nach Abschluss der notwendigen Vorarbeiten werden im Laufe des ersten Quartals 2002 weitere der o.g. Statistiken im Internet bereitgestellt werden.

Eine erste Sichtung der Qualität der via Internet gelieferten Daten hat gezeigt, dass bis auf wenige Ausnahmen die formale Richtigkeit der Daten aufgrund der bei den Auskunftgebenden „vor Ort“ durchgeführten Basis-Plausibilitätsprüfungen gewährleistet war. Um auch die sachliche Korrektheit der Daten beurteilen zu können, sind noch weitere Detailuntersuchungen durchzuführen, die sich über die folgenden Berichtsmonate erstrecken werden. In jedem Fall stimmen die ersten Ergebnisse mit den Erwartungen überein, so dass berechtigte Hoffnung besteht, dass mit „Statistik-Online“ ein zukunftsweisender, kostensparender und bei den Meldepflichtigen Entlastung schaffender Erhebungsweg eingeschlagen worden ist.

Neue Wege beschritten hat das LDS NRW auch bei der **Bereitstellung von Statistik-Ergebnissen über das Internet**: Seit März 2002 ist unter der Adresse „www.lids.nrw.de“ ein Zugang zur Landesdatenbank eingerichtet, über den nicht nur Landesergebnisse, sondern auch Resultate für kreisfreie Städte, Kreise und kreisangehörige Kommunen leicht und komfortabel abgerufen und weiterverarbeitet werden können.

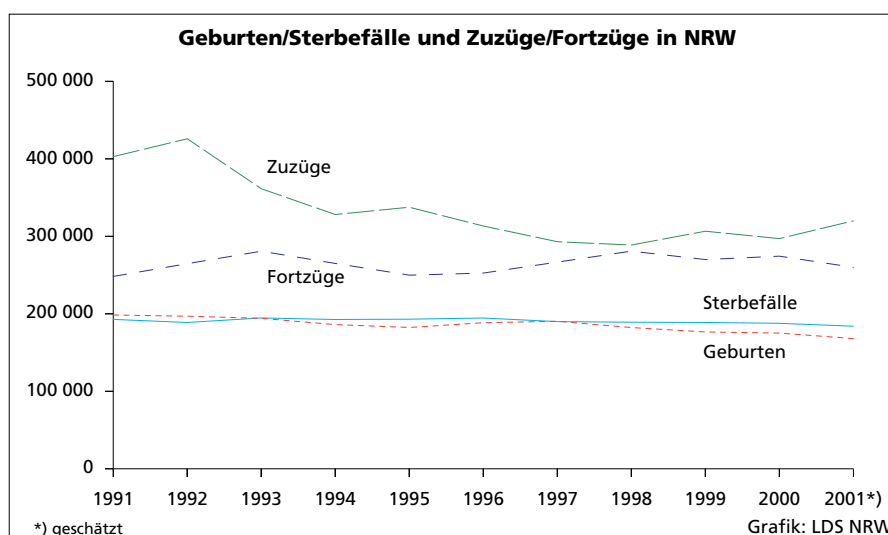
Bevölkerung

Ende 2001 lebten in Nordrhein-Westfalen nach ersten Schätzungen rund 18 054 000 **Einwohner**, das waren etwa 44 000 mehr als zu Jahresbeginn. Bei einer Landesfläche von 34 080 km² erreichte die Bevölkerungsdichte einen Wert von 528 Einwohnern je km² und war damit mehr als doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt.

Mehr als 18 Millionen Einwohner

Die Zahl der Geborenen war weiter rückläufig und erreichte mit etwa 168 000 den niedrigsten Wert seit anderthalb Jahrzehnten, während die Zahl der Gestorbenen mit 184 000 etwa auf Vorjahresniveau lag. Angesichts eines Negativsaldos von 16 000 aus diesen beiden Komponenten der natürlichen Bevölkerungsbewegung war – wie schon in den vergangenen Jahren – der Bevölkerungsanstieg ausschließlich darauf zurückzuführen, dass mehr Personen nach Nordrhein-Westfalen zogen als das Land verließen und der Wanderungssaldo von etwa +60 000 den Sterbefallüberschuss mehr als ausgleichen konnte.

Ergebnissen der vom LDS erarbeiteten „**Bevölkerungsprognose** 1999 bis 2015/2040“ zufolge wird die Einwohnerzahl NRW ab etwa 2003 zurückgehen und bis 2007 die 18-Millionen-Einwohner-Marke wieder unterschreiten.



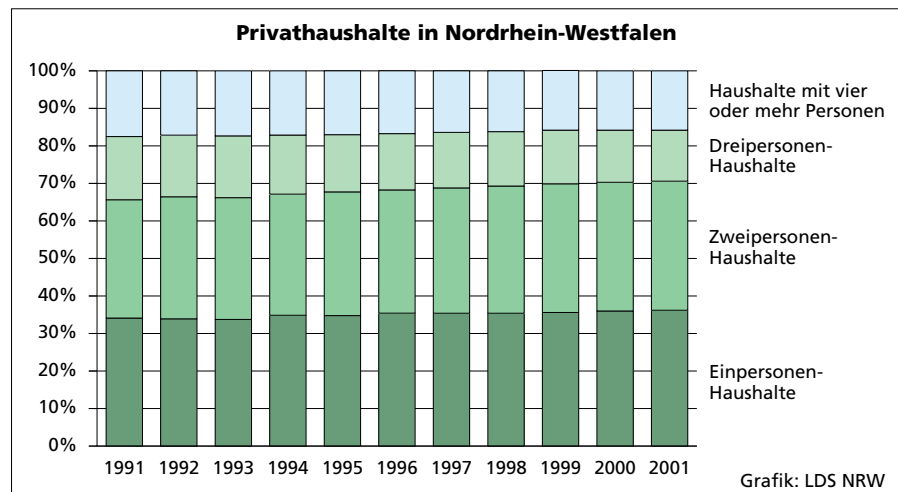
Die Zahl der **Eheschließungen** lag mit rund 90 000 um etwa 8 000 unter dem Niveau der letzten Jahre. Bei den Ehescheidungen hat es in den letzten Jahren keine größeren Veränderungen gegeben. Im Jahr 2000 (die Ergebnisse für 2001 werden in einigen Wochen vorliegen) wurden 45 200 Ehen geschieden, das waren knapp 100 mehr als ein Jahr zuvor. Etwa jede vierte Ehescheidung erfolgte

Weniger Ehen geschlossen

nach einer Ehedauer von vier bis sieben Jahren und etwa jede zehnte Scheidung betraf Ehepaare, die bereits länger als 25 Jahre verheiratet waren.

Anfang 2001 lebten in Nordrhein-Westfalen 1 957 000 **Ausländerinnen und Ausländer**; damit besaß etwa jeder neunte Einwohner des Landes nicht die deutsche Staatsangehörigkeit. Die größte Nationalitätengruppe bildeten mit 672 000 nach wie vor die Türiinnen und Türiken; weitere 497 000 Menschen stammten aus einem der EU-Staaten. Knapp ein Viertel (23,2 Prozent) der ausländischen Bevölkerung war jünger als 18 Jahre⁵, nicht einmal jeder Zehnte (8,7 Prozent) war 60 Jahre oder älter. Zwei Drittel der ausländischen Mitbürger leben schon seit mindestens acht Jahren in Deutschland, jeder vierte kann sogar schon auf eine Aufenthaltsdauer von mindestens 25 Jahren zurückblicken.

Wieviel **Einbürgerungen** im Jahre 2001 zu verzeichnen waren, war bei Redaktionsschluss noch nicht bekannt. 2000 waren 65 743 Menschen eingebürgert worden. Die meisten der Eingebürgerten stammten aus der Türkei (31 661); 4 772 kamen aus dem Irak, 3 097 aus Sri Lanka und 3 030 aus Jugoslawien.



Trend zu kleineren Familien

Die in der Vergangenheit zu beobachtende Tendenz zu kleineren Haushalts- und Familiengrößen setzte sich auch im Jahr 2001 fort. Weiterhin stellten Singelhaushalte mit 36,2 Prozent (2000: 36,0 Prozent) den größten Anteil an den insgesamt 8 352 000 **Privathaushalten** im Lande. Der Anteil der Zweipersonenhaushalte erhöhte sich mit 34,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr (34,3 Prozent) geringfügig, dagegen ging jener der Haushalte mit drei oder mehr Perso-

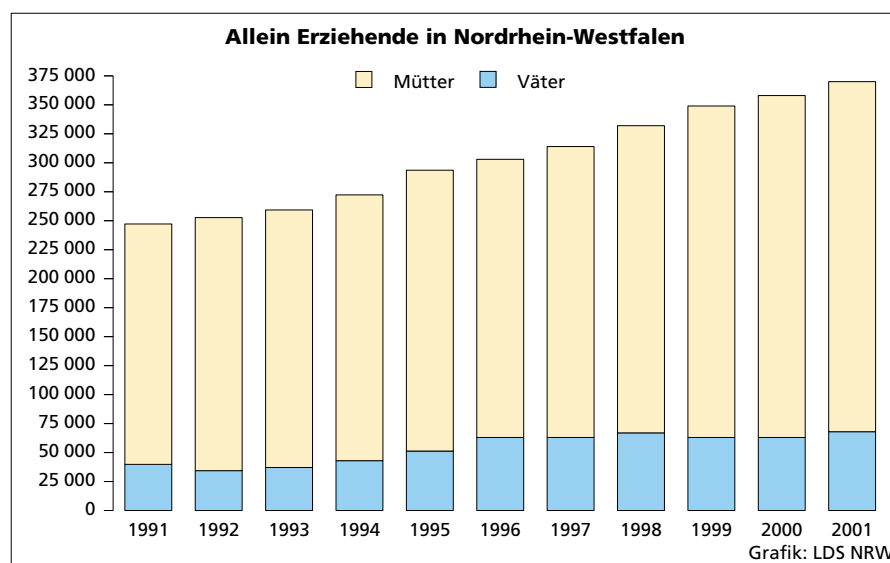
⁵ Bei der Interpretation ist zu berücksichtigen, dass aufgrund von Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht seit Anfang 2000 Kinder nichtdeutscher Eltern bei entsprechender Aufenthaltsdauer der Eltern in Deutschland als weitere Staatsangehörigkeit die deutsche erhalten. Sie werden deshalb in der Bevölkerungsstatistik als Deutsche gezählt.

nen von 29,7 auf 29,4 Prozent zurück. Noch vor 10 Jahren war dieser Haushaltstyp mit 34,4 Prozent am stärksten vertreten gewesen.

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen im April 2001 nach Alter - Ergebnisse des Mikrozensus -			
	Bevölkerung insgesamt		darunter in Einpersonenhaushalten	
	Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent
unter 35	7 110 200	39,5	761 300	25,2
35 – 45	2 870 500	15,9	417 900	13,8
45 – 55	2 386 500	13,2	314 300	10,4
55 – 65	2 380 700	13,2	391 400	12,9
65 und mehr	3 264 900	18,1	1 138 600	37,7
Insgesamt	18 012 800	100	3 023 500	100

Von den allein Lebenden waren, wie die Tabelle zeigt, 2001 weit mehr als ein Drittel (37,7 Prozent) mindestens 65 Jahre alt; nur etwa jeder vierte Single war jünger als 35. Mehr als jede(r) dritte Senior(in) an Rhein und Ruhr lebte demnach allein, von den unter 35jährigen war dagegen nur jede(r) Neunte ein Single.

Jeder dritte Single ist über 65

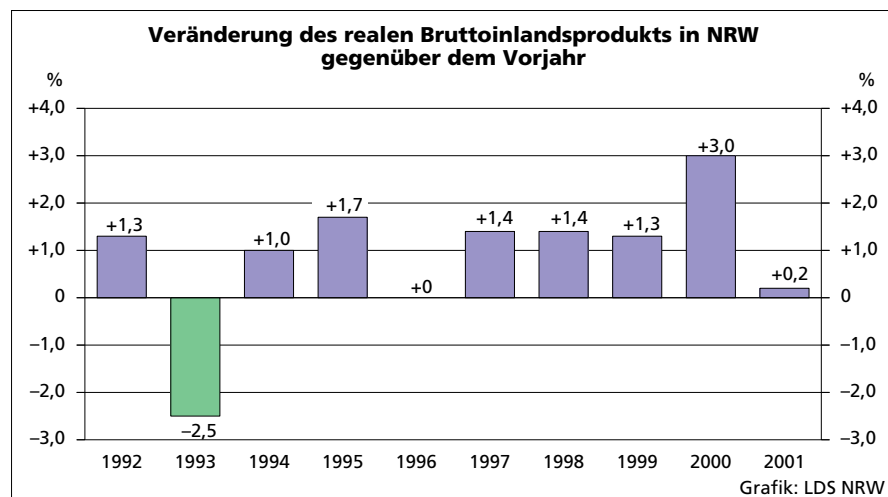


Kaum eine Veränderung gab es in den letzten fünf Jahren bei der Zahl der Familien mit ledigen Kindern unter 18 Jahren; mit 1 992 000 (1996: 1 991 000) betrug ihr Anteil an den insgesamt 6 942 000 Familien (1996: 6 859 000) 28,7 Prozent. Im Gegensatz dazu hat die Zahl der **allein Erziehenden** seit 1990 um mehr als die Hälfte zugenommen: Mitte 2001 erzogen 302 000 Mütter und 68 000 Väter ihre Kinder allein; sie stellten damit fast ein Fünftel (19 Prozent) aller Familien mit Kindern unter 18 Jahren.

Konjunktur und Arbeitsmarkt

**Bruttoinlandsprodukt
nominal +1,5 Prozent,
real + 0,2 Prozent**

Das **Bruttoinlandsprodukt** Nordrhein-Westfalens war im Jahr 2001 nominal um 1,5 Prozent höher als im Jahr zuvor. Real, d. h. nach Ausschaltung der Preisveränderungen, ergab sich ein Plus von 0,2 Prozent⁶. Damit war der allgemeine konjunkturelle Abschwung in NRW besonders deutlich zu spüren. Zurückzuführen war dies in erster Linie auf die negative Entwicklung im Produzierenden Gewerbe (Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe, Energiewirtschaft, Baugewerbe). Darüber hinaus wurde für den Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ aufgrund der staatlichen Sparmaßnahmen eine etwas geringere Wirtschaftsleistung als im Jahr 2000 errechnet. Stabilisierend wirkte sich hingegen das überdurchschnittliche Wachstum in den anderen Dienstleistungsbereichen auf das Bruttoinlandsprodukt aus.



Insgesamt belief sich das Bruttoinlandsprodukt, also die Summe aller im Lande erzeugten Waren und Dienstleistungen (abzüglich der bei der Produktion verbrauchten Güter), in Nordrhein-Westfalen 2001 nominal auf rund 460 Milliarden Euro. Im Durchschnitt erwirtschaftete jeder an der Produktion beteiligte Erwerbstätige eine Leistung von 55 000 Euro.

**Erwerbstätige: Höhere Zunahme
als im Bundesdurchschnitt**

Die Gesamtzahl der **Erwerbstätigen** in NRW – zu ihnen zählen neben den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch Beamte, geringfügig Beschäftigte, Selbstständige und mithelfende Familienangehörige – war 2001 mit fast 8,35 Millionen um 0,3 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Damit war die Entwicklung hierzulande günstiger als im Bundesdurchschnitt, wo sich die Zunahme nach einer ersten Fortschreibung des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ auf +0,1 Prozent belief. Zu beachten ist dabei,

⁶ Quelle: Vorläufige Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, dem auch das LDS NRW angehört.

dass der seit 1995 zu beobachtende Zuwachs im Wesentlichen von der starken Zunahme der geringfügig Beschäftigten bewirkt wurde.

Bundesland	Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 2001	
	Veränderungsrate gegenüber 2000 in Prozent	
	nominal (in jeweiligen Preisen)	real (in Preisen von 1995)
Baden-Württemberg	+2,0	+0,8
Bayern	+2,1	+0,9
Berlin	+1,0	-0,1
Brandenburg	+1,2	-0,8
Bremen	+2,3	+1,0
Hamburg	+2,3	+1,3
Hessen	+2,1	+1,5
Mecklenburg-Vorpommern	+1,0	-0,8
Niedersachsen	+2,0	+0,4
Nordrhein-Westfalen	+1,5	+0,2
Rheinland-Pfalz	+1,7	+0,4
Saarland	+2,3	+1,1
Sachsen	+2,7	+0,9
Sachsen-Anhalt	+1,5	-0,5
Schleswig-Holstein	+1,6	+0,2
Thüringen	+1,5	-0,3
Deutschland	+1,9	+0,6

In den Dienstleistungsbereichen hielt der positive Trend der letzten Jahre weiterhin an. Dieser gemessen an der Zahl der Erwerbstätigen stärkste Wirtschaftssektor in Nordrhein-Westfalen hatte 2001 etwa 5,86 Millionen Arbeitskräfte, das war eine Steigerung um 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den stärksten prozentualen Zuwachs verzeichnete dabei mit +3,8 Prozent der Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen“. Der Zuwachs in den Wirtschaftsbereichen „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ sowie „Öffentliche und private Dienstleistungen“ betrug jeweils 0,4 Prozent. Im Produzierenden Gewerbe setzte sich der in den vergangenen Jahren beobachtete

Bundesland	Erwerbstätige nach Bundesländern		
	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000 in Prozent
	Anzahl		
Baden-Württemberg	5 266 100	5 328 900	+1,2
Bayern	6 240 500	6 302 500	+1,0
Berlin	1 563 700	1 556 500	-0,5
Brandenburg	1 060 300	1 038 000	-2,1
Bremen	386 500	388 100	+0,4
Hamburg	1 042 300	1 045 900	+0,3
Hessen	2 988 400	3 009 900	+0,7
Mecklenburg-Vorpommern	752 200	731 100	-2,8
Niedersachsen	3 485 800	3 479 500	-0,2
Nordrhein-Westfalen	8 321 700	8 349 400	+0,3
Rheinland-Pfalz	1 752 800	1 760 500	+0,4
Saarland	508 100	509 100	+0,2
Sachsen	1 970 400	1 943 600	-1,4
Sachsen-Anhalt	1 057 700	1 034 800	-2,2
Schleswig-Holstein	1 233 000	1 226 300	-0,5
Thüringen	1 076 500	1 056 800	-1,8
Deutschland	38 706 000	38 761 000	+0,1

Rückgang fort. Hier belief sich 2001 die Zahl der Erwerbstätigen auf rund 2 366 000, das waren 1,5 Prozent weniger als im Jahr zuvor.

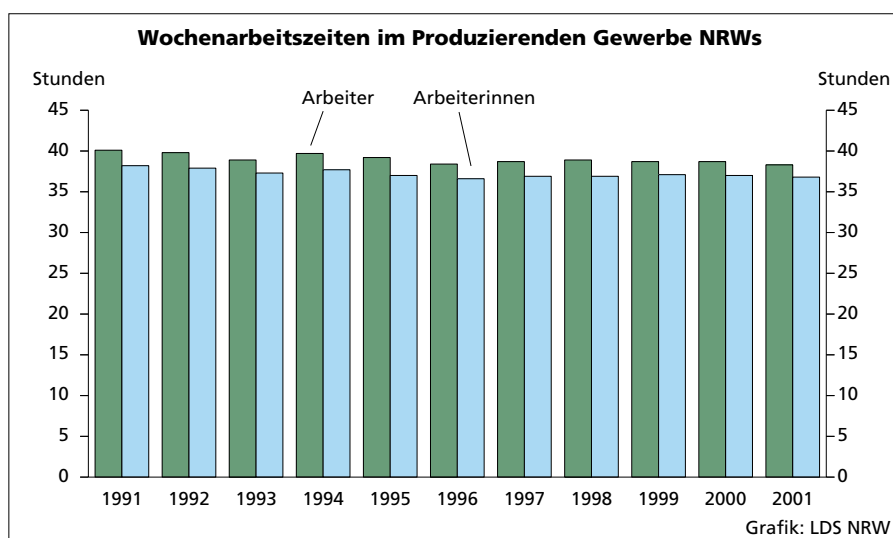
Die Zahl der **Arbeitslosen** sank gegenüber dem Vorjahr abermals, und zwar um etwa 11 000 auf rund 766 300 Personen im Jahresdurchschnitt 2001. Entsprechend verringerte sich die Arbeitslosenquote von 10,1 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 9,6 Prozent im Jahresdurchschnitt 2001. Allerdings fiel auch die Zahl der offenen Stellen von etwa 107 700 auf knapp 106 200 im Jahr 2001.

Verdienste und Arbeitszeiten

Bruttomonatsverdienste um 1,8 Prozent gestiegen

Die durchschnittlichen **Bruttomonatsverdienste** der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer⁷ im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen waren im Oktober 2001 mit 2 821 Euro um 1,8 Prozent höher als ein Jahr zuvor.

Die **Bruttostundenverdienste** der Arbeiterinnen und Arbeiter im Produzierenden Gewerbe⁸ erhöhten sich von Oktober 2000 bis Oktober 2001 um 1,4 Prozent auf 14,75 Euro. Männer verdienten im Durchschnitt 15,12 Euro pro Stunde (+1,4 Prozent), Frauen 11,53 Euro (+1,2 Prozent). In den letzten zehn Jahren sind die Stundenverdienste um 30,8 Prozent gestiegen, wobei die Arbeiterinnen mit einem Plus von 35,9 Prozent wesentlich besser abgeschnitten haben als ihre männlichen Kollegen (+29,3 Prozent).

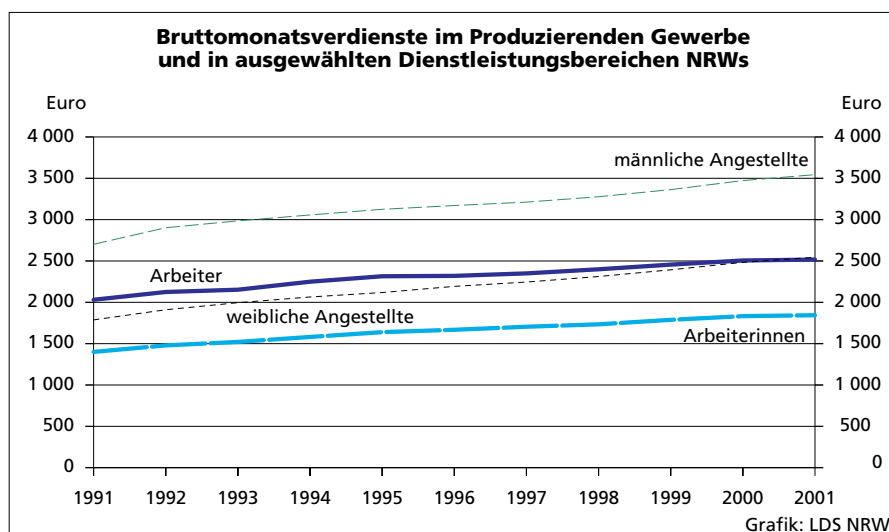


⁷ Arbeiter und Angestellte zusammen

⁸ Arbeiterinnen und Arbeiter aller Leistungsgruppen; einschl. Entgelten für Überstunden, jedoch ohne unregelmäßige oder einmalige Zahlungen (wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgatifikation usw.)

Die bezahlte **Wochenarbeitszeit** der Arbeiterinnen und Arbeiter sank gegenüber dem Vorjahr um 0,4 Stunden auf 38,1 Stunden. Die nicht durch Freizeit abgegoltenen Mehrarbeitsstunden verringerten sich um 0,3 Stunden auf 1,6 Stunden pro Woche. Nach wie vor wurden Überstunden häufiger von Männern als von Frauen geleistet: Erstere brachten es 2001 auf 1,7 Mehrarbeitsstunden pro Woche, ihre Kolleginnen auf 0,6 Stunden.

Der **Bruttomonatsverdienst der Arbeiterinnen und Arbeiter** im Produzierenden Gewerbe betrug im Mittel 2 445 Euro, 0,5 Prozent mehr als vor Jahresfrist. Dabei erreichten die Arbeiterinnen mit einer Wochenarbeitszeit von 36,8 Stunden einen Bruttomonatslohn von 1 844 Euro (+0,6 Prozent); Männer kamen mit 38,3 Stunden auf 2 517 Euro (+0,4 Prozent).



Das durchschnittliche **Bruttomonatsgehalt der Angestellten** im Produzierenden Gewerbe und in ausgewählten Dienstleistungsbereichen⁹ betrug 3 194 Euro; es lag damit um 2,1 Prozent über dem Vorjahreswert und stieg in den letzten 10 Jahren um 32,6 Prozent. Männliche Angestellte kamen im Schnitt auf 3 544 Euro (+2,0 Prozent), während weibliche Angestellte (bei allerdings anderen Beschäftigtenstrukturen, z. B. in Bezug auf Ausbildung, Art der Tätigkeit, Lebensalter, Berufsjahre) 2 545 Euro (+2,5 Prozent) verdienten. Damit setzte sich die langfristig zu beobachtende Tendenz stärkerer Verdienstzuwächse bei den weiblichen Angestellten fort (seit 1991: Frauen +42,3 Prozent; Männer +28,3 Prozent).

⁹ ohne leitende Kräfte; nur regelmäßige Zahlungen; Produzierendes Gewerbe; Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe

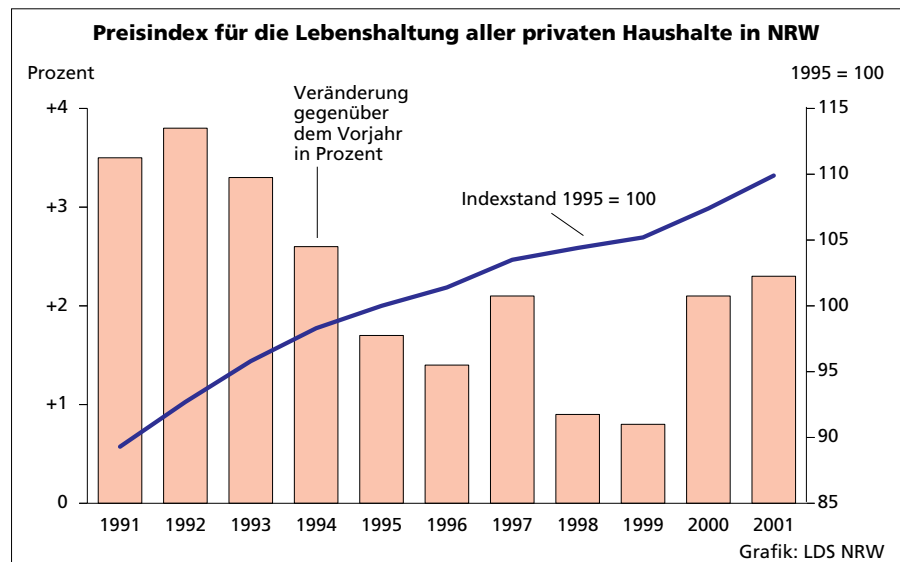
Im Produzierenden Gewerbe war das Verdienstniveau der Angestellten 2001 mit 3 591 Euro um 2,5 Prozent höher als 2000, während für den anders strukturierten Dienstleistungsbereich ein Gehaltszuwachs um 2,4 Prozent auf 2 806 Euro ermittelt wurde.

Verbraucherpreise

Teuerungsrate +2,3 Prozent

Der **Preisindex für die Lebenshaltung** aller privaten Haushalte erhöhte sich 2001 um 2,3 Prozent; 2000 hatte der Anstieg 2,1 Prozent betragen. Im letzten Jahrzehnt hat sich die Lebenshaltung aller privaten Haushalte um knapp ein Viertel (2001/1991: +23,1 Prozent) verteuert.

Für die Teilindizes der zwölf Ausgabenbereiche des privaten Verbrauchs wurden im Jahr 2001 Veränderungen zwischen +3,9 Prozent und -2,6 Prozent ermittelt. Am stärksten stiegen die Verbraucherpreise in der Hauptgruppe „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ mit +3,9 Prozent; hier verteuerten sich Nahrungsmittel im Schnitt um 4,6 Prozent (Fleisch und Fleischwaren +7,4 Prozent, Frischobst +7,6 Prozent), während alkoholfreie Getränke um 0,3 Prozent preisgünstiger waren als 2000.



Der Teilindex „Verkehr“ kletterte um 3,3 Prozent. Hier verteuerten sich örtliche Verkehrsmittel um 5,5 Prozent und die Personenbeförderung mit Schiffen um 7,8 Prozent. Auch die Kfz-Steuer und die sonstigen Gebühren (für TÜV, Abgasuntersuchung, Führerschein) zogen mit +10,8 Prozent überdurchschnittlich an.

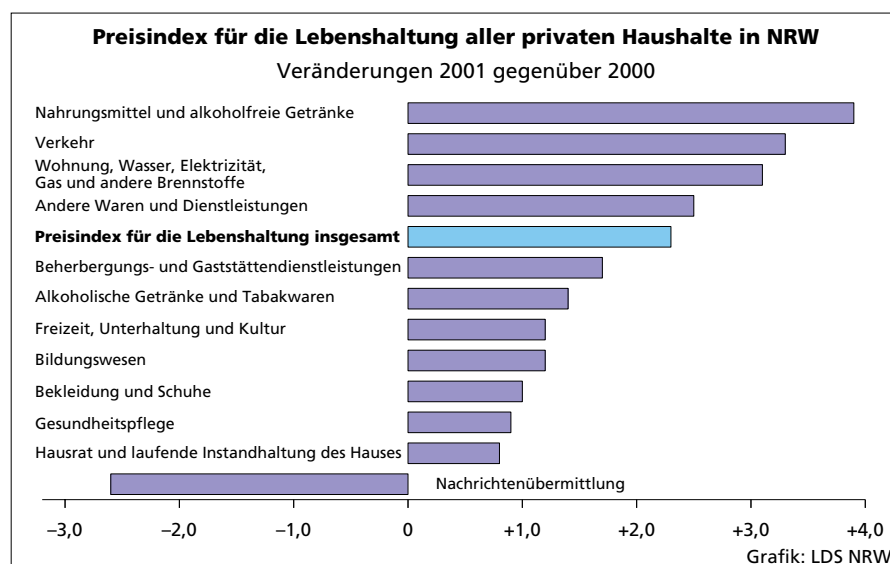
Entgegen der Entwicklung der letzten Jahre stiegen die Preise für Kraftstoffe mit 1,0 Prozent sehr moderat.

„Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe“ verteuerten sich um 3,1 Prozent. Die Wohnungsmieten einschließlich Nebenkosten lagen im Mittel um 1,6 Prozent höher als ein Jahr zuvor. Bei Haushaltsenergien betrug der Anstieg 9,4 Prozent, was besonders auf die Verteuerung beim Gas um 21,4 Prozent und bei den Umlagen für Heizung, Warmwasser und Fernwärme um 24,9 Prozent zurückzuführen ist. Heizöl wurde dagegen um 6,5 Prozent billiger.

**Haushaltsenergie
um 9,4 Prozent teurer**

Bei den „anderen Waren und Dienstleistungen“ (+2,5 Prozent) stiegen die Preise für Dienstleistungen der Versicherungen um 4,2 Prozent. Hier schlugen vor allem die Kfz-Versicherungsbeiträge (+7,8 Prozent) und die Beiträge zur freiwilligen Krankenversicherung (+5,6 Prozent) zu Buche.

Der Teilindex „Beherbergungs- und Gaststätdienstleistungen“ stieg um 1,7 Prozent und der Teilindex „Alkoholische Getränke und Tabakwaren“ um 1,4 Prozent; hier verteuerten sich vor allem Zigarren (+6,9 Prozent).



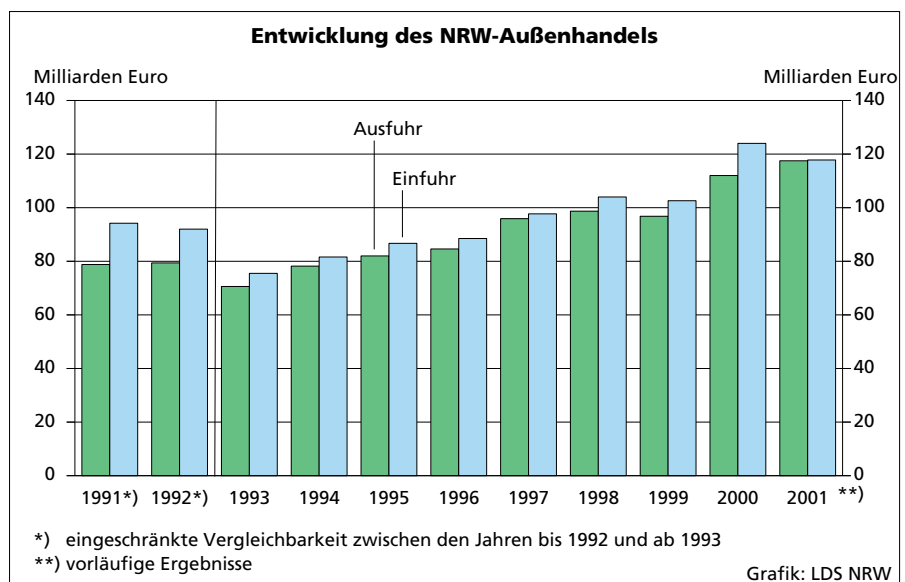
Für „Freizeit, Unterhaltung und Kultur“ mussten 1,2 Prozent mehr als ein Jahr zuvor aufgewendet werden. Überdurchschnittliche Preissteigerungen gab es hier bei Rundfunk- und Fernsehgebühren (+11,5 Prozent) sowie bei Zeitungen und Zeitschriften (+3,8 Prozent), während die Preise im Multimediabereich weiter nachgaben (-6,9 Prozent).

Moderat war die Preisentwicklung bei den Teilindizes „Bildungswesen“ (+1,2 Prozent), „Bekleidung und Schuhe“ (+1,0 Prozent), „Gesundheitspflege“ (+0,9 Prozent) und „Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses“ (+0,8 Prozent). Ein Rückgang war beim Teilindex „Nachrichtenübermittlung“ (–2,6 Prozent) zu verzeichnen, was auf die erneuten Preissenkungen bei Telefondienstleistungen (–3,3 Prozent) zurückzuführen ist.

Außenhandel

Nach dem anhaltenden Wachstum des Welthandels in den letzten Jahren führten die im Frühjahr 2001 in immer mehr Ländern und Regionen einsetzenden Konjunkturschwächen zu einer Dämpfung der Absatzchancen der NRW-Wirtschaft auf den Weltmärkten. Auch die gestiegenen Ölpreise, die Tierseuchen in Europa und eine schwächere Binnennachfrage verhinderten eine Fortsetzung des kräftigen Aufschwungs aus dem Jahre 2000. Gleichwohl erreichte das Volumen des nordrhein-westfälischen Außenhandels 2001 nach vorläufigen Berechnungen einen Wert von 235,3 Milliarden Euro und blieb damit nur knapp unter dem Rekordergebnis von 2000 (236,0 Milliarden Euro). Dabei war der Wert der Importe mit 117,8 Milliarden Euro um 5,0 Prozent niedriger als im Vorjahr, während der Wert der Exporte um 4,9 Prozent auf 117,5 Milliarden Euro anstieg.

**Exporte +4,9 Prozent,
Importe –5,0 Prozent**



Den mit Abstand größten Absatzmarkt für die **NRW-Exporte** bilden nach wie vor die Länder der Europäischen Union. Mehr als die Hälfte (60 Prozent) aller Lieferungen gingen auch 2001 in die Mitgliedsstaaten mit den Hauptabneh-

mern Benelux, Frankreich, Großbritannien und Italien. Die EFTA-Länder (unter ihnen die Hauptabnahmeländer Schweiz und Norwegen) hielten einen Anteil von 4,7 Prozent.

Ausfuhr Nordrhein-Westfalens 2001			
Ausfuhr Nordrhein-Westfalens nach ... / in die ...	Ausfuhr 2001*) in Millionen Euro	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent	Anteil in Prozent
Insgesamt	117 490,8	+4,9	100
EU-Länder	70 507,0	+2,7	60,0
Belgien	10 340,0	+7,6	8,8
Dänemark	2 390,0	+13,0	2,0
Finnland	1 644,0	-5,3	1,4
Frankreich	11 308,2	-1,1	9,6
Griechenland	843,3	+3,2	0,7
Großbritannien	9 944,9	+20,5	8,5
Irland	582,0	+3,2	0,5
Italien	8 959,9	+3,9	7,6
Luxemburg	626,2	+4,1	0,5
Niederlande	10 210,9	-7,2	8,7
Österreich	5 172,0	-4,8	4,4
Portugal	1 043,3	-9,4	0,9
Schweden	2 484,9	-1,0	2,1
Spanien	4 957,5	+3,6	4,2
EFTA-Länder	5 492,9	+7,1	4,7
Island	61,7	+3,6	0,1
Liechtenstein	37,4	+2,9	0
Norwegen	939,0	+12,3	0,8
Schweiz	4 454,8	+6,2	3,8
Mittel- und osteuropäische Länder	11 434,7	+16,4	9,7
darunter			
Polen	3 252,8	+5,6	2,8
Russische Föderation	1 754,4	+53,8	1,5
Slowakei	564,9	+31,3	0,5
Tschechische Republik	2 415,9	+14,3	2,1
Ungarn	1 570,4	+6,6	1,3
NAFTA-Länder	10 904,6	+2,8	9,3
Kanada	716,7	-0,8	0,6
Mexiko	1 030,0	+5,9	0,9
USA	9 157,9	+2,7	7,8
Asiatische Schwellenländer	2 884,3	+1,1	2,5
Singapur	770,5	-3,4	0,7
Südkorea	809,9	+11,1	0,7
Taiwan	521,3	+11,7	0,4
Hongkong	782,6	-9,0	0,7
Ausgewählte andere Länder			
Brasilien	980,1	+3,5	0,8
China	2 376,7	+31,9	2,0
Japan	1 882,3	+3,3	1,6

*) vorläufige Ergebnisse

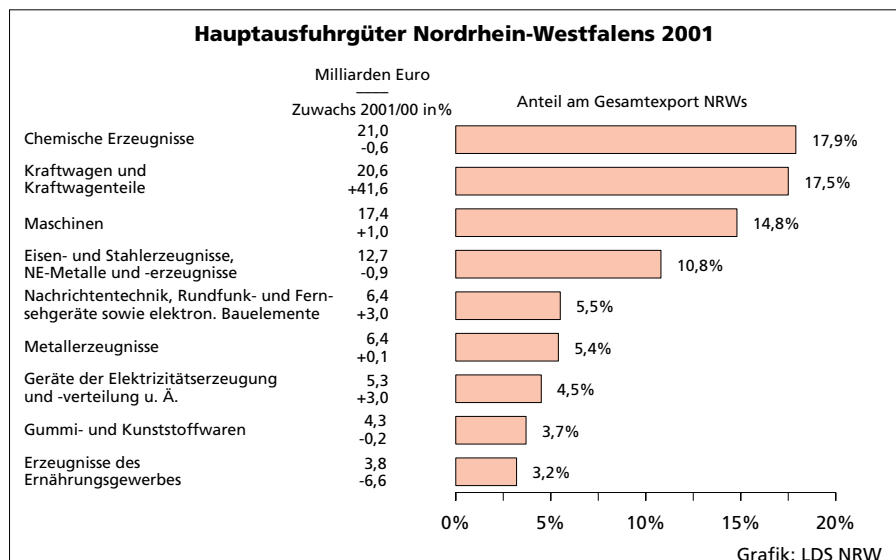
Im Handel mit den mittel- und osteuropäischen Ländern übertrafen die NRW-Exporte mit 11,4 Milliarden Euro (+16,4 Prozent) deutlich das Vorjahresergebnis, wobei u. a. die Russische Föderation mit 1,8 Milliarden Euro (+53,8 Prozent), Polen mit 3,3 Milliarden Euro (+5,6 Prozent), Tschechien mit 2,4 Milliarden Euro (+14,3 Prozent) und Ungarn mit 1,6 Milliarden Euro (+6,6 Prozent) deutlich mehr Waren abnahmen.

16,4 Prozent mehr Exporte nach Mittel- und Osteuropa

Die Ausfuhren in die NAFTA-Länder summierten sich auf 10,9 Milliarden Euro; dies entspricht einem Zuwachs gegenüber dem Vorjahr um 2,8 Prozent. Hierbei kamen die Vereinigten Staaten auf 9,2 Milliarden Euro (+2,7 Prozent), Kanada auf 0,7 Milliarden Euro (-0,8 Prozent) und Mexiko auf 1,0 Milliarden Euro (+5,9 Prozent).

Auf den für Nordrhein-Westfalen wichtigsten Märkten im asiatischen Raum waren wie im Vorjahr positive Zuwachsraten zu verzeichnen: Die asiatischen Schwellenländer (sog. „Tigerstaaten“) orderten Waren im Wert von 2,9 Milliarden Euro (+1,1 Prozent); die Lieferungen nach Japan erreichten 1,9 Milliarden Euro (+3,3 Prozent) und im Handel mit China wurden mit 2,4 Milliarden Euro (+31,9 Prozent) deutlich mehr Waren abgesetzt.

Wichtigste **Exportgüter** NRWs waren auch 2001 „chemische Erzeugnisse“, deren Anteil mit 17,9 Prozent jedoch um 1 Prozentpunkt niedriger lag als im Vorjahr. Auf Platz 2 folgten „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ mit 17,5 Prozent (2000: 13,0 Prozent). Danach kamen „Maschinenbauerzeugnisse“ mit 14,8 Prozent (15,4 Prozent), „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“ mit 10,8 Prozent (11,4 Prozent) sowie „Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente“ mit 5,5 Prozent (5,6 Prozent).



Bei den **Importen** nach Nordrhein-Westfalen entfielen 9,7 Prozent auf „Eisen- und Stahlerzeugnisse, NE-Metalle und -erzeugnisse“ (2000: 9,8 Prozent), 9,5 Prozent auf „chemische Erzeugnisse“ (9,2 Prozent), 9,4 Prozent auf „Kraftwagen und Kraftwagenteile“ (7,5 Prozent), 7,2 Prozent auf „Erdöl und Erdgas“

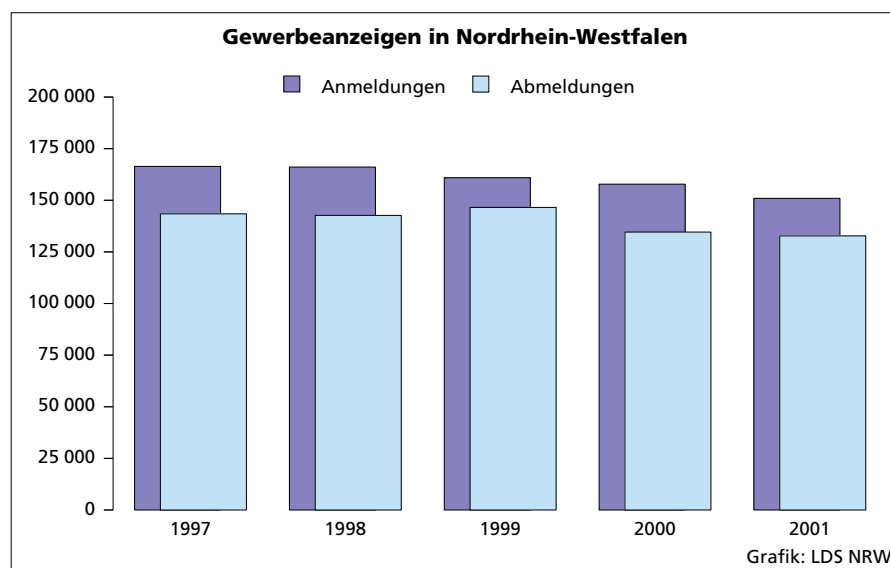
(6,8 Prozent) sowie 7,0 Prozent auf „Nachrichtentechnik, Rundfunk- und Fernsehgeräte sowie elektronische Bauelemente“ (7,4 Prozent) und 6,3 Prozent auf „Maschinenbauerzeugnisse“ (6,3 Prozent).

Mit 55,2 Prozent stammten mehr als die Hälfte der eingeführten Waren aus den EU-Ländern. Auf die mittel- und osteuropäischen Länder entfielen 10,0 Prozent und auf die EFTA-Länder 5,2 Prozent der Warenlieferungen. Japan war mit 6,2 Prozent, die Vereinigten Staaten mit 4,7 Prozent und China mit 4,5 Prozent an den Gesamtimporten NRW beteiligt.

Gewerbemeldungen, Insolvenzen

Im Jahre 2001 gingen bei den nordrhein-westfälischen Gewerbeämtern 151 000 **Gewerbeanmeldungen** ein, 4,4 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Die Zahl der **Gewerbeabmeldungen** nahm um 1,4 Prozent auf 133 000 ab.

Weniger Gewerbemeldungen

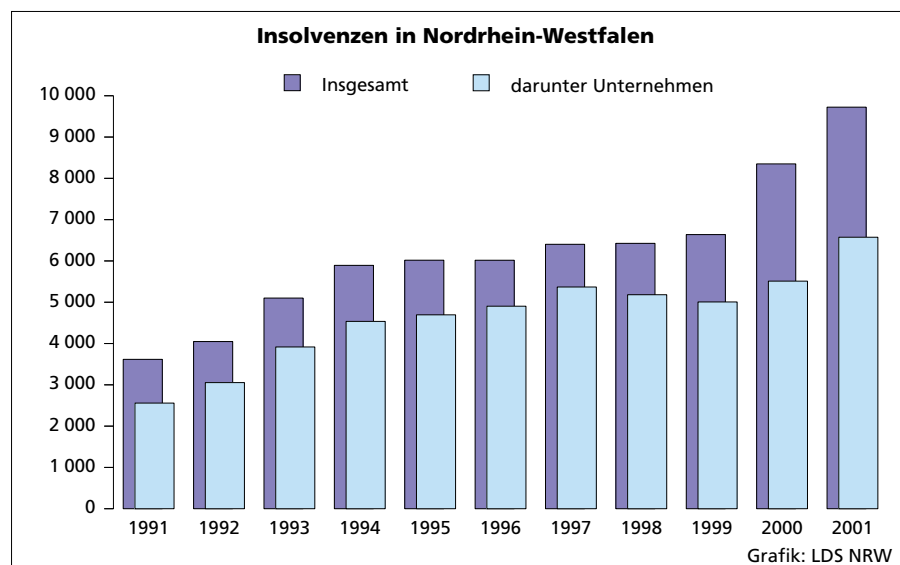


Vier Fünftel der Gewerbeanmeldungen (122 000) betrafen die Neuerrichtung eines Gewerbebetriebes. Weitere 22 000 Anmeldungen erfolgten aus Anlass einer Übernahme (Kauf, Pacht, Erbfolge), Rechtsformänderung oder eines Gesellschaftereintritts. In 7 000 Fällen erfolgte die Anmeldung wegen Verlagerung des Betriebes aus einem anderen Gewerbeamtsbereich.

Die in den Gewerbeämtern angezeigten Gewerbeabmeldungen betrafen in gut drei Viertel der Fälle (103 000) die Aufgabe eines Gewerbebetriebes. 20 000

Anzeigen wurden wegen einer beabsichtigten Übergabe (Kauf, Pacht, Erbfolge) eines Gewerbes oder einer Rechtsformänderung oder eines Gesellschafteraustritts getätigt. Für 9 000 Gewerbetreibende war die Verlagerung des Betriebssitzes in einen anderen Meldebezirk der Anlass für die Gewerbeabmeldung.

Während im „Kredit- und Versicherungsgewerbe“ im Jahr 2001 mehr Gewerbeanmeldungen registriert wurden (+4,2 Prozent), gingen die Gewerbeanmeldungen im Verarbeitenden Gewerbe (-10,0 Prozent), im Baugewerbe (-7,6 Prozent), im Handel (-8,0 Prozent) und im Gastgewerbe (-3,1 Prozent) weiter zurück. Im sehr heterogenen zusammengesetzten Dienstleistungsbereich „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen, Datenverarbeitung und Erbringung von Dienstleistungen für Unternehmen“ (-1,9 Prozent) konnte lediglich in der Sparte „Datenverarbeitung und Datenbanken“ ein Plus von 3,0 Prozent bei den Gewerbeanmeldungen verzeichnet werden.



Neue Rekordmarke bei Insolvenzen

Die Zahl der **Insolvenzen** erreichte im Jahr 2001 mit 9 724 eine neue Rekordmarke. Der Anstieg gegenüber 2000 (+16,5 Prozent, +1 374 Fälle) ist im Wesentlichen auf die Zunahme der Unternehmensinsolvenzen (einschl. Kleingewerbe) um 19,3 Prozent auf 6 574 zurückzuführen. In 358 Fällen handelte es sich um Nachlässe (-4,0 Prozent, -15 Fälle) und 68 Verfahren betrafen „Natürliche Personen als Gesellschafter u. Ä.“ (-13,9 Prozent, -11 Fälle). In 2 724 Fällen wurde das im Rahmen der Insolvenzrechts-Reform 1999 eingeführte Verbraucherinsolvenzverfahren in Anspruch genommen.

Im Jahr 2001 betrafen etwa zwei Drittel der Insolvenzen Unternehmen. Die meisten Unternehmenszusammenbrüche waren im Baugewerbe (1 618 Insolvenzfälle, +22,7 Prozent) zu verzeichnen, gefolgt von den Bereichen „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern“ (1 367 Fälle, +9,9 Prozent) und „Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung beweglicher Sachen“ (1 284 Fälle, +36,6 Prozent). Auch im Jahr 2001 waren jüngere Unternehmen am häufigsten vom wirtschaftlichen Aus betroffen. Etwa drei Fünftel der insolventen Unternehmen hatten zum Zeitpunkt ihres Zusammenbruchs noch keine acht Jahre bestanden, ein Drittel nicht einmal drei Jahre.

Industrie, Handwerk, Energieversorgung

Nach dem deutlichen Produktionswachstum von 6 Prozent im Jahr 2000 befand sich die nordrhein-westfälische **Industrie**¹⁰ im abgelaufenen Jahr in einer Abschwungphase. Zwar nahm im ersten Quartal 2001 die Produktion noch um 5,4 Prozent gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum zu, doch ergab sich bereits für das zweite Quartal ein Minus von 0,1 Prozent. Im weiteren Jahresverlauf verstärkte sich der Rückgang (drittes Quartal –5,5 Prozent, viertes Quartal –8,8 Prozent), so dass sich über das gesamte Jahr gesehen ein Produktionsrückgang von 2,3 Prozent ergab.

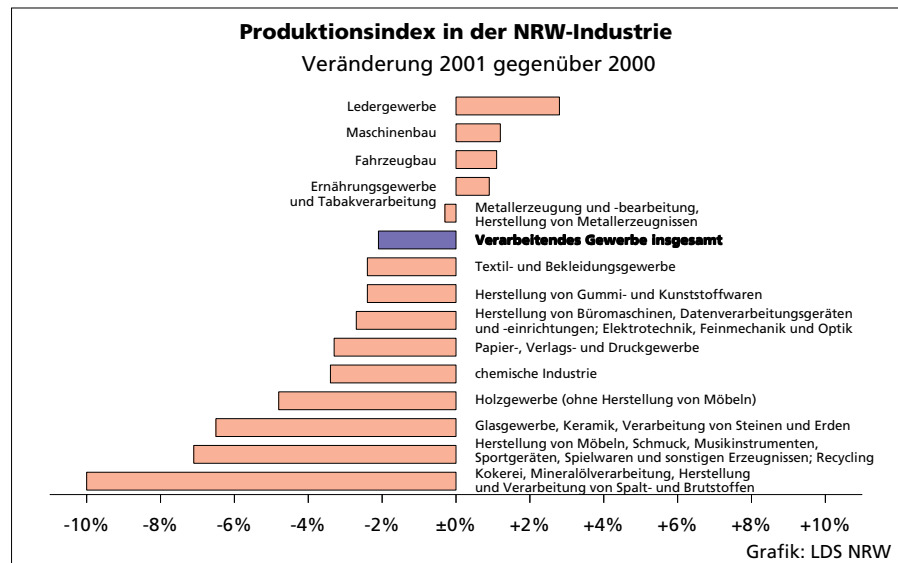
Industrieproduktion –2,3 Prozent

Innerhalb des Bereiches „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“, dessen Produktion insgesamt um 9,9 Prozent abnahm, zeichnete sich wiederum ein differenziertes Bild ab. Während der Steinkohlenbergbau wie bereits in den Vorjahren strukturbedingt deutliche Einschränkungen der Fördermenge (–20,9 Prozent) hinnehmen musste, konnte im Gegensatz hierzu der Braunkohlentagebau seine Abbaumenge um 2,4 Prozent ausweiten. Die Gewinnung von Steinen und Erden konnte sich ebenfalls nicht auf dem Vorjahresniveau behaupten (–1,2 Prozent).

Das Verarbeitende Gewerbe fuhr im abgelaufenen Jahr die Produktion um insgesamt 2,1 Prozent zurück. Zwar konnten einige Wirtschaftsbereiche im Vergleich zum Jahr 2000 noch Zuwächse erzielen, doch beruhte dies fast ausschließlich auf der hohen Kapazitätsauslastung im ersten Quartal, wogegen im

¹⁰ Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes und des Bergbaus sowie der Gewinnung von Steinen und Erden (einschl. des Verarbeitenden Handwerks) mit im Allgemeinen 20 und mehr tätigen Personen.

weiteren Jahresverlauf der Konjunkturabschwung in allen Branchen der nordrhein-westfälischen Industrie deutliche Spuren hinterließ.



Ein Produktionswachstum erzielten im Jahr 2001 die Bereiche „Ledergerberie“ (+2,8 Prozent), „Fahrzeugbau“ (+1,1 Prozent) sowie „Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung“ (+0,9 Prozent). Gleiches gilt für den Maschinenbau, der im abgelaufenen Jahr 1,2 Prozent mehr erzeugte als im Vorjahr. Die „Metallerzeugung, -bearbeitung und Herstellung von Metallerzeugnissen“ (-0,3 Prozent) konnte sich noch knapp auf dem Vorjahresniveau behaupten. Im Gegensatz dazu ging die Produktion im Bereich „Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik“ (-2,7 Prozent) deutlicher zurück. Bei diesem Wirtschaftsbereich fiel ins Gewicht, dass die „Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik“, die 2000 noch ein Produktionsplus von 62,6 Prozent gemeldet hatte, 2001 einen Produktionsrückgang um 1,6 Prozent hinnehmen musste, weil es bei der Produktion von Handys infolge von Marktsättigung zu einem gewissen Stillstand gekommen ist.

Produktionseinbußen mussten im abgelaufenen Jahr auch die Bereiche „Textil- und Bekleidungsgerberie“ und „Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren“ hinnehmen (jeweils -2,4 Prozent), ebenso das Holzgerberie (-3,4 Prozent), die chemische Industrie (-4,8 Prozent) und der Wirtschaftszweig „Kokerei, Mineralölverarbeitung“ (-10,0 Prozent).

Insgesamt erwirtschafteten die Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden im Jahr 2001 einen

Umsatz von 297,3 Milliarden Euro und konnten damit das Vorjahresergebnis nicht ganz erreichen (–0,7 Prozent).

Von Bedeutung erscheint in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass von dem Gesamtumsatz 105,1 Milliarden Euro als Auslandsumsatz erzielt wurden, was einer Zunahme um 1,2 Prozent entspricht. Im Gegensatz dazu ging der Inlandsumsatz um 1,7 Prozent auf 192,7 Milliarden Euro zurück. Durch diese gegenläufigen Entwicklungen stieg die Exportquote der heimischen Industrie auf 35,4 Prozent an.

**Exportquote auf
35,4 Prozent gestiegen**

Im Jahresdurchschnitt beschäftigten die rund 10 900 Industriebetriebe 1,453 Millionen Personen, 19 000 oder 1,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Damit hat sich der Stellenabbau gegenüber dem Vorjahr (–25 000 Arbeitsplätze) etwas verlangsamt.

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe NRWs 2001 im Vergleich zu 2000			
Produzenten von ...	Inland	Ausland	insgesamt
	Prozent		
Vorleistungsgütern	–5,5	–2,7	–4,6
Investitionsgütern	–6,1	–4,2	–5,3
Gebrauchsgütern	–8,7	+4,0	–3,2
Verbrauchsgütern	–5,9	+2,3	–3,5
Insgesamt	–5,4	–2,8	–4,4

Die Entwicklung der **Auftragseingänge**¹¹ geht jener der Produktion voraus. Sie lässt Rückschlüsse über künftige Tendenzen bei Produktion, Umsatz und Beschäftigung zu. Die Inlandsnachfrage, die im letzten Konjunkturoberhoch in ihrer Entwicklung wesentlich schwächer eingestuft werden musste als die Auslandsnachfrage, gab bereits gegen Ende des Jahres 2000 nach. Ab Februar 2001 gingen dann auch die Bestelleingänge aus dem Ausland spürbar zurück. Beides zusammengenommen führte dann zu einem spürbaren Einbruch der Gesamtnachfrage, der sich im weiteren Jahresverlauf noch verstärkte.

Positive Impulse gehen zum gegenwärtigen Zeitpunkt lediglich noch von der Auslandsnachfrage nach Gebrauchsgütern und Verbrauchsgütern aus. Inwieweit hier eine Verstärkung vorliegt sowie eine Erholung in den übrigen Wirt-

¹¹ ohne den Bereich Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung

schaftsbereichen zu erwarten ist, hängt im Wesentlichen von der Konjunkturerholung im westlichen Ausland ab.

Das **Handwerk** Nordrhein-Westfalens musste 2001 sowohl Umsatz- als auch Beschäftigungsverluste hinnehmen. So lag der Umsatz nominal um 3,5 Prozent unter dem Vergleichswert des Jahres 2000 und die Beschäftigtenzahl sank um 4,0 Prozent.

Gewerbegruppe	Veränderung 2001 gegenüber 2000	
	Umsatz	Beschäftigte
	in Prozent	
Bau- und Ausbaugewerbe	-4,9	-5,7
Elektro- und Metallgewerbe	-3,5	-3,5
Holzgewerbe	-5,1	-5,3
Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe	-2,3	-3,7
Nahrungsmittelgewerbe	-2,4	-7,1
Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe	-0,5	-1,7
Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe	+0,9	-1,6
Handwerk insgesamt	-3,5	-4,0

Da das Handwerk in hohem Maße von der Baubranche geprägt wird, hat dieser Bereich das negative Gesamtergebnis spürbar mitbestimmt: 5,7 Prozent weniger Beschäftigte und 4,9 Prozent weniger Umsatz meldeten die Handwerksbetriebe der Gewerbegruppe „Bau- und Ausbaugewerbe“ und mit einem Minus von 5,1 Prozent bei Umsatz und von 5,3 Prozent bei den Beschäftigten hatte auch das Holzgewerbe Einbußen hinzunehmen. Allein das „Glas-, Papier-, keramische und sonstige Gewerbe“ konnte ein Umsatzplus von 0,9 Prozent verbuchen.

Stromerzeugung –3,8 Prozent

Die Kraftwerke der öffentlichen **Stromversorgung** erzeugten in den ersten zehn Monaten des vergangenen Jahres 105,3 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Strom; das war eine um 3,8 Prozent geringere Leistung als im gleichen Zeitraum 2000. Mehr als die Hälfte (55,6 Prozent) der Stromerzeugung entfiel auf Braunkohlekraftwerke, 36,8 Prozent auf Steinkohlekraftwerke, 4,4 Prozent auf Kraftwerke zur Stromerzeugung aus Erdgas, 0,6 Prozent auf Wasserkraftanlagen und 2,4 Prozent auf Kraftwerke mit sonstigen Energiequellen (u. a. Klärgas, Gichtgas und Müll).

Stromerzeugung aus ...	Bruttostromerzeugung der öffentlichen Kraftwerke in NRW			
	1999	2000	2001	Veränderung 2001 gegenüber 2000 in Prozent
	(jeweils Januar bis Oktober) in Megawattstunden			
Wasser	590 125	581 447	654 330	+12,5
Wind	2 331	2 638	2 152	-18,4
Kernenergie	–	–	–	–
Steinkohle	42 155 654	42 889 391	38 782 789	-9,6
Braunkohle	58 814 881	58 785 953	58 525 802	-0,4
Heizöl	193 592	147 078	198 524	+35,0
Erdgas	6 675 337	4 761 973	4 592 720	-3,6
übrigen Energieträgern*)	2 362 906	2 291 488	2 513 282	+9,7
Insgesamt	110 794 826	109 459 968	105 269 599	-3,8

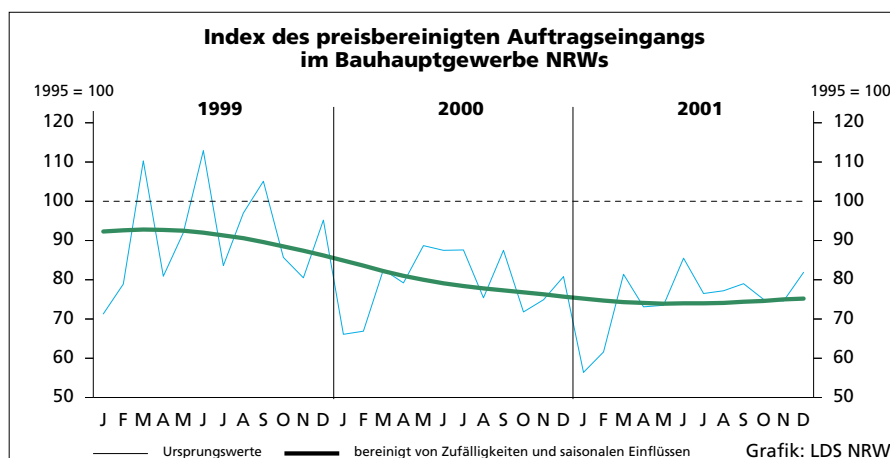
*) u.a. Klär-, Gichtgas, Müll

Wie die Übersicht zeigt, war die Entwicklung in der Elektrizitätsversorgung in erster Linie bestimmt durch einen Rückgang der Stromgewinnung bei den Steinkohlekraftwerken; dem standen mengenmäßig weniger relevante Zunahmen bei der Verstromung von Heizöl, Wasserkraft und den „übrigen Energieträgern“ gegenüber.

Bauwirtschaft

Bei den nordrhein-westfälischen Betrieben mit den Schwerpunkten „Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau“ (im weiteren „**Bauhauptgewerbe**“ genannt) hielt im Jahre 2001 der Nachfragerückgang in abgeschwächter Form an. Der **Auftragseingangsindex** lag real um 5,6 Prozent unter dem Vorjahresniveau, wobei die Nachfrage im Hochbau um 7,7 Prozent und im Tiefbau um 2,5 Prozent zurückging.

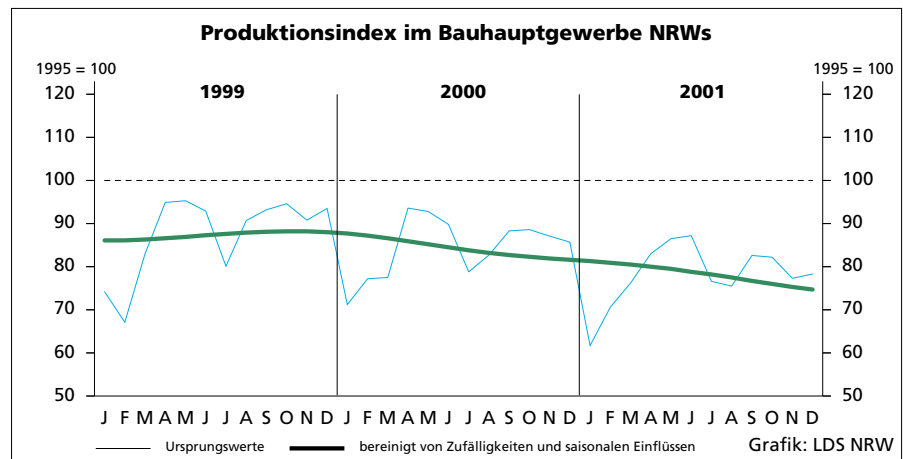
**Nachfragerückgang
im Hochbau stärker
als im Tiefbau**



Innerhalb des Hochbaus nahm das Auftragsvolumen im Wohnungsbau (-17,9 Prozent) deutlicher ab als im öffentlichen Hochbau (-6,6 Prozent) und im ge-

werblichen und industriellen Hochbau (-0,8 Prozent). Innerhalb des Tiefbaus konnten die Auftragsverluste im gewerblichen und industriellen Tiefbau (-11,1 Prozent) durch Anstiege im Straßenbau (+3,6 Prozent) und im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+4,6 Prozent) nicht voll kompensiert werden.

Auch die **Produktion** des Bauhauptgewerbes nahm weiter ab. Der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktionsindex lag 2001 um 7,5 Prozent niedriger als 2000, basierend auf Rückgängen um 9,3 Prozent im Hochbau (dabei Wohnungsbau -14,5 Prozent, öffentlicher Hochbau -8,2 Prozent, gewerblicher und industrieller Hochbau -4,8 Prozent) und um 5,2 Prozent im Tiefbau (gewerblicher und industrieller Tiefbau -6,1 Prozent, Straßenbau -1,6 Prozent, sonstiger öffentlicher Tiefbau -7,0 Prozent).



2001 wurde von den Betrieben des Bauhauptgewerbes ein **Umsatz** von insgesamt 14,9 Milliarden Euro erwirtschaftet, das waren nominal 8,7 Prozent und real – d. h. unter Berücksichtigung der Baupreientwicklung – 9,0 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Bis auf den Straßenbau (+0,6 Prozent) ergaben sich für alle Sparten negative Veränderungsrate, die von -0,9 Prozent (im öffentlichen Hochbau) bis zu -18,0 Prozent (im Wohnungsbau) reichten.

Mitte letzten Jahres wurden im NRW-Bauhauptgewerbe 10 435 Betriebe mit rund 150 000 **Beschäftigten** gezählt, 803 Betriebe und 14 500 Beschäftigte weniger als Mitte 2000.

Im nordrhein-westfälischen **Ausbaugewerbe**¹² waren Ende 2001 rund 66 000 Personen beschäftigt, 4,6 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Der Jahresumsatz

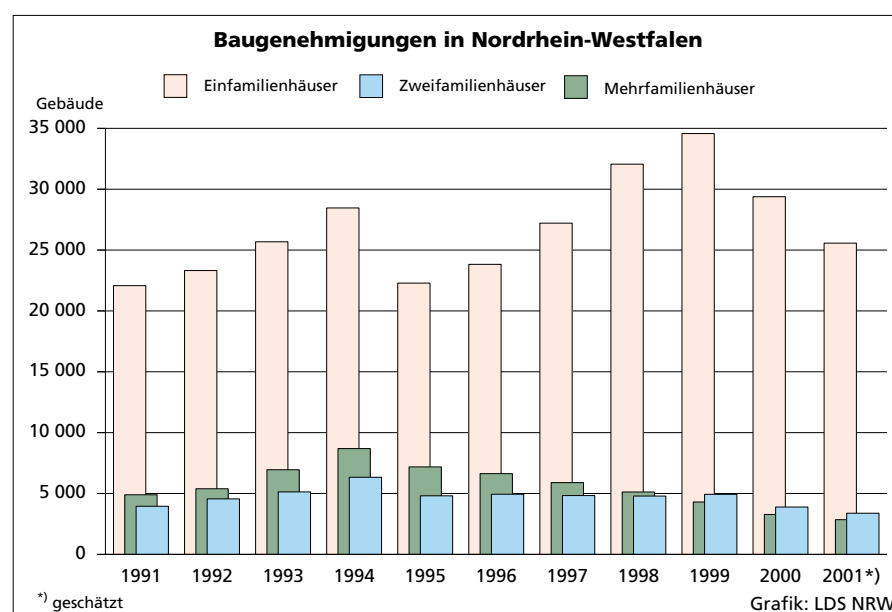
¹² Die Ergebnisse beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten.

dieses Bereichs belief sich 2001 auf etwa 6,3 Milliarden Euro. Dies waren nominal 1,1 Prozent und real – d. h. unter Berücksichtigung der Baupreisentwicklung – 2,0 Prozent weniger als im Jahr 2000.

Bautätigkeit und Wohnungsbestand

Prozentuale Abnahmen im zweistelligen Bereich kennzeichneten die Entwicklung der **Baugenehmigungen** für Neubauten im Jahr 2001: –13,2 Prozent bei den Wohngebäuden auf 31 700; –15,1 Prozent bei den Wohnungen auf 52 600; –13,3 Prozent beim Rauminhalt und –13,7 Prozent für die veranschlagten Kosten. Für die Baufertigstellungen lag bei Redaktionsschluss noch kein Jahresergebnis vor; hier ist von Rückgängen in ähnlicher Größenordnung auszugehen.

Weniger Baugenehmigungen



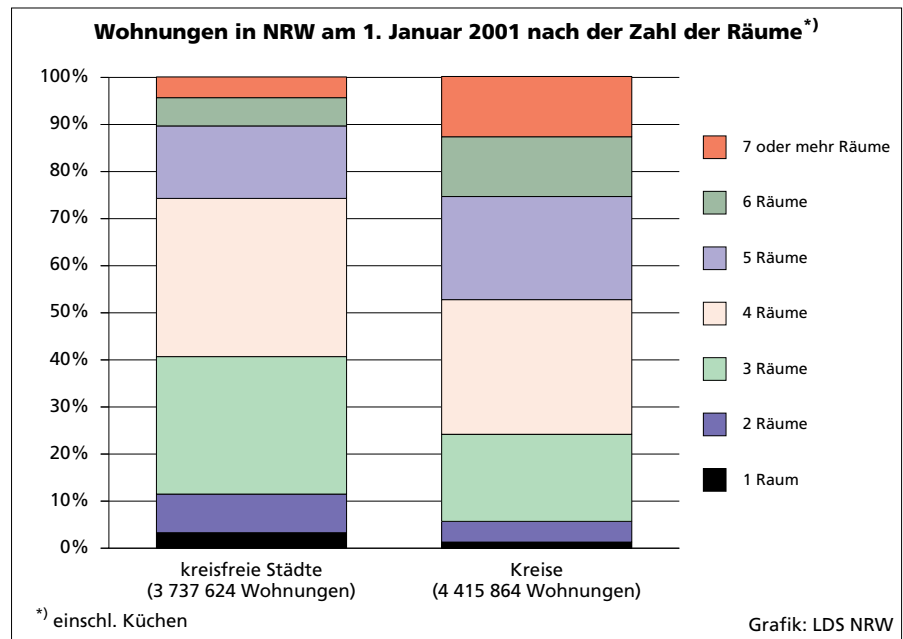
Der **Baupreisindex** für konventionell gefertigte Wohngebäude¹³ stieg 2001 mit nur noch 0,3 Prozent deutlich weniger als im Vorjahr (2000/1999: +1,4 Prozent). Ausbauarbeiten verteuerten sich um 1,4 Prozent, die Preise für Rohbauarbeiten dagegen gaben nach (–0,8 Prozent). Von 1991 bis 2001 ist das Bauen um 23 Prozent teurer geworden, zum Vergleich: Im selben Zeitraum sind die Wohnungsmieten um 36 Prozent geklettert.

Moderater Anstieg der Baupreise

Der **Wohnungsbestand** lag Anfang 2001 in Nordrhein-Westfalen mit rund 8 153 000 Einheiten um 79 000 Wohnungen oder 1 Prozent über dem Vorjahresbestand. Den Zuwachs von rund 40 600 Wohngebäuden (1,2 Prozent) auf

¹³ Bauleistungen am Bauwerk; nicht dazu gehören u.a. Baunebenleistungen und Außenanlagen.

3 427 000 Gebäude trugen zu fast drei Vierteln die Eigenheime, die in den Kreisen 63,5 Prozent der Wohngebäude ausmachen.

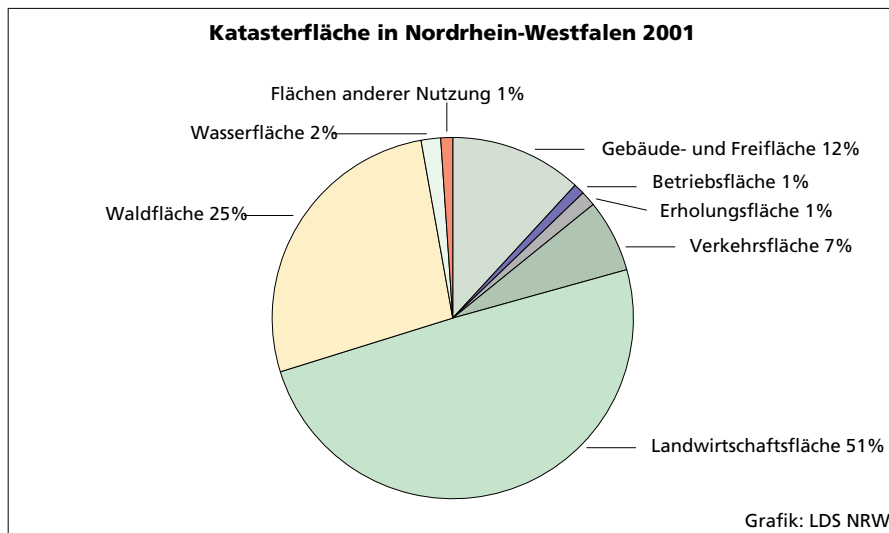


Die bis Ende der 90er Jahre anhaltende Expansion im Eigenheimbau trug mit zur Steigerung der Wohnfläche pro Einwohner auf 37,8 Quadratmeter bei. Die durchschnittliche Wohnungsbelegung verharrte zuletzt bei rund 2,2 Bewohnern ebenso wie die mittlere Zahl der Räume pro Wohnung bei rund 4,3.

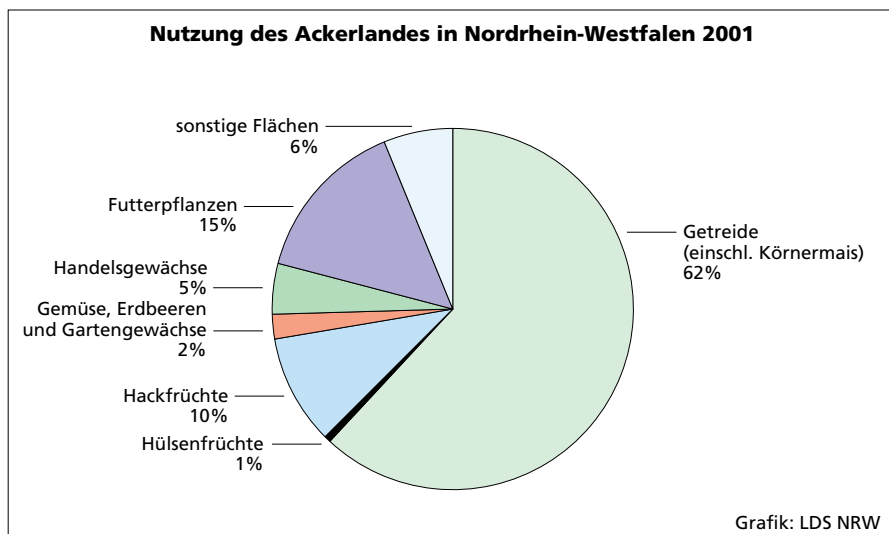
Flächennutzung, Landwirtschaft

Drei Viertel der Landesfläche sind „grün“

Von der gesamten **Landesfläche** Nordrhein-Westfalens, die sich auf 34 081 Quadratkilometer beläuft, waren Anfang 2001 gut die Hälfte (51 Prozent) landwirtschaftlich genutzt und fast ein Viertel (25 Prozent) Wald. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche, die sich aus der Gebäude- und Freifläche, der Betriebsfläche (ohne Abbauland), der Erholungsfläche, der Verkehrsfläche und der Friedhofsfläche zusammensetzt, nahm mit 7 147 Quadratkilometer einen Anteil von 21 Prozent an der Gesamtfläche ein. Hinzu kamen 628 Quadratkilometer Wasserfläche, 190 Quadratkilometer Abbauland und 306 Quadratkilometer sonstige Flächen. Binnen fünf Jahren (1996 bis 2001) hat die landwirtschaftlich genutzte Fläche um 334 Quadratkilometer abgenommen – eine Größenordnung, die in etwa der Fläche der Städte Duisburg und Bottrop (zusammen: 333 km²) entspricht. Der größte Teil dieser Abnahme ging zu Gunsten der Siedlungs- und Verkehrsfläche.



Nach Ergebnissen der Bodennutzungshaupterhebung 2001 setzte sich in NRW die Reduzierung der als **Ackerland** genutzten Bodenfläche gemäß dem Trend der letzten Jahre weiter fort. Mit 1,06 Millionen Hektar war die Ackerfläche um 0,1 Prozent kleiner als 1999.



Auf fast zwei Dritteln (61,9 Prozent) der Anbaufläche bauten die Landwirte Getreide an; 659 300 Hektar bedeuten gegenüber 1999 eine Ausdehnung der Getreideanbaufläche um knapp 4 Prozent. Dabei wuchsen die Anbauflächen für Roggen (+19 Prozent), Winterweizen (+15 Prozent), Wintergerste (+13,4 Prozent) und vor allem Triticale (+47,8 Prozent). Dagegen waren bei den Sommergetreidearten teilweise große Rückgänge zu beobachten. Auch die Anbauflächen für Kartoffeln (-2,86 Prozent auf 30 141 Hektar) und Zuckerrüben (-4,71 Prozent auf 71 717 Hektar) wurden reduziert.

Mehr Getreide angebaut

Günstige Witterungsverhältnisse während der Vegetationsperiode und überwiegend optimale Erntebedingungen führten dazu, dass die Landwirte im Jahr 2001 eine **Getreideernte** (einschl. Körnermais) einfahren konnten, die mit 5,52 Millionen Tonnen um 14,2 Prozent über der des Vorjahres lag. Bei allen Getreidearten wurden deutlich höhere Hektarerträge gedroschen. Insbesondere beim Weizen, der nach wie vor bedeutendsten Getreideart im Lande, wurde ein bislang noch nie erreichter Hektarertrag erzielt, der mit 9,25 Tonnen das letztjährige Ergebnis um 14,1 Prozent übertraf.

Rekord-Ertrag bei Weizen

Getreideernte in Nordrhein-Westfalen 2001						
Getreideart	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent
Getreide insgesamt	657,8	+0,4	5 524,8	+14,2	8,40	+13,8
darunter						
Winterweizen	252,0	-2,5	2 332,0	+11,3	9,25	+14,1
Roggen	25,3	-3,5	184,1	+14,4	7,28	+18,6
Wintergerste	171,8	+0,7	1 308,2	+18,4	7,62	+17,8
Sommergerste	21,3	+7,0	112,0	+13,4	5,26	+6,0
Hafer	22,2	-5,5	122,4	+6,5	5,52	+12,7
Triticale	72,1	+1,3	547,8	+19,7	7,59	+18,0
Körnermais (einschl. Corn-Cob-Mix)	87,9	+11,6	883,7	+15,1	10,06	+3,2

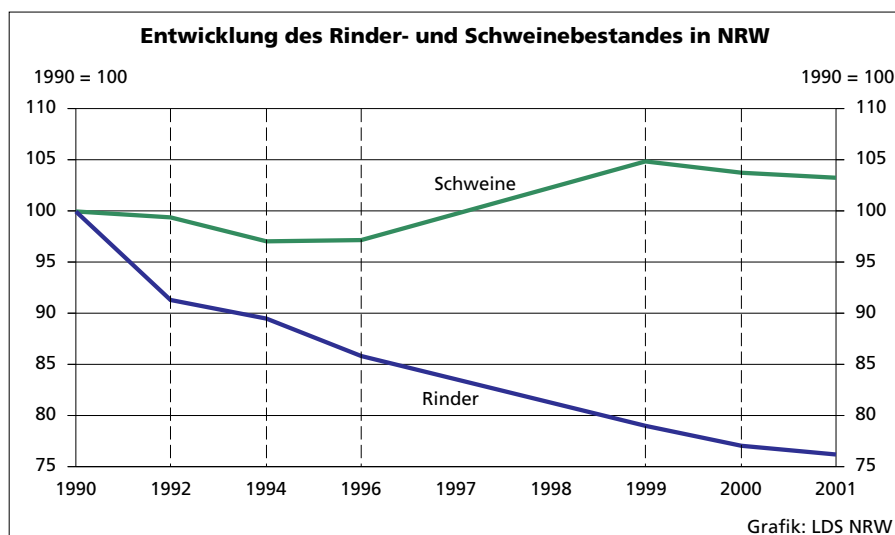
Bei **Kartoffeln** konnte dagegen das sehr gute Ergebnis des Vorjahres nicht wieder erreicht werden; hier belief sich die Erntemenge auf 1,28 Millionen Tonnen (-19,1 Prozent).

Ernte von ausgewählten Feldfrüchten in Nordrhein-Westfalen 2001						
Feldfrüchte	Anbaufläche		Erntemenge		Hektarertrag	
	in 1 000 Hektar	Veränderung geg. 2000 in Prozent	in 1 000 Tonnen	Veränderung geg. 2000 in Prozent	Tonnen je Hektar	Veränderung geg. 2000 in Prozent
Zuckerrüben	71,7	+1,7	3 939,1	-10,0	54,93	-11,5
Kartoffeln	30,1	-8,3	1 282,9	-19,1	42,56	-11,7
Raps	45,4	-4,8	168,8	+12,3	3,72	+18,1
Silomais	128,1	-3,7	6 250,7	-4,1	48,79	-0,4

Seit langem rückläufig ist die Zahl der in der Landwirtschaft **beschäftigten Personen**. 2001 belief sich die Zahl der in den Betrieben der Rechtsform „Einzelunternehmen“ beschäftigten Familienarbeitskräfte auf 94 600, 7,6 Prozent weniger als zwei Jahre zuvor. Dabei handelte es sich nur in 25 900 Fällen (-9,9 Prozent) um Vollbeschäftigte, hauptsächlich die Betriebsinhaber(innen) selbst. Die Anzahl der „ständigen familienfremden Arbeitskräfte“ belief sich 2001 auf 7 800 Personen (+10,7 Prozent).

Bei der **Viehzählung** im Mai 2001 wurden in Nordrhein-Westfalen 1 514 000 Rinder und 6 120 000 Schweine gezählt. Damit war der Rinderbestand um 3,4 Prozent und der Schweinebestand um 1,5 Prozent niedriger als zwei Jahre zuvor. Gegen diesen Trend stieg die Zahl der Schlacht- und Mastkühe um 58 Prozent auf 15 160; der Grund dafür dürfte in den Transportverboten und Handelsbeschränkungen zu sehen sein, die Anfang 2001 als Vorsichtsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche verhängt wurden.

Weniger Rinder und Schweine



In den nordrhein-westfälischen Schlachtbetrieben wurden im Jahr 2001¹⁴ weniger Tiere geschlachtet als im Vorjahr: Die **Fleisch-Erzeugung** aus gewerblichen Schlachtungen von Schweinen inländischer Herkunft nahm um 0,9 Prozent auf 1,05 Millionen Tonnen ab. Höher waren die Rückgänge bei Rindern (-2,0 Prozent auf 178 600 Tonnen) und Kälbern (-13,7 Prozent auf 19 750 Tonnen), während bei dem mengenmäßig nur untergeordneten Schaffleisch ein Anstieg um 10,3 Prozent auf 2 220 Tonnen zu verzeichnen war.

Bei der Erzeugung von Geflügelfleisch (Tiere aus dem In- und Ausland) gab es eine Zunahme um 8,3 Prozent auf 62 679 Tonnen. 42 936 Tonnen (+5,3 Prozent) entfielen auf Truthühner und 18 652 Tonnen (+14,7 Prozent) auf Jungmasthühner.

Groß- und Einzelhandel

Der **Einzelhandel** Nordrhein-Westfalens erzielte 2001 nominal einen um 1,7 Prozent höheren Umsatz als im Vorjahr. Real, d. h. unter Berücksichtigung der

¹⁴ Januar bis November

Preisentwicklung, ergab sich eine Umsatzsteigerung von 0,1 Prozent. Die Zahl der Beschäftigten nahm gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum um 0,4 Prozent zu.

Einzelhandel in Nordrhein-Westfalen		
Wirtschaftszweig	Veränderung von Beschäftigung und Umsatz 2001 gegenüber 2000 in Prozent	
	Beschäftigte	Umsatz (real)
Einzelhandel insgesamt	+0,4	+0,1
darunter		
Handel mit Kraftwagen	-1,5	+0,2
Handel mit Kraftwagenteilen und -zubehör Tankstellen ^{*)}	+11,1	+19,9
	+16,1	+5,1
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ^{*)}	-0,4	+0,9
Einzelhandel mit Nahrungsmitteln usw. Apotheken sowie Facheinzelhandel mit medizinischen Artikeln usw.	-8,1	-11,3
	+2,9	+4,1
sonstiger Facheinzelhandel	+1,1	-2,7
Einzelhandel mit Lebensmitteln	-0,8	+0,7
Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln	+1,1	-0,7
Einzelhandel in Verkaufsräumen	+0,2	-0,6
Einzelhandel nicht in Verkaufsräumen	+5,0	+8,3

^{*)} Seit Januar 1999 sind Agenturtankstellen entsprechend ihrer Wertschöpfung mehrheitlich dem Einzelhandel mit Waren verschiedener Art zugeordnet.

Im **Großhandel** sank 2001 der Personalstand um 0,9 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresdurchschnitt verringerte sich die Zahl der Vollbeschäftigten um 0,4 Prozent; die Zahl der Teilzeitbeschäftigten sank um 3,6 Prozent. Der Umsatz wurde gegenüber 2000 nominal um 0,4 Prozent gesteigert; real, d. h. unter Berücksichtigung der Preisentwicklung, ergab sich ein Umsatzrückgang von 1,0 Prozent.

Reiseverkehr, Messen

Die 5 340 Betriebe des nordrhein-westfälischen Beherbergungsgewerbes¹⁵ konnten 2001 einen neuen Besucherrekord verzeichnen: 14,5 Millionen **Gäste** wurden gemeldet, die es zusammen auf fast 37 Millionen **Übernachtungen** brachten. Sowohl die Zahl der Gäste als auch jene der Übernachtungen nahm damit gegenüber 2000 um 0,9 Prozent zu.

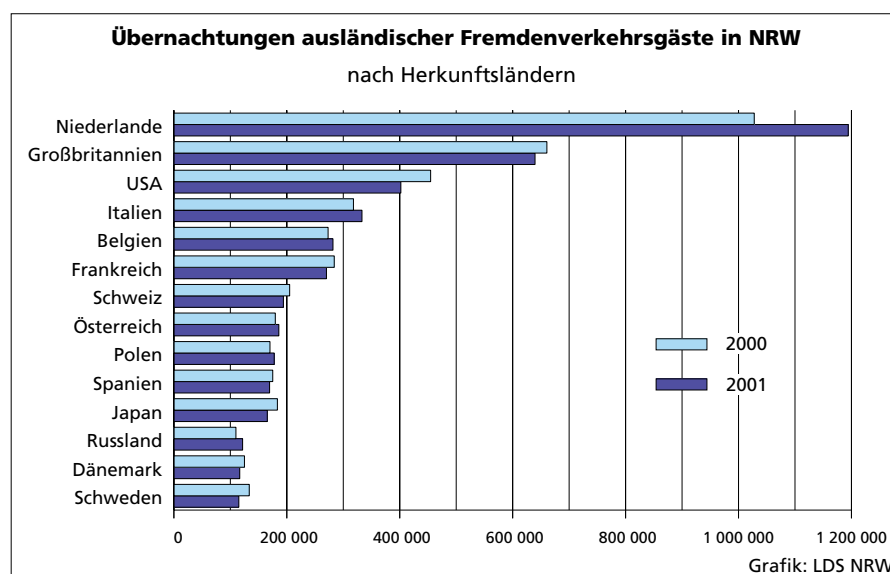
Neuer Besucherrekord

Wie sich die Besucherzahlen auf die nordrhein-westfälischen Reisegebiete verteilten, zeigt die Tabelle. Am stärksten stiegen die Übernachtungszahlen in den Gebieten Köln, Niederrhein und „Eifel und Region Aachen“.

¹⁵ Beherbergungsstätten mit mindestens neun Gästebetten (neben Hotels und Hotels garnis, Gasthöfen und Pensionen auch Jugendherbergen, Sanatorien usw.)

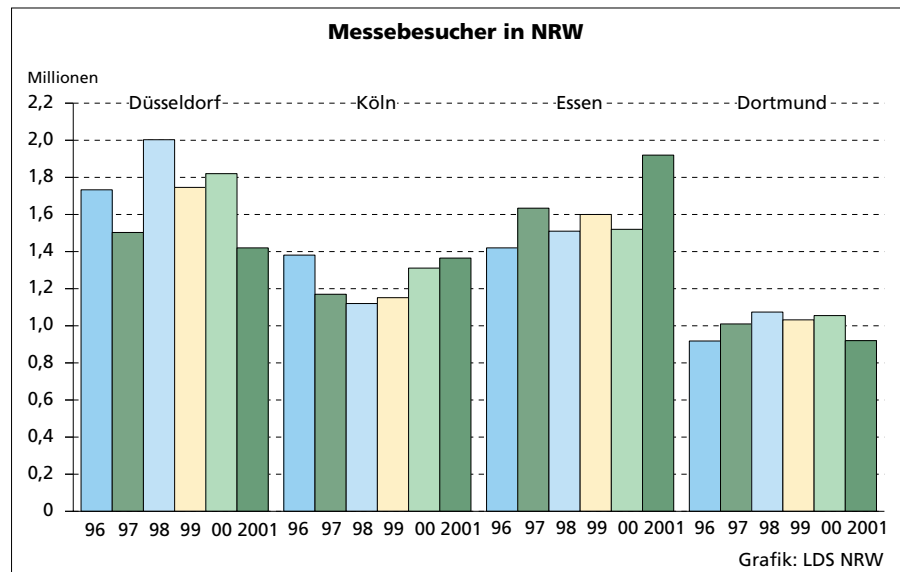
Reisegebiet	Übernachtungen in NRW-Beherbergungsbetrieben 2001			
	insgesamt		darunter von Gästen aus dem Ausland	
	Anzahl	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent	Anzahl	Veränderung gegenüber 2000 in Prozent
Eifel und Region Aachen	2 747 800	+3,3	450 700	-6,4
Niederrhein	2 894 200	+3,4	503 100	-6,3
Münsterland	2 584 100	+1,2	201 700	+3,9
Teutoburger Wald	6 627 300	-	379 900	-3,5
Sauerland	6 152 200	+0,3	869 100	+22,7
Siegerland-Wittgenstein	1 044 000	-0,7	54 700	+11,8
Bergisches Land	3 050 100	-2,0	419 200	-9,0
Bonn und Rhein-Sieg-Kreis	2 223 500	-1,5	350 000	-7,1
Köln	3 257 900	+6,3	1 078 700	+2,5
Düsseldorf	2 389 000	-1,4	938 700	-5,8
Ruhrgebiet	4 016 800	+1,4	556 700	-8,6
NRW insgesamt	36 987 100	+0,9	5 802 300	-1,0

Unterschiedlich entwickelten sich die Übernachtungszahlen der ausländischen Gäste: Wie der Grafik zu entnehmen ist, zog es unsere holländischen Nachbarn wieder häufiger ins Land. Dem standen Rückgänge z. B. bei Briten und US-Amerikanern gegenüber.



Die 141 (Wintersaison) bzw. 197 (Sommersaison) **Campingplätze**, die nicht nur Dauer-Campers offen standen, konnten im letzten Jahr 303 700 (+13,7 Prozent) Campingfreunde als Gäste begrüßen, die es auf 953 500 Übernachtungen (+11,5 Prozent) brachten – sicher auch eine Folge des anhaltend schönen Wetters im Sommer. Unter den ausländischen Campers stellten die Niederlande mit über 40 000 Personen die stärkste Gruppe.

In den **Messestädten** Düsseldorf, Essen, Köln und Dortmund wurden im letzten Jahr 5,625 Millionen Messebesucherinnen und -besucher gezählt.

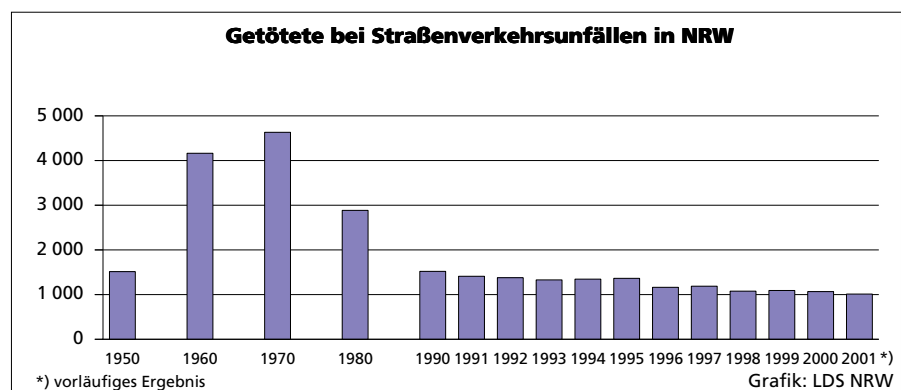


Ein Besucherplus verzeichneten die Messen Köln (+4 Prozent) und Essen (+26 Prozent). Mit 1,92 Millionen Messegästen verzeichnete Essen den größten Zufluss.¹⁶

Verkehr

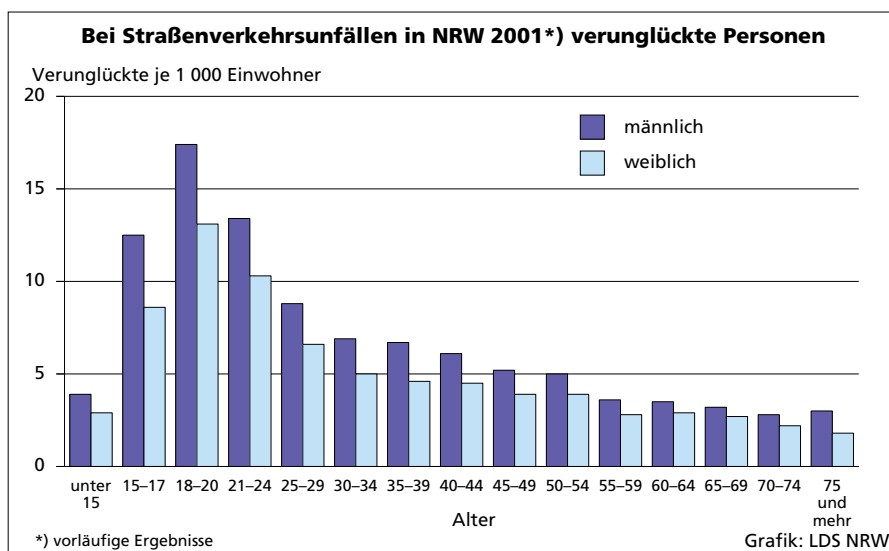
Verkehrstote: So wenig wie nie seit Einführung der Statistik

Einen positiven Verlauf nahm 2001 nach vorläufigen Ergebnissen die Entwicklung der **Straßenverkehrsunfälle**. Unfälle mit Personenschaden gingen im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Prozent auf 72 758 zurück. Die Zahl der Getöteten erreichte mit 1 012 (-5,2 Prozent) den niedrigsten Stand seit Einführung der Statistik 1950, die Zahl der Schwerverletzten nahm um 8,6 Prozent auf 18 051 und jene der Leichtverletzten um 1,3 Prozent auf 74 245 ab.



¹⁶ Die hohen Veränderungsdaten erklären sich auch durch nicht in jedem Jahr stattfindende Großmessen, die zu zyklischen Schwankungen der Besucherzahlen führen.

Steigende Tendenz zeigte dagegen die Zahl der Sachschadensunfälle (+1,9 Prozent auf 487 974); hier stieg die Zahl der Unfälle mit schwerwiegendem Sachschaden um +0,8 Prozent auf 24 272). Bei den sog. Alkoholunfällen war ein Rückgang (-2,4 Prozent auf 4 983) zu verzeichnen.



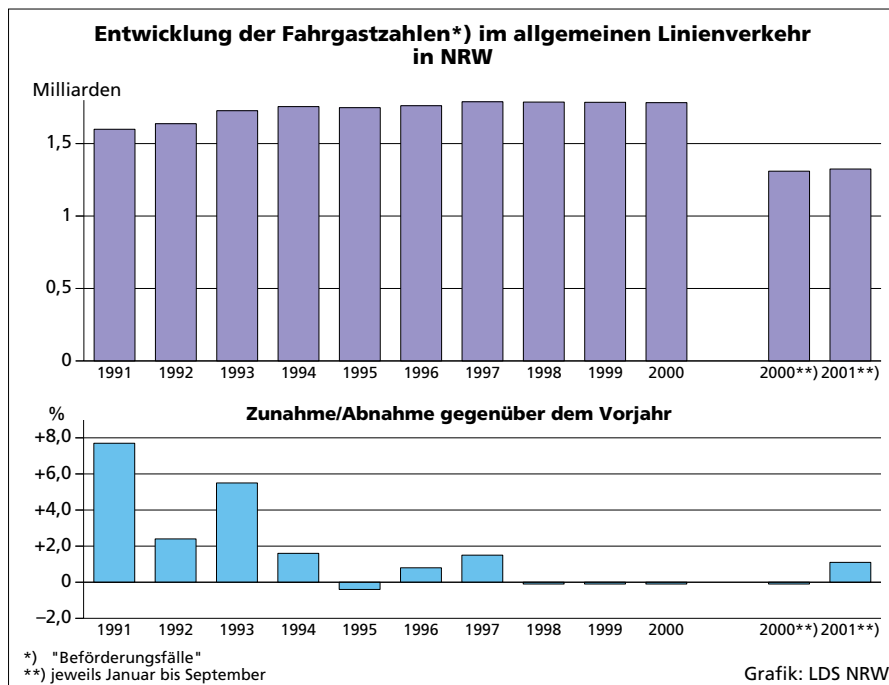
Die Grafik zeigt die im Jahre 2001 in NRW verunglückten Personen nach Altersgruppen: Junge Menschen zwischen 18 und 20 Jahren stellen die am stärksten gefährdete Altersgruppe dar.

Merkmal	Straßenverkehrsunfälle in Nordrhein-Westfalen						Veränderung 2001 gegenüber 2000 in Prozent
	1996	1997	1998	1999	2000	2001*)	
Straßenverkehrsunfälle**)	503 618	502 630	525 915	558 637	553 297	560 732	+1,3
Unfälle mit Personenschaden	73 085	75 510	74 392	78 181	74 632	72 758	-2,5
Unfälle nur mit Sachschaden	430 533	427 120	451 523	480 456	478 665	487 974	+1,9
Verunglückte Personen insgesamt	95 021	97 419	95 928	99 667	96 046	93 308	-2,9
davon Getötete	1 163	1 188	1 077	1 092	1 067	1 012	-5,2
Schwerverletzte	22 531	22 686	21 227	21 704	19 748	18 051	-8,6
Leichtverletzte	71 327	73 545	73 624	77 963	75 231	74 245	-1,3

*) vorläufige Ergebnisse – **) einschl. Bagatellunfällen

Im **öffentlichen Straßenpersonenverkehr** wurden in den ersten neun Monaten des Jahres 2001 rund 1,32 Milliarden Personen im allgemeinen Linienverkehr befördert, 1,1 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum 2000. Dabei nahmen die Fahrten mit Monatskarten und anderen Zeit-Fahrausweisen um 2,6 Prozent

zu. Weiter rückläufig dagegen war die Zahl der Fahrten mit Einzel- oder Mehrfahrtenkarten (-2,9 Prozent). Die Einnahmen der Verkehrsunternehmen aus dem allgemeinen Linienverkehr waren mit 837,6 Millionen Euro um 3,4 Prozent höher als ein Jahr zuvor.



Der **Kraftfahrzeugbestand** in NRW stieg weiter an: Zu Jahresbeginn 2001 waren nach Auswertungen des Kraftfahrt-Bundesamtes fast 11,0 Millionen Kraftfahrzeuge in Nordrhein-Westfalen zugelassen, 3,3 Prozent mehr als Anfang 2000. Die Kraftfahrzeugdichte in Nordrhein-Westfalen nahm damit von 590 auf 609 Kfz pro 1 000 Einwohner zu.

609 Kfz pro 1 000 Einwohner

Flughafen	Fluggäste (Ein- und Aussteiger)				
	1997	1998	1999	2000	2001*)
Dortmund/Wickede	535 507	584 789	677 400	694 279	1 044 658
Düsseldorf	15 402 797	15 749 718	15 925 594	16 027 142	15 394 778
Köln/Bonn	5 403 145	5 383 902	5 990 195	6 291 739	5 705 819
Mönchengladbach	179 476	237 936	190 697	141 607	131 312
Münster/Osnabrück	1 104 170	1 280 017	1 563 630	1 764 840	1 606 588
Paderborn/Lippstadt	685 575	928 449	1 174 910	1 342 220	1 265 204
Insgesamt	23 310 670	24 164 811	25 522 426	26 261 827	25 148 359

*) vorläufige Ergebnisse

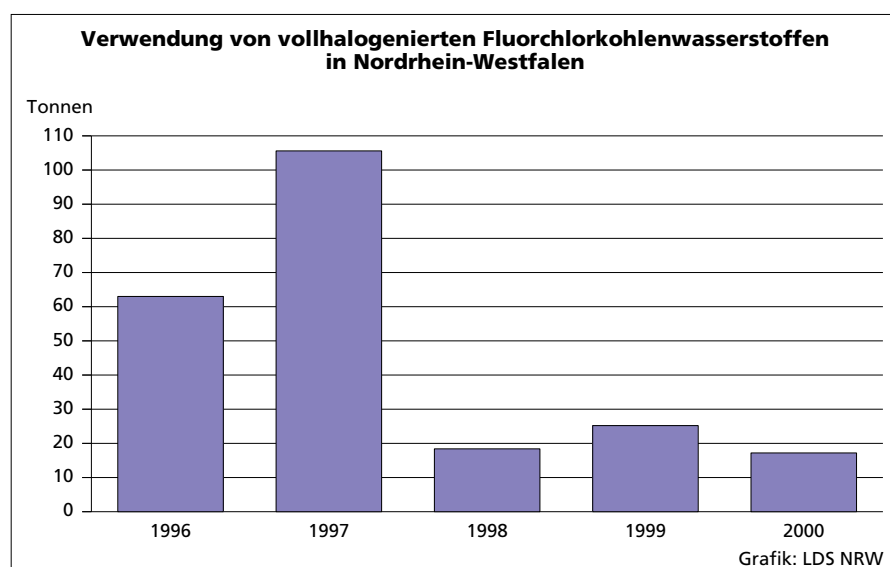
Auf den internationalen Verkehrsflughäfen des Landes wurde 2001 mit knapp 25,1 Millionen (-4,2 Prozent) **Fluggästen** im gewerblichen Verkehr das Vorjahresergebnis nicht erreicht. Die größten Rückgänge meldeten die Flughäfen Köln/Bonn (-9,3 Prozent) und Münster/Osnabrück (-9,0 Prozent). Entgegen

dem Trend stieg das Passagieraufkommen des regionalen Verkehrsflughafens Dortmund-Wickede um 50,5 Prozent an.

Umwelt

Günstig entwickelte sich die Verwendung von **ozonschichtschädigenden und klimawirksamen Stoffen** in NRW: Die an solchen Stoffen eingesetzte Menge ging von 1996 bis 2000 zwar nur um 24 Tonnen auf 879 Tonnen zurück, doch verminderte sich die ozonschichtschädigende Wirkung im gleichen Zeitraum von 228 auf 70 ODP-Tonnen¹⁷ (-69,3 Prozent). Ursächlich für diesen Rückgang war die Substitution bestimmter Stoffe aufgrund gesetzlicher Verbote und Vorgaben; so nahm bei den besonders ozonschichtschädigenden Fluorchlorkohlenwasserstoffen (FCKW) die eingesetzte Menge um fast drei Viertel (73 Prozent) auf 17,2 Tonnen ab.

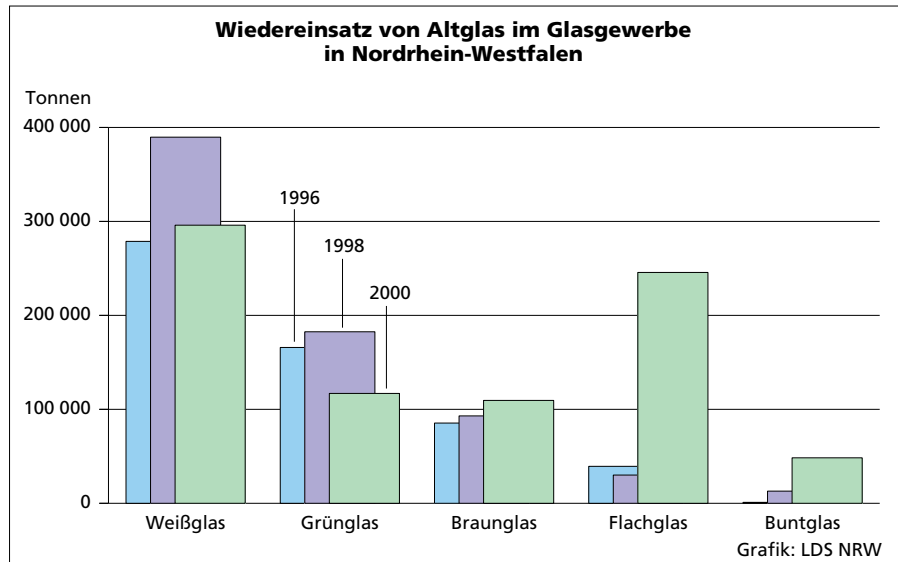
Reduzierte Ozonschicht-Schädigung



Trotz regelmäßiger technischer und polizeilicher Kontrollen kommt es immer wieder zu **Unfällen mit wassergefährdenden Stoffen**: 2000 ereigneten sich landesweit 491 solcher Unfälle, bei denen 362 Kubikmeter wassergefährdende Stoffe freigesetzt wurden. Davon konnte rund die Hälfte (179 Kubikmeter) wiedergewonnen werden. Bei den übrigen 183 Kubikmetern an ausgelaufenen Substanzen, die dauerhaft den Wasserhaushalt belasten, handelte es sich zum überwiegenden Teil um Mineralölprodukte.

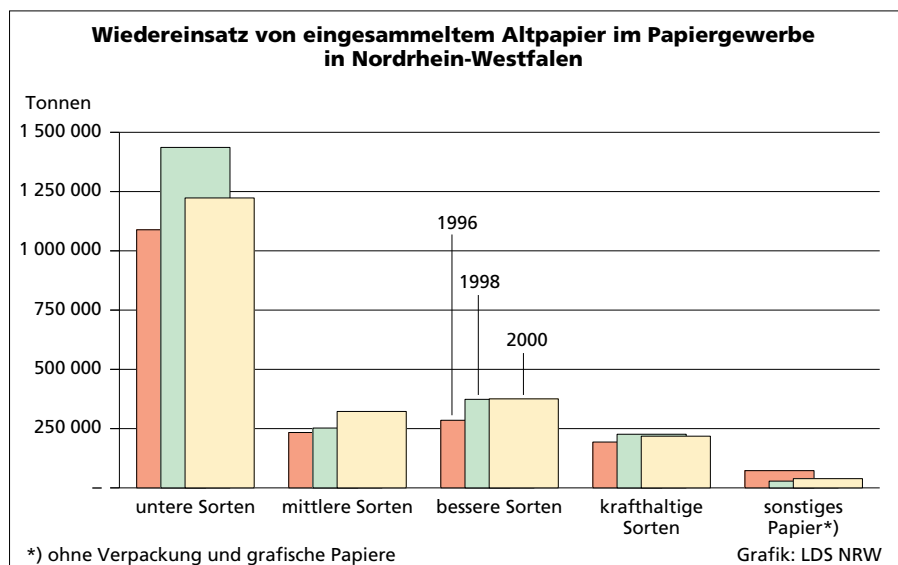
¹⁷ ODP = Ozone Depletion Potential (Maßeinheit zur Beschreibung der ozonschichtschädigenden Wirkung)

Neu im Bereich „Vorbeugender Gewässerschutz“ ist eine Art Kataster für **Anlagen mit wassergefährdenden Stoffen**: Erfasst wurden 2000 rund 150 000 solche Anlagen mit einem Gesamtfassungsvermögen von 13,5 Millionen Kubikmeter. Weit mehr als die Hälfte (56,9 Prozent) dieser Anlagen sind bereits 20 bis 40 Jahre alt, jede fünfzehnte von ihnen (6,5 Prozent) ist sogar noch älter.



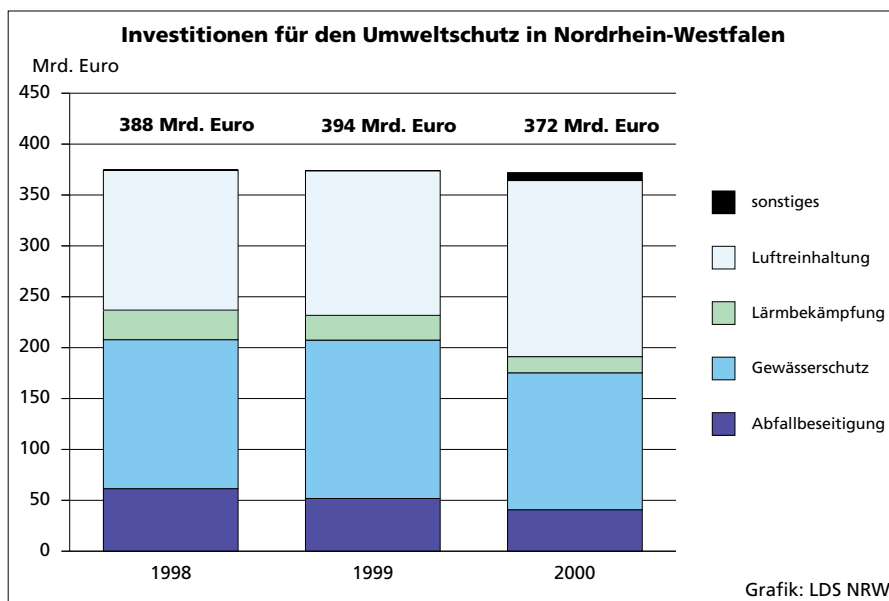
Mehr Altglas und Altpapier wiederverwertet

Zuwächse waren zwischen 1996 und 2000 bei der **Wiederverwertung** von Altglas und Altpapier zu verzeichnen: Beim Glas wuchs die im Produktionsprozess wieder eingesetzte Menge um 44 Prozent auf 816 500 Tonnen und beim Papier um 16 Prozent auf 2,18 Millionen Tonnen.



2000 **investierten** die nordrhein-westfälischen Betriebe des Produzierenden Gewerbes 372 Millionen Euro in **Maßnahmen des Umweltschutzes**. Das ent-

spricht 3,4 Prozent der betrieblichen Gesamtinvestitionen (10,9 Milliarden Euro).



Mehr investiert wurde dabei in die Bereiche Luftreinhaltung (+31 Millionen Euro) und Bodensanierung (+8 Millionen Euro), während die Investitionen in den Bereichen Gewässerschutz, Abfall, Lärm sowie Naturschutz und Landschaftspflege rückläufig waren.

Öffentliche Finanzen

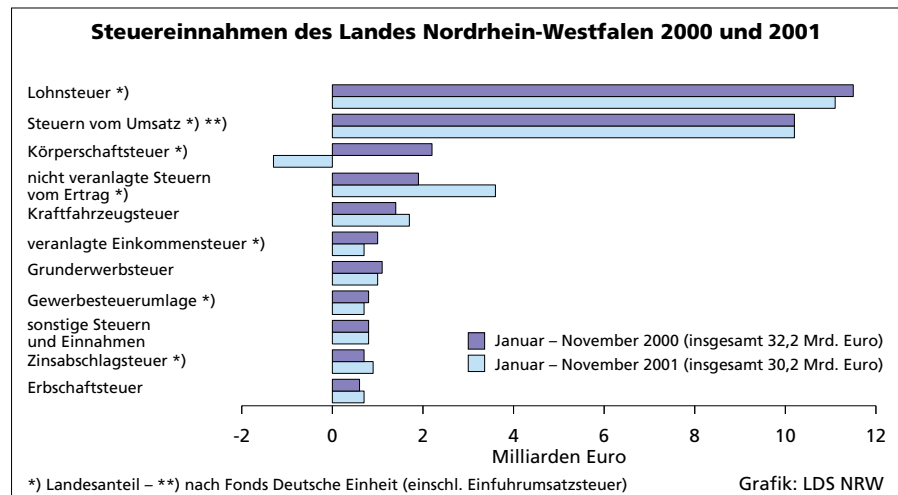
Die dem Land Nordrhein-Westfalen verbleibenden **Steuereinnahmen**¹⁸ beliefen sich im Zeitraum Januar – November 2001 auf 30,2 Milliarden Euro; sie waren damit um 6,1 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor. Während dabei die Einnahmen aus reinen Landessteuern um 9,3 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro zulegen, nahm der Landesanteil an den gemeinschaftlichen Steuern um 8,3 Prozent auf 26 Milliarden Euro ab. Verantwortlich für die sinkenden Einnahmen waren im wesentlichen Einbrüche bei der Körperschaftsteuer und Mindereinnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer.

Steuereinnahmen des Landes
-6,1 Prozent

Die lahrende Konjunktur, vor allem aber Steuerrechtsänderungen führten bei der Körperschaftsteuer zu „negativen Einnahmen“: Auf Grund von Steuererstattungen stand hier für das Land unter dem Strich ein Betrag von –1,3 Milliarden Euro, nach +2,2 Milliarden Euro im Vorjahr. Auch der Anstieg der nicht ver-

¹⁸ nach Abzug der dem Bund und den Gemeinden zustehenden Anteilen aus den Gemeinschaftssteuern, vor Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen

anlagten Steuern vom Ertrag um 1,7 Milliarden Euro (+86,4 Prozent) konnte den Einbruch der Körperschaftsteuer nur etwa zur Hälfte ausgleichen.



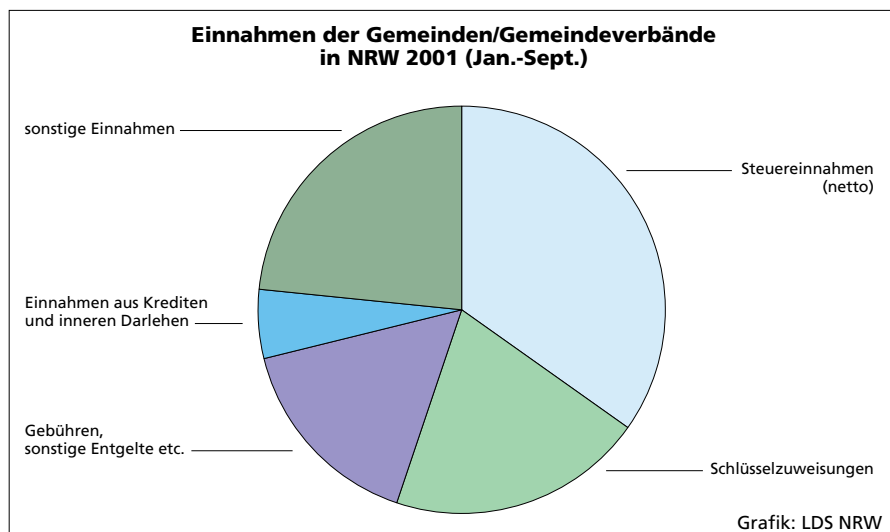
Die Einnahmen aus der Lohnsteuer, die nach wie vor die ergiebigste Einzelsteuer darstellt, gingen wegen der Anfang 2001 in Kraft getretenen Tarifsenkungen um 3,2 Prozent auf 11,1 Milliarden Euro zurück. Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer nahm durch das Hineinwachsen eines weiteren Förderjahrganges in die Eigenheimzulage und einen Anstieg der ausgezahlten Investitionszulagen um 30 Prozent auf 0,7 Milliarden Euro ab. Die Einnahmen aus den Steuern vom Umsatz blieben mit einem Betrag von 10,2 Milliarden Euro praktisch konstant (+0,1 Prozent).

Die wichtigste Einzelsteuer unter den reinen Landessteuern war auch 2001 die Kraftfahrzeugsteuer; sie erbrachte 1,7 Milliarden Euro (+21,5 Prozent). Zuwächse waren ferner zu verzeichnen bei der Erbschaftsteuer (+13,2 Prozent auf 0,7 Milliarden Euro) und der Rennwett- und Lotteriesteuer (+5,3 Prozent auf 0,4 Milliarden).

Kommunale Finanzen:
Einnahmen –2,5 Prozent,
Ausgaben +1,0 Prozent

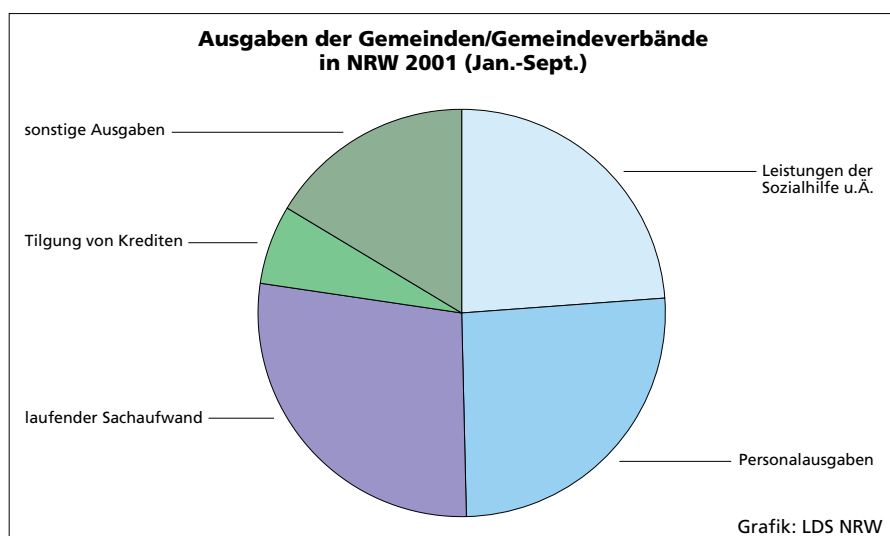
Die **Gemeinden und Gemeindeverbände** in Nordrhein-Westfalen – Gemeinden, Städte, Kreise und andere Gemeindeverbände – verzeichneten in den ersten drei Quartalen des Jahres 2001 Einnahmen von umgerechnet 26,0 Milliarden Euro, denen Ausgaben in Höhe von 26,8 Milliarden Euro gegenüberstanden. Die Einnahmen sanken gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 2,5 Prozent, die Ausgaben erhöhten sich um 1,0 Prozent.¹⁹

¹⁹ Die Zahlen sind bereinigt um den Zahlungsverkehr zwischen Gemeinden/Gemeindeverbänden sowie um haushaltstechnische Verrechnungen und besondere Finanzierungsvorgänge.



Auf der Einnahmenseite der Verwaltungshaushalte gingen die Steuereinnahmen (netto) um 6,3 Prozent auf 9,1 Milliarden Euro zurück, wobei der Hauptanteil auf die Gewerbesteuer (netto) mit einem Minus von 0,5 Milliarden Euro entfiel. Auch der im Vorjahr unterbrochene Rückgang bei den Einnahmen aus Gebühren und Entgelten setzte sich wieder fort (-3,6 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro). Die für die kommunalen Haushalte ebenso bedeutenden Schlüsselzuweisungen vom Land stiegen um 2,0 Prozent auf 5,3 Milliarden Euro.

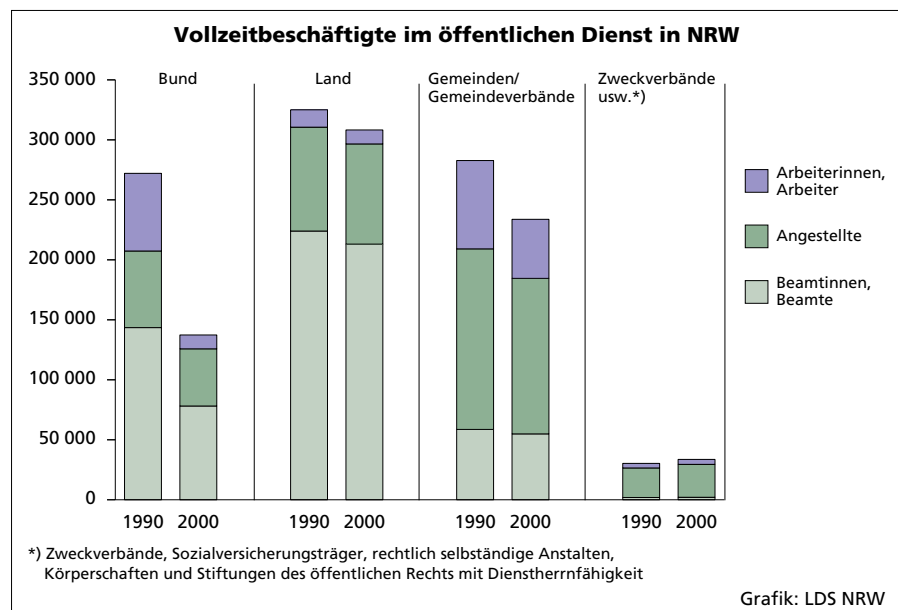
Auf der Ausgabenseite der Verwaltungshaushalte sanken die Personalausgaben um 4,3 Prozent auf 6,9 Milliarden Euro, der laufende Sachaufwand stieg um 4,3 Prozent auf 7,4 Milliarden Euro und die Leistungen der Sozialhilfe erhöhten sich um 3,3 Prozent auf 6,4 Milliarden Euro.



Die für die Vermögenshaushalte vom Volumen her bedeutenden Einnahmen blieben gegenüber dem Vorjahreszeitraum größtenteils nahezu konstant; die Kreditaufnahme wurde um 6,7 Prozent auf 1,4 Milliarden Euro zurückgefahren. Die Ausgaben der Vermögenshaushalte veränderten sich ebenfalls nur geringfügig. Auch die Kredittilgung blieb mit 1,7 Milliarden Euro konstant.

Zahl der Vollzeitbeschäftigten weiter rückläufig

Im **öffentlichen Dienst**²⁰ arbeiteten in NRW Mitte 2000²¹ 713 000 Vollzeitbeschäftigte, 2,3 Prozent weniger als ein Jahr zuvor. Von diesen Vollzeitkräften entfielen 308 000 auf den Arbeitgeber Land, 234 000 auf die Gemeinden und Gemeindeverbände und 137 000 auf den Bund bzw. auf unter Bundesaufsicht stehende Dienststellen. 34 000 Personen waren bei Zweckverbänden u. dgl., bei Sozialversicherungen und bei rechtlich selbstständigen, unter Landesaufsicht stehenden Einrichtungen, Betrieben und Unternehmen, die in öffentlicher Rechtsform betrieben werden, beschäftigt.



Zu den Vollzeitbeschäftigten kamen 183 000 – überwiegend weibliche – Teilzeitbeschäftigte mit mindestens der Hälfte der tariflichen Arbeitszeit²² hinzu; hier war gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um 5,4 Prozent zu verzeich-

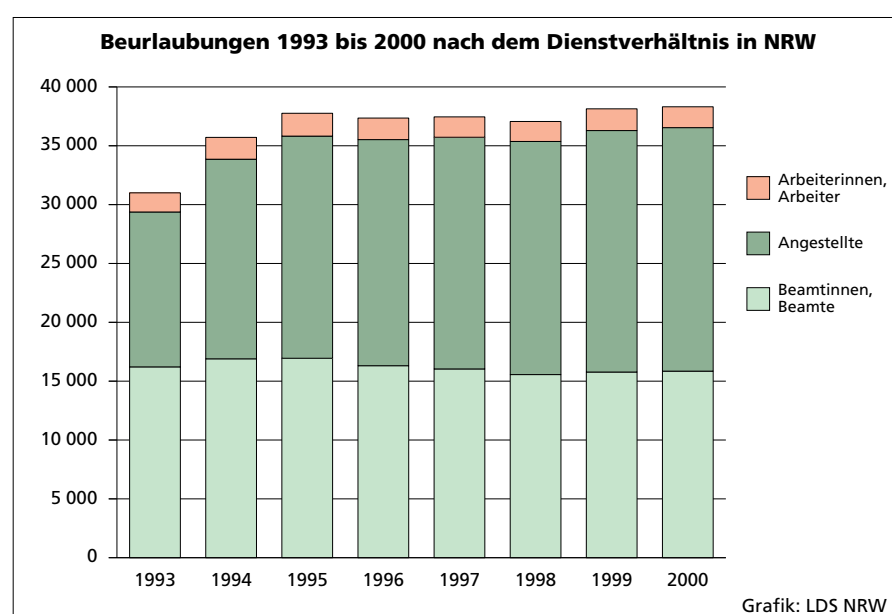
²⁰ Die Ergebnisse dieses Abschnitts beziehen sich auf den „unmittelbaren“ und den „mittelbaren“ öffentlichen Dienst in NRW zusammen. Der „unmittelbare“ öffentliche Dienst umfasst Bund, Land, Gemeinden, Gemeindeverbände sowie Zweckverbände und andere Organisationen zwischenmündlicher Zusammenarbeit; „mittelbarer“ öffentlicher Dienst sind Sozialversicherungen und rechtlich selbstständige Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen, die in öffentlicher Rechtsform betrieben werden. Rechtlich selbstständige Wirtschaftsunternehmen und Krankenhäuser blieben – aufgrund gravierender methodischer Änderungen in den Abgrenzungen der Berichtskreise und der dadurch bedingten fehlenden Vergleichbarkeit mit Vorjahresergebnissen – unberücksichtigt.

²¹ Ergebnisse für 2001 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

²² Hierzu zählen auch die 1999 erstmals erfassten Beschäftigten mit Altersteilzeitregelung (ATZ). Diesem Personenkreis kommt jedoch aufgrund des relativ kurzen Zeitraums seit Einführung der ATZ zahlenmäßig noch keine große Bedeutung zu.

nen. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten mit weniger als der Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit belief sich auf 35 000 (+4,9 Prozent).

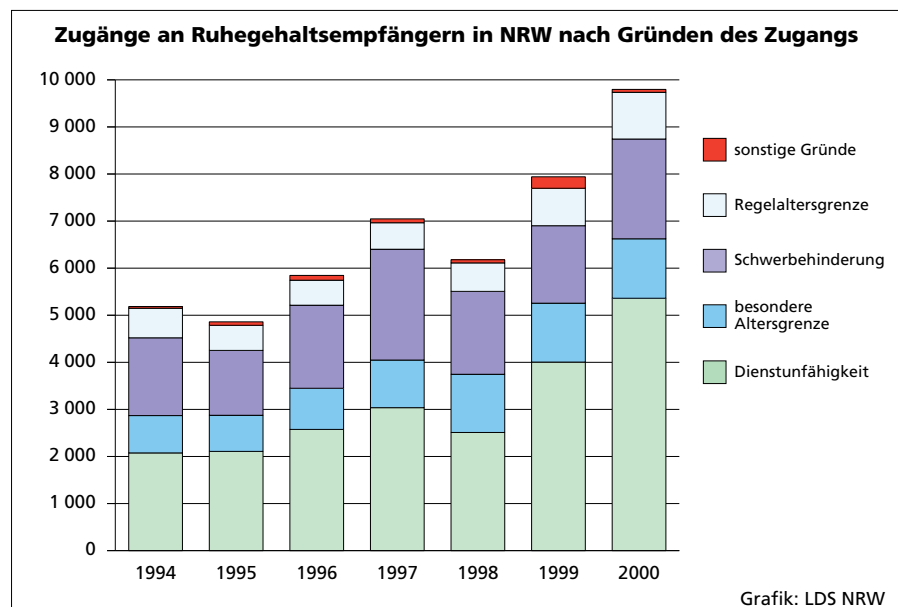
Betrachtet man die Entwicklung im unmittelbaren und mittelbaren öffentlichen Dienst in NRW in den zehn Jahren von 1990 bis 2000, so hat die Beschäftigtenzahl um 16,3 Prozent abgenommen (Vollzeitbeschäftigte: -21,7 Prozent, Teilzeitbeschäftigte: +7,6 Prozent). Ein großer Anteil ist dabei auf den Fortzug von Bundespersonal und die Verselbstständigung von Bundesbahn und Bundespost zurückzuführen. Ließe man den Bundesdienst außer Betracht, so wäre die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 9,8 Prozent gesunken, die Zahl der Teilzeitkräfte jedoch um 19,2 Prozent angestiegen. Die in den letzten Jahren bei kommunalen Körperschaften verstärkt feststellbare Tendenz, kommunale Aufgaben aus den Kernhaushalten auszugliedern und sie Eigenbetrieben, eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen oder Zweckverbänden u. dgl. zu übertragen oder sie in rechtlich selbstständiger Form z. B. als GmbH weiterzuführen, spiegelt sich natürlich ebenfalls in der rückläufigen Zahl der im öffentlichen Dienst beschäftigten Voll- und Teilzeitkräfte wider.



Die Anzahl der **beurlaubten Bediensteten** des unmittelbaren und des mittelbaren öffentlichen Dienstes (ohne Bundesbedienstete in Dienstorten in NRW) belief sich 2000 auf 38 000 und hat sich damit seit 1993 um nahezu ein Viertel erhöht. Während die Dienststellen des Landes NRW weniger Beurlaubungen

meldeten (-1,3 Prozent), wiesen kommunale Arbeitgeber 2000 rund 62 Prozent mehr Beurlaubte aus als 1993.²³

Anfang 2001 gab es in NRW 176 000 Versorgungsempfänger(innen)²⁴, 2,9 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Seit 1994²⁵ sind pro Jahr zwischen 4 900 und 9 800 **Ruhegehaltsempfänger** hinzugekommen, davon 3 700 bis 8 300 ehemalige Landesbedienstete. Nur 10 Prozent dieser neuen „Versorgungsfälle“ ergaben sich wegen des Erreichens der Regel-Altersgrenze. Häufigere Gründe waren (bei 13 Prozent) das Erreichen einer besonderen Altersgrenze (z. B. ehemalige Bedienstete im Vollzugsdienst und bei der Feuerwehr) und die Pensionierung aufgrund einer Schwerbehinderung (bei 22 Prozent), vor allem aber die Dienstunfähigkeit (55 Prozent).



²³ Seit 1993 sind neben den „aktiven“ auch die „ehemaligen“ Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu erfassen, die beurlaubt sind für eine Tätigkeit außerhalb der Verwaltung des Dienstherrn, aus arbeitsmarktpolitischen Gründen, zur Betreuung und Pflege von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, zur Bewerbung um ein Mandat oder zur Ausübung eines Mandats, zur Erziehung eines Kindes, zur Ableistung des Grundwehr- bzw. des Zivildienstes oder eines freiwilligen sozialen oder ökologischen Jahres. Da dieser Personenkreis nach Ablauf der Beurlaubung ein Anrecht auf Reaktivierung seines Beschäftigungsverhältnisses hat, kommt dieser „Personalreserve“ angesichts der in den öffentlichen Bereichen allgemein anzutreffenden Einsparungsbestrebungen eine wachsende Bedeutung zu.

²⁴ Die Versorgungsempfängerstatistik erfasst zum einen die Empfänger(innen) von Ruhegehalt (Rente), die ehemals beim Arbeitgeber Land NRW, bei Gemeinden, Gemeinde- oder Zweckverbänden im Land NRW oder bei Rentenversicherungsträgern unter Landesaufsicht beschäftigt waren, zum anderen deren Hinterbliebene, soweit sie Anspruch auf Witwen- bzw. Witwergeld oder auf Waisengeld besitzen.

²⁵ Wegen umfassender Veränderungen bei dieser Statistik ist ein Vergleich mit den Jahren vor 1994 nicht sinnvoll.

Gesundheitswesen und Soziales

Von den rund 188 000 Sterbefällen des Jahres 2000²⁶ beruhten etwa 97,5 Prozent auf „natürlichen **Todesursachen**“ und 2,5 Prozent auf Unfällen, Vergiftungen, Selbstmord oder sonstigen Gewalteinwirkungen. Wie in den vergangenen Jahren war etwa die Hälfte (48,4 Prozent) aller Sterbefälle auf Krankheiten des Kreislaufsystems zurückzuführen, ein weiteres Viertel (26,4 Prozent) auf bösartige Neubildungen, unter denen die Krebserkrankungen der Verdauungsorgane dominierten. Im Bereich der „unnatürlichen Todesursachen“ übertraf die Zahl der Selbstmorde (1 709) deutlich jene der bei Straßenverkehrsunfällen Gestorbenen (1 012).

**Mehr als ein Viertel der
Todesfälle beruht auf Krebs**

Von den 462 **Krankenhäusern**, die im Jahr 2000 in NRW für die stationäre Versorgung der Bevölkerung zur Verfügung standen, befanden sich 91 in öffentlicher Trägerschaft. Bei 335 handelte es sich um freigemeinnützige Häuser, die restlichen 36 wurden in privater Trägerschaft betrieben. Insgesamt gab es eine Einrichtung mehr als 1999. Die Zahl der Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen sank von 147 auf 146.

Die Mitgliederzahl der **gesetzlichen Krankenkassen**²⁷ belief sich Ende des Jahres 2001 auf knapp 11 Millionen. Etwa 6,2 Millionen Mitglieder waren noch nicht verrentete Pflichtversicherte und knapp 1,6 Millionen freiwillig Versicherte; der Anteil der Rentner(innen), Rentenantragsteller(innen), Altenteiler und sonstigen Versicherten machte knapp 3,2 Millionen Versicherte aus. Wichtigster Posten im Budget der gesetzlichen Krankenkassen waren die Ausgaben für Krankenhausbehandlungen. Es folgten die Ausgaben für Arzneien und Verbandmittel und für ärztliche Behandlungen.

Auf den Bezug von **Sozialhilfe** als laufender Hilfe zum Lebensunterhalt waren Anfang 2001 mit rund 648 900 Einwohnerinnen und Einwohnern fast sieben Prozent weniger Personen als im Vorjahr angewiesen (–47 200 Personen), was einer Quote von 3,6 Prozent an der Landesbevölkerung entspricht. Überdurchschnittliche Rückgänge betrafen die Gruppen der ausländischen Hilfebeziehenden (–13 000) und der 18- bis 50-Jährigen (–26 000).

Weniger Sozialhilfe-Empfänger

²⁶ Ergebnisse für das Jahr 2001 lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

²⁷ Orts-, Innungs-, Betriebs- und landwirtschaftliche Krankenkassen, Bundesverwaltungskassen, Ersatzkassen für Angestellte und Arbeiter, Bundesknappschaft und Seekrankenkasse

In Summe beliefen sich 2000 (Ergebnisse für 2001 liegen noch nicht vor) die Bruttoausgaben für laufende Hilfe zum Lebensunterhalt in NRW auf 1,9 Milliarden Euro, 2,3 Prozent weniger als im Jahr zuvor. Zusammen mit einmaligen Hilfen (0,3 Milliarden Euro), der Hilfe zur Arbeit (0,3 Milliarden Euro) und der Hilfe in besonderen Lebenslagen (3,3 Milliarden Euro) ergaben sich Sozialhilfe-Gesamtausgaben von 5,9 Milliarden Euro (+1,3 Prozent).

95 335 Menschen in NRW bezogen Anfang 2001 Leistungen nach dem **Asylbewerberleistungsgesetz**, rund 19 600 oder gut 20 Prozent weniger als im Vorjahr. Das Ausgabenvolumen belief sich für das Jahr 2000 vor Abzug von Rückerstattungen auf 505 Millionen Euro, was gegenüber dem Jahr davor eine um 4,5 Prozent niedrigere Ausgabenbelastung insbesondere der Gemeinden bedeutete.

Die öffentlichen und freien Träger der **Jugendhilfe** leisten „ambulante erzieherische Hilfe“ in drei Formen: der Erziehungsberatung (institutionelle Beratung), der Betreuung einzelner junger Menschen²⁸ sowie der sozialpädagogischen Familienhilfe.

Im Jahre 2001 wurden nach ersten Schätzungen 69 900 Maßnahmen der Erziehungsberatung beendet. Der durchschnittliche Beratungszeitraum betrug dabei sieben Monate. 18 Prozent der betroffenen jungen Menschen befanden sich im Vorschulalter, drei Viertel (75 Prozent) im Schulalter. In über zwei Dritteln aller Fälle nahm die Mutter den Kontakt zur Beratungsstelle auf; nur in etwa jedem fünfzehnten Fall ging die Initiative vom jungen Menschen selbst aus.

In Betreuung durch einen Träger der Jugendhilfe befanden sich Anfang 2001 insgesamt 3 100 junge Menschen, sei es auf dem Wege über einen Erziehungsbeistand bzw. Betreuungshelfer (75 Prozent), sei es im Rahmen sozialer Gruppenarbeit (25 Prozent). Hauptanlässe für den Hilfebedarf waren Schwierigkeiten in Schule und Berufsausbildung, Entwicklungsauffälligkeiten und Beziehungsprobleme.

²⁸ Als junge Menschen gelten nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz Personen, die noch nicht 27 Jahre alt sind.

Betreuung in Form der sozialpädagogischen Familienhilfe erhielten Anfang 2001 rund 3 900 Familien, wobei es sich in gut der Hälfte der Fälle um allein Erziehende mit Kindern handelte. In den meisten Fällen wurde die Hilfe durch das Jugendamt bzw. den allgemeinen Sozialdienst angeregt.

Neben der „ambulanten Erziehungshilfe“ gewähren die Träger der Jugendhilfe „Hilfen zur Erziehung außerhalb des Elternhauses“. Anfang 2001 wurden 31 500 junge Menschen außerhalb ihres Elternhauses erzogen, rd. 50 Prozent in Heimen oder sonstigen betreuten Wohnformen, 38 Prozent in Vollzeitpflege bei Pflegefamilien oder Verwandten und 9 Prozent in Tagesgruppen. Gut 800 junge Menschen erhielten eine intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung als Unterstützung zur sozialen Integration und zu eigenverantwortlicher Lebensführung.

Mit einem Rückgang um gut 5 Prozent auf 27 600 Empfängerinnen und Empfänger laufender Leistungen nahm die Bedeutung der **Kriegsopferfürsorge** auch 2000 weiter ab; die Ausgaben von 262 Millionen Euro 2000 machten noch gut zwei Drittel des 1996 ausgegebenen Betrages aus.

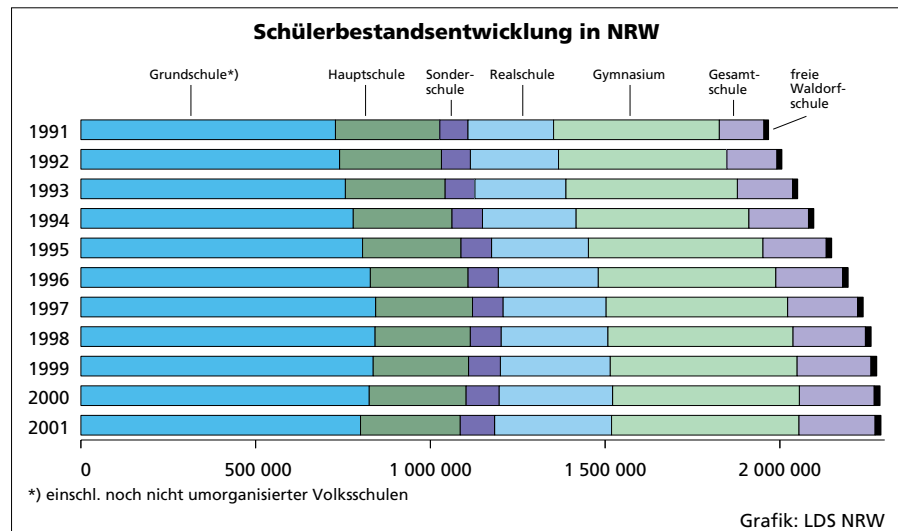
Im Laufe des Jahres 2000 wurden 779 400 Haushalte durch Zahlung von **Wohn-geld** bei der Finanzierung der Wohnungsmiete oder der Bedienung von Wohnbaudarlehen unterstützt. Bis Mitte 2001 wurden Zahlungen des allgemeinen Wohngeldes an 326 200 Haushalte auf die neue Wohngeldformel umgestellt. Unter Einschluss der Bezieher von besonderem Mietzuschuss waren es 565 600 Haushalte. Im ersten Halbjahr 2001 wurden mehr als 232 Millionen Euro an allgemeinem Wohngeld und nahezu 261,8 Millionen Euro an besonderem Mietzuschuss bewilligt.

Zur Jahresmitte 2001 waren mit 23 056 Personen zehn Prozent weniger **Obdachlose** als ein Jahr zuvor von kommunalen Einrichtungen erfasst. Damit setzte sich der bereits in den Vorjahren feststellbare Rückgang des Unterbringungsbedarfs weiter fort.

Schulen, Hochschulen, Weiterbildung

Die 6 355 **Schulen der allgemeinen Ausbildung**²⁹ in Nordrhein-Westfalen werden im laufenden Schuljahr 2001/2002 von 2,290 Millionen Schülerinnen und Schülern besucht, das sind 0,1 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

Die stärkste Schülergruppe bilden die 800 000 Grundschülerinnen und Grundschüler. Ihre Zahl ist um gut ein Viertel (26,6 Prozent) höher als 1985, dem Jahr mit der bislang niedrigsten Grundschülerzahl. Die zweitstärkste Schülergruppe stellen die Gymnasiast(inn)en mit 536 000, gefolgt von den Realschüler(inne)n mit 334 000 und den Hauptschüler(inne)n mit 285 000. In die Gesamtschulen gehen 218 000, in die Sonderschulen 98 000 und in die freien Waldorfschulen 17 000 Kinder und Jugendliche.



Rückläufige Schülerzahl an Grundschulen

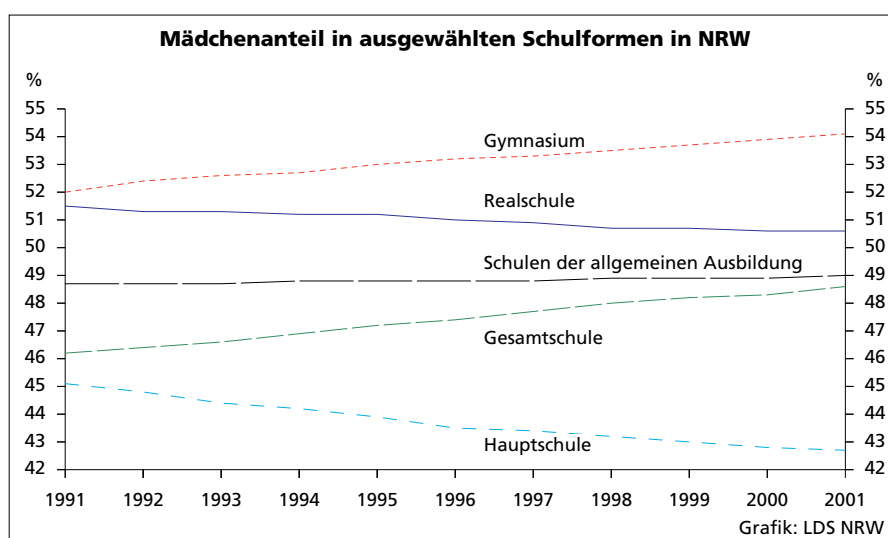
Die Schülerzahlen sind gegenüber dem Vorjahr an den Grundschulen um 2,9 Prozent gesunken. Alle anderen Schulformen können steigende Schülerzahlen verzeichnen. Bezüglich der Höhe der Zuwachsrate liegt die Realschule mit +3,1 Prozent vor der Hauptschule (+3,0 Prozent). Es folgen die Gesamtschule (+1,7 Prozent), das Gymnasium (+0,4 Prozent) und die freie Waldorfschule (+0,3 Prozent). Im Sonderschulbereich ist die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 3,9 Prozent höher als im vorigen Schuljahr.

Binnen zehn Jahren sind die Schülerzahlen an Gesamtschulen und freien Waldorfschulen im Zuge von Ausbaumaßnahmen und Neugründungen um mehr als zwei Drittel bzw. um ein Viertel gestiegen. An Realschulen liegt die Zahl der

²⁹ Grundschulen (einschl. Schulkindergärten), Hauptschulen, noch nicht umorganisierte Volksschulen, Realschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, freie Waldorfschulen, Sonderschulen (ohne berufsbildenden Bereich)

Jungen und Mädchen um ein Drittel, an Gymnasien um 13,1 Prozent höher als vor einem Jahrzehnt. Während die **Mädchenquote** im Durchschnitt aller Schulformen mit 48,1 Prozent nahezu unverändert geblieben ist, hat sie an Gymnasien mit nun 54,1 Prozent einen neuen Höchstwert erreicht. Auch an freien Waldorfschulen und Realschulen sind Mädchen mit 51,0 Prozent bzw. 50,6 Prozent überrepräsentiert. Deutlich niedriger ist ihre Quote an den Grundschulen (48,8 Prozent), den Gesamtschulen (48,6 Prozent), den Hauptschulen (42,7 Prozent) und vor allem an den Sonderschulen (35,2 Prozent).

Mädchen überrepräsentiert an Gymnasien, Realschulen und Waldorfschulen



Die Zahl der deutschen Schülerinnen und Schüler erhöhte sich gegenüber dem vorigen Schuljahr um 0,2 Prozent, die der **ausländischen Schülerinnen und Schüler** um 0,1 Prozent (auf 302 000). Der Ausländeranteil an den Schulen der allgemeinen Ausbildung hingegen blieb gegenüber dem Vorjahr mit 13,2 Prozent unverändert. Die höchste Ausländerquote weist mit 22,0 Prozent die Hauptschule auf, gefolgt von der Sonderschule (21,8 Prozent), der Gesamtschule (16,4 Prozent) und der Grundschule (15,6 Prozent). Nach wie vor sind ausländische Kinder und Jugendliche an Realschulen (8,7 Prozent), Gymnasien (5,0 Prozent) und freien Waldorfschulen (1,6 Prozent) deutlich unterrepräsentiert.

Die Zahl der **Schülerinnen und Schüler aus Aussiedlerfamilien** ist mit 115 000 um 5,6 Prozent niedriger als vor Jahresfrist. Im Durchschnitt aller Schulformen liegt ihr Anteil an der gesamten Schülerschaft bei 5,0 Prozent. Am höchsten ist der Aussiedleranteil an der Hauptschule (11,9 Prozent), gefolgt von der Realschule (6,5 Prozent), der Gesamtschule (6,2 Prozent), der Grundschule (3,9 Prozent), der Sonderschule (3,7 Prozent), dem Gymnasium (1,9 Pro-

zent) und der freien Waldorfschule mit der niedrigsten Aussiedlerquote von unter 0,1 Prozent.

An den Schulen der allgemeinen Ausbildung sind im Schuljahr 2001/2002 insgesamt 158 000 **Lehrerinnen und Lehrer** tätig, 0,2 Prozent mehr als im Vorjahr. Fast alle von ihnen (93,1 Prozent) sind hauptamtliche bzw. hauptberufliche Lehrkräfte. 28,4 Prozent unterrichten an einer Grundschule, 22,8 Prozent an einem Gymnasium, 13,5 Prozent an einer Hauptschule und 12,3 Prozent an einer Realschule. 11,1 Prozent üben ihren Beruf an einer Gesamtschule, 10,9 Prozent an einer Sonderschule aus. 1,0 Prozent der Lehrkräfte sind an einer freien Waldorfschule tätig.

Zwei Drittel der Lehrerschaft sind Frauen

Rund zwei Drittel (65,8 Prozent) der Lehrerschaft sind Frauen; vor zehn Jahren hatte der **Frauenanteil** noch 59,3 Prozent betragen. Überdurchschnittlich hoch ist die Frauenquote im Grund- und im Sonderschulbereich (87,6 Prozent bzw. 73,2 Prozent). Weniger stark sind weibliche Lehrkräfte an Gymnasien (46,1 Prozent), Hauptschulen (57,3 Prozent), Gesamtschulen (54,2 Prozent), freien Waldorfschulen (62,2 Prozent) und Realschulen (64,9 Prozent) vertreten.

Das Angebot des **zweiten Bildungsweges** an den **Weiterbildungskollegs**³⁰ wird im laufenden Wintersemester von 21 700 Teilnehmerinnen und Teilnehmern wahrgenommen. Das sind 939 mehr als vor Jahresfrist und 17,1 Prozent weniger als 1991. 9 300 Personen besuchen den Bildungsgang Abendrealschule, 6 700 den Bildungsgang Abendgymnasium und 5 600 den Bildungsgang Kolleg. Rund die Hälfte der Teilnehmer sind Frauen (49,4 Prozent). Der Ausländeranteil, der im Wintersemester 1989/90 erstmals die 10-Prozent-Marke überschritten hatte, liegt jetzt bei 20,5 Prozent.

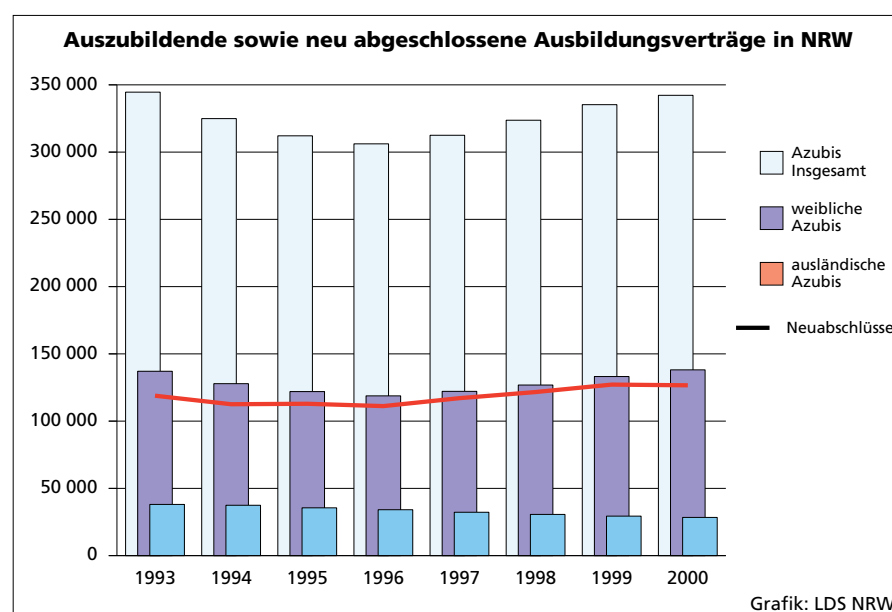
An den 362 **Berufskollegs**³¹ werden im laufenden Schuljahr 2001/2002 554 200 Schülerinnen und Schüler unterrichtet. 377 900 Schülerinnen und Schüler nehmen am ausbildungsbegleitenden Unterricht im Rahmen des dualen Systems (Teilzeitberufsschule) teil und an Fachoberschulen streben 17 600 Jugendliche

³⁰ Bildungsgänge: Abendrealschule, Abendgymnasium, Kolleg

³¹ Berufliche Bildung wurde in NRW von jeher in den „berufsbildenden Schulen“ mit ihren Schulformen Berufsschule (Teilzeit/Vollzeit), Berufsfachschule, Fachoberschule und Fachschule vermittelt. 1977 wurden außerdem als Schulversuch die „Kollegs“ eingerichtet, in denen neben den herkömmlichen beruflichen zusätzlich doppeltqualifizierende Abschlüsse (gekoppelte berufliche und allgemein bildende Abschlüsse) erworben werden konnten. Aus den Erkenntnissen dieses Schulversuchs heraus wurde 1998 im „Berufskolleggesetz“ eine neue Struktur der beruflichen Bildung eingeführt. Dazu erfolgte mit dem Schuljahr 2000/2001 die Umwandlung der ehemaligen berufsbildenden Schulen und Kollegs in „Berufskollegs“, die sich noch in die bisherigen Schulformen (Berufsschule, Berufsfachschule, usw.) untergliedern.

und junge Erwachsene die Fachhochschulreife an, die diese Schulform nach ein- oder zweijähriger Ausbildung vermittelt. In den einjährigen Bildungsgängen des Berufsgrundschuljahres einschl. Vorklasse (Vollzeit) beträgt die Teilnehmerzahl etwas mehr als 17 000. Die Berufsfachschulen werden von 101 100 Jugendlichen und die Fachschulen, die die Möglichkeit zur beruflichen Weiterbildung bieten, von 40 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht.

An den 573 **Schulen des Gesundheitswesens**³² mit Schulbetrieb werden gegenwärtig nach vorläufigen Ergebnissen gut 41 600 junge Menschen (darunter 80,8 Prozent Frauen) in gesundheits- und sozialpflegerischen Berufen ausgebildet. Das sind etwa 400 mehr als 2000; damit wurden erstmals seit 1996 wieder steigende Schülerzahlen gemeldet.



Ende 2000 gab es im Lande 342 220 **Auszubildende**, 2,1 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Damit hat sich die Zahl der besetzten Ausbildungsplätze nach dem historischen Tief von 1996 (mit 306 100 Auszubildenden) zum vierten Mal hintereinander erhöht, liegt aber immer noch rund ein Drittel unter dem Höchststand von 1985 (mit damals 505 600 Auszubildenden). Mit 40,4 Prozent lag der Frauenanteil der Auszubildenden erstmals seit 1992 wieder über der 40-Prozent-Marke. Der Anteil der ausländischen Auszubildenden hingegen hat sich im

³² Im Gegensatz zu den Vorjahren werden ab dem Schuljahr 2000/2001 die Schulen des Gesundheitswesens nicht mehr je Schultyp als Einheit angesehen, sondern die organisatorisch unter einer Leitung stehenden Einrichtungen gezählt. Da in solchen „Bündelschulen“ mehrere Schultypen enthalten sein können, verringert sich die Anzahl der Schulen gegenüber dem Vorjahr nur scheinbar.

sechsten Jahr hintereinander verringert und lag Ende 2000 bei nur noch 8,3 Prozent.

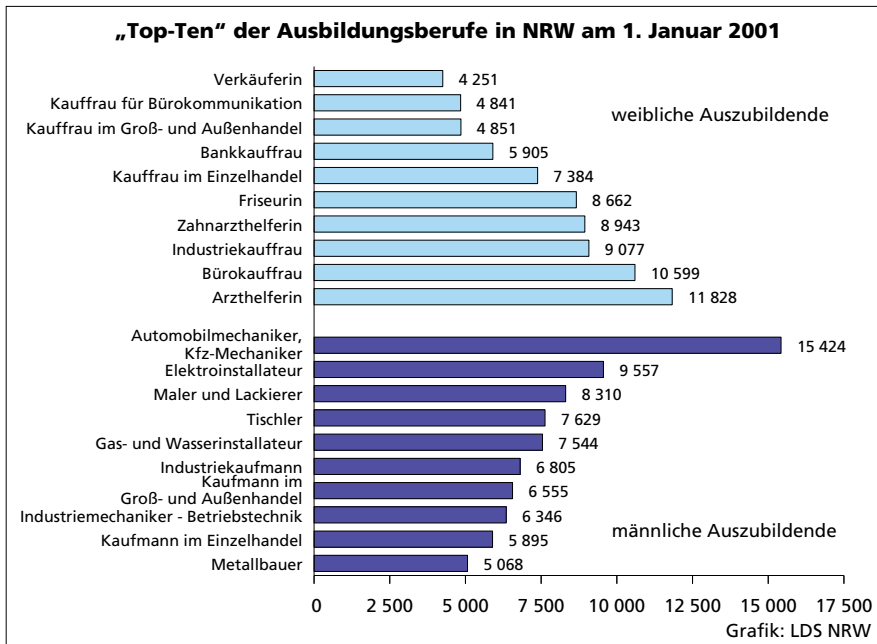
Mit 51,5 Prozent entfiel etwas mehr als die Hälfte der Auszubildenden auf den Ausbildungsbereich „Industrie, Handel, Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe“, der damit seinen Anteil seit 1996 (46,9 Prozent) kontinuierlich ausgebaut hat. Vom Handwerk wurden fast ein Drittel (32,8 Prozent) der Auszubildenden gemeldet. Die übrigen Auszubildenden verteilten sich auf freie Berufe (10,6 Prozent), öffentlichen Dienst (2,6 Prozent), Landwirtschaft (1,8 Prozent) und sonstige Bereiche (0,7 Prozent).

Ausbildungsbereich	Auszubildende in Nordrhein-Westfalen (jew. am 31.12.)				
	1996	1997	1998	1999	2000
Industrie, Handel, Banken u. a.	143 511	149 439	159 024	170 540	176 285
Handwerk	109 950	109 952	112 050	112 850	112 351
Landwirtschaft	5 668	5 951	6 322	6 447	6 163
Öffentlicher Dienst	8 320	8 173	8 119	8 199	8 829
Freie Berufe	36 588	36 855	35 826	34 828	36 297
sonstige	2 107	2 144	2 357	2 406	2 295
Insgesamt	306 144	312 514	323 698	335 270	342 220

Betrachtet man die einzelnen Berufsbereiche, so ist festzustellen, dass zunehmend mehr junge Menschen in Dienstleistungsberufen (51,4 Prozent) als in Fertigungsberufen (44,0 Prozent) ausgebildet werden, nachdem noch Mitte der neunziger Jahre (1995) beide fast gleichauf lagen (Dienstleistungsberufe: 47,5 Prozent, Fertigungsberufe: 47,4 Prozent). Nur 14 Prozent der weiblichen Auszubildenden entschieden sich für eine Ausbildung außerhalb des Dienstleistungsbereiches. Bei den männlichen Auszubildenden dominieren nach wie vor die Fertigungsberufe mit knapp 70 Prozent.

Mehr Azubis in Dienstleistungs- als in Fertigungs-Berufen

Der Beruf des Industriekaufmanns bzw. der Industriekauffrau ist seit fünf Jahren der am häufigsten gewählte Ausbildungsberuf in NRW. Auf Platz eins der insgesamt 138 127 weiblichen Auszubildenden steht nach wie vor der Beruf der Arzthelferin mit 11 828 Auszubildenden. Bei den männlichen Auszubildenden nimmt der Ausbildungsberuf des Automobil- bzw. Kraftfahrzeugmechanikers mit 15 424 Auszubildenden die Spitzenposition ein.



Von den „neu geregelten“ IT-Berufen befindet sich der Fachinformatiker mit 4 787 Auszubildenden als „Senkrechtstarter“ bereits auf Platz 14 der Hitparade der männlichen Auszubildenden. In diesem Berufsfeld lag der Frauenanteil zwischen 2,2 Prozent (Informationselektronikerin) und 28,0 Prozent (IT-Kauffrau); in den „neuen“ Medien-Berufen stellen die weiblichen Auszubildenden hingegen 55,1 Prozent.

IT-Berufe weiter im Aufwind

IT-Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich	Auszubildende am 31.12.2000				
		insgesamt	und zwar			
			weiblich	in Prozent	ausländisch	in Prozent
Fachinformatiker/-in	IH/ÖD	4 786	500	10,4	167	3,5
Informatikkaufmann/-frau	IH	1 239	244	19,7	35	2,8
Informations- und Telekommunikationssystem-Elektroniker/-in	IH/Hw	1 690	57	3,4	60	3,6
Informations- und Telekommunikationssystem-Kaufmann/-frau	IH/Hw	1 554	435	28,0	81	5,2
Informationselektroniker/-in	Hw	673	15	2,2	33	4,9
IT-Berufe zusammen		9 942	1 251	12,6	376	3,8

*) IH = Industrie und Handel; ÖD = Öffentlicher Dienst; Hw = Handwerk

Beim Ausbildungsstart besaßen im IT-Bereich 51,6 Prozent der Auszubildenden die Hoch- bzw. Fachhochschulreife (zum Vergleich: Neuabschlüsse insgesamt: 23,0 Prozent) und 24,5 Prozent die Fachoberschulreife (Neuabschlüsse insgesamt: 30,8 Prozent).

IT-Ausbildungsberuf	Ausbildungsbereich	Auszubildende mit neu abgeschlossenem Ausbildungsvertrag 2000					
		insgesamt	darunter				
			mit Fach-/Hochschulreife		mit Fachober-schulreife		
			Anzahl	in Prozent	Anzahl	in Prozent	
Fachinformatiker/-in	IH/ÖD	2 454	1 517	61,8	425	17,3	
Informatikkaufmann/-frau	IH	590	371	62,9	62	10,5	
Informations- und Telekommunikations-system-Elektroniker/-in	IH/Hw	727	212	29,2	334	45,9	
Informations- und Telekommunikations-system-Kaufmann/-frau	IH/Hw	797	444	55,7	140	17,6	
Informationselektroniker/-in	Hw	478	58	12,1	274	57,3	
IT-Berufe zusammen		5 046	2 602	51,6	1 235	24,5	

In der Zeit vom 1. Oktober 2000 bis zum 30. September 2001 begannen 126 054 junge Menschen eine Ausbildung. Damit hat die Zahl der **neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge** erstmals seit vier Jahren wieder unter dem Vorjahresniveau gelegen (-2,0 Prozent). Insgesamt 68 996 Neuabschlüsse entfielen auf den Ausbildungsbereich Industrie, Handel u. a. (-0,3 Prozent gegenüber 2000), 37 681 Neuabschlüsse wurden im Handwerk registriert (-5,4 Prozent) und im Bereich Landwirtschaft gab es mit 2 152 neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen sogar 19,2 Prozent weniger Berufsanfänger als im Vorjahr.

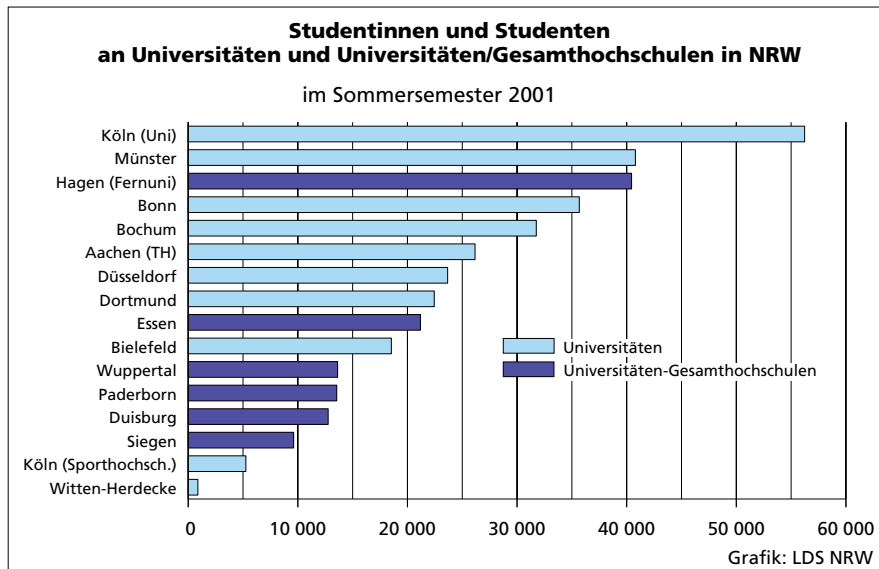
Das starke Interesse, einen der „neuen“ IT-Berufe zu erlernen, hat sich im Berufsbildungsjahr 2000/2001 fortgesetzt. Im Ausbildungsbereich Industrie, Handel u. a. wurde die größte Steigerungsrate in dem Ausbildungsberuf Informatikkaufmann/-frau mit +30 Prozent verzeichnet.

470 000 Studierende in NRW

Im Sommersemester 2001 waren an den **Hochschulen** in Nordrhein-Westfalen 470 344 Studierende eingeschrieben (ohne Zweithörer, Beurlaubte und Besucher/innen des Studienkollegs). Das waren 90 oder 0,02 Prozent weniger als im Vorjahr, aber 15 135 oder 3,0 Prozent mehr als vor zehn Jahren (Sommersemester 1991: 455 209). Mehr als die Hälfte (55,8 Prozent) der Studierenden entfiel auf die Universitäten, deren Studentenzahl allerdings im Jahresvergleich um 0,8 Prozent abgenommen hat.

Größte Hochschule im Land war mit 56 233 Studierenden die Universität Köln. Auf Platz zwei der Rangliste befand sich die Westfälische Wilhelms-Universität Münster (40 794), gefolgt von der Fernuniversität-Gesamthochschule Hagen (40 447) und den Universitäten Bonn (35 675) und Bochum (31 753), die damit

die Technische Hochschule Aachen (26 168) überflügelt haben. Fast ein Drittel (31,3 Prozent) der Studentinnen und Studenten betreibt ein Studium in der Fächergruppe Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Im Bereich der Sprach- und Kulturwissenschaften waren 26,9 Prozent, im Bereich Mathematik und Naturwissenschaften 16,1 Prozent und im Bereich Ingenieurwissenschaften 14,8 Prozent eingeschrieben.



Die Zahl der Studentinnen lag bei 212 040. Ihr Anteil an der Gesamtzahl der Studierenden betrug 45,1 Prozent; vor zehn Jahren waren es noch 38 Prozent gewesen.

Hochschulart	Studierende im Sommersemester		Veränderung in Prozent
	2000	2001	
Universitäten (einschl. TH Aachen und Deutscher Sporthochschule Köln)	263 489	261 406	-0,8
Universitäten-Gesamthochschulen	111 160	111 203	+0
Theologische und kirchliche Hochschulen	558	533	-4,5
Kunst- und Musikhochschulen	4 814	4 809	-0,1
Fachhochschulen (ohne Verwaltungsfachhochschulen)	84 364	86 707	+2,8
Verwaltungsfachhochschulen	6 049	5 686	-6,0
Hochschulen insgesamt	470 434	470 344	-0

Die Zahl der ausländischen Studierenden erhöhte sich gegenüber dem Sommersemester 2000 um 5,0 Prozent auf 51 503. In den letzten zehn Jahren hat sich ihre Zahl um 77 Prozent erhöht. (Sommersemester 1991: 28 981).

Erneut weniger Bafög-Empfänger

Im Jahr 2000 erhielten 102 070 Personen in NRW Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (**Bafög**). Damit war die Zahl der Bafög-Empfängerinnen und -Empfänger um 0,2 Prozent niedriger als ein Jahr zuvor; der in den Vorjahren registrierte Rückgang (1995/1994: -11,6 Prozent; 1996/1995: -7,6 Prozent; 1997/1996: -10,4 Prozent; 1998/1997: -5,4 Prozent; 1999/1998 -2,9 Prozent) setzte sich also fort. Insgesamt wandten das Land NRW und der Bund im Jahre 2000 einen Betrag von 248 Millionen Euro für Bafög-Leistungen auf; das waren 0,2 Prozent weniger als 1999 (251 Millionen Euro).

Mehr als ein Drittel der Geförderten (35,6 Prozent) erhielt eine „Vollförderung“. Studentinnen und Studenten erhielten durchschnittlich 335 Euro pro Monat, Schülerinnen und Schüler wurden im Schnitt mit 260 Euro im Monat gefördert.

Im Jahr 2000 wurden 10 708 Personen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) gewährt. Das sogenannte „**Meister-Bafög**“ erhielten 8 880 Männer (82,9 Prozent) und 1 828 Frauen (17,1 Prozent).

Jahr	Nach dem AFBG*) Geförderte und bewilligte Fördermittel in NRW			
	geförderte Personen	bewilligte Fördermittel in Euro		
		insgesamt	davon als	
		Darlehen	Zuschüsse	
1996	6 216	33 254 000	29 922 200	3 331 800
1997	10 957	45 316 200	39 441 700	5 874 500
1998	11 900	42 937 700	37 192 400	5 745 300
1999	11 550	42 528 400	36 859 800	5 668 600
2000	10 708	39 523 900	34 280 400	5 243 600

*) Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-Bafög“)

Die Förderzusagen für das Jahr 2000 umfassten insgesamt fast 40 Millionen Euro (ca. drei Millionen Euro weniger als 1999), die als Darlehenszusagen (34 Millionen Euro) oder als Zuschüsse zum Lebensunterhalt und zur Kinderbetreuung (5 Millionen Euro) gewährt wurden. 57 Prozent der Geförderten nahmen an einer Vollzeitfortbildung teil und 43 Prozent an einer Teilzeitfortbildung.

vakat (Innenseite blauer Umschlag)

vakat (Außenseite blauer Umschlag)